

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1977

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Bevölkerungsentwicklung 1976

- 157 Auch 1976 ging die Bevölkerungszahl weiter zurück, obwohl eine geringfügige Zunahme der Lebendgeburten verzeichnet werden konnte. Daß dies noch keine Umkehr des langjährigen Trends darstellt, zeigt eine eingehende Untersuchung des Fruchtbarkeitsverhaltens.

Nachfrage der Schulabgänger 1977 nach Ausbildungsstellen

- 164 Die Ausbildungssituation der Entlassschüler des Schuljahres 1976/77 wurde im Mai 1977 mit einer eigenen Befragung ermittelt.

Studienwünsche der Abiturienten 1977

- 169 Von den Schülern in den Abschlußklassen des Sekundarbereichs II haben relativ immer weniger die Absicht, ein Studium aufzunehmen.

Ernteaussichten 1977

- 171 Nach dem heißen und trockenen Sommer des Jahres 1976 mit ganz erheblichen Ertragsausfällen hat sich die Aufmerksamkeit nunmehr der heranwachsenden Ernte zugewandt. Der Beitrag erläutert für die wichtigen Pflanzenarten die Ernteaussichten für 1977 nach dem Stand von Ende Juli/Anfang August.

Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1976/77

- 174 Auch das überwiegend warme und sonnige Sommerwetter brachte dem rheinland-pfälzischen Gastgewerbe im Jahre 1976 nicht die gewünschte Umsatzsteigerung. Die Zuwachsrate von + 2,7% lag erheblich unter derjenigen der vorausgegangenen Jahre.

Hochbautätigkeit 1976

- 182 Im Jahre 1976 kam in Rheinland-Pfalz der Schrumpfungsprozeß im Wohnungsbau, der in den Ansätzen schon Ende 1973 erkennbar war, nahezu zum Stillstand. Im Nichtwohnbau ergab sich dagegen eine deutliche Produktionseinschränkung beim umbauten Raum und der Nutzfläche.

Vermögensmillionäre 1974

- 188 Die Vermögensteuerstatistik 1974 ist die erste ihrer Art nach Einführung der neuen und höheren Einheitswerte des Grundbesitzes ab dem Veranlagungszeitpunkt 1. Januar 1974. Die alten Einheitswerte hatten schon seit langem nicht mehr den tatsächlichen Wertverhältnissen entsprochen.

Anhang

- 57* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
63* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Erstmals seit 1963 geringfügige Zunahme der Lebendgeborenen

Am 31. Dezember 1976 hatte Rheinland-Pfalz eine Wohnbevölkerung von 3 649 001 Personen, von denen 1 740 467 oder 47,7% Männer waren. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt 1975 nahm die Bevölkerungszahl um 0,5% ab. Gleichzeitig war ein Rückgang der Bevölkerungsdichte auf 184 Einwohner je Quadratkilometer zu verzeichnen.

Die Zahl der Eheschließungen erreichte mit 24 199 den niedrigsten Wert seit Bestehen unseres Landes und lag um 5,7% niedriger als 1975. Im Vergleich zu 1950, als die höchste Zahl an Eheschließungen nach dem Kriege registriert wurde, ist sogar ein Rückgang um 25,8% zu verzeichnen, obwohl im gleichen Zeitraum die Bevölkerungszahl um 21,4% gestiegen ist. Zugenommen hat dagegen die Zahl der Eheschließungen, bei denen beide Partner vorher bereits einmal verheiratet gewesen waren. Im Jahre 1975 heiratete in 1 198 Fällen (4,7%) und 1976 in 1 344 Fällen (5,6%) ein geschiedener Mann eine geschiedene Frau.

Im Berichtsjahr wurden 34 544 Kinder lebend geboren, 167 mehr als ein Jahr zuvor. Damit stieg die Zahl der Lebendgeburten erstmalig seit 1963, als 67 768 Kinder zur Welt kamen. Gleichzeitig erhöhte sich die Fruchtbarkeitsziffer der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren gegenüber dem Vorjahr um 0,5% auf 40,5%. Trotz der geringfügigen Zunahme der Geborenenzahlen im Jahre 1976 kann gegenwärtig noch nicht von einer Umkehr der langjährigen Entwicklung gesprochen werden, günstigstenfalls von einem Stillstand des Rückgangs, da genauere Untersuchungen zeigen, daß die vermeintlichen Verbesserungen nur auf einen günstigeren Altersaufbau der Frauen zurückzuführen sind. Zu einer langfristigen Bestandserhaltung der rheinland-pfälzischen Bevölkerung müßte die gegenwärtige Geburtenhäufigkeit um gut 47% ansteigen. Das bedeutet, daß 1976 rund 51 000 Kinder hätten zur Welt kommen müssen, fast 16 500 mehr als tatsächlich geboren wurden.

Auch 1976 war bei den ausländischen Frauen eine deutlich höhere Fruchtbarkeit zu beobachten als bei den deutschen. Allerdings ist die Geburtenhäufigkeit der Ausländerinnen in den letzten Jahren überdurchschnittlich rückläufig. So ging die Fruchtbarkeit, unter Ausschaltung des unterschiedlichen Altersaufbaus, bei den Frauen insgesamt zwischen 1975 und 1976 um 0,7% zurück, bei den ausländischen Frauen aber um 5,8% zurück. Dies läßt auf eine zunehmende Anpassung der Ausländer an das Fruchtbarkeitsverhalten der Deutschen schließen.

Im Jahre 1976 starben in Rheinland-Pfalz 44 706 Menschen, 10 162 mehr als geboren wurden. Unter den Gestorbenen waren auch 664 Säuglinge, die das erste Lebensjahr nicht überlebten, 53,8% von ihnen starben bereits innerhalb der ersten Woche nach ihrer Geburt. Von 1 000 Lebendgeborenen starben damit 19,2 im ersten Lebensjahr, 1975 waren es noch 21,3 gewesen. Ungünstiger lag die Säuglingssterblichkeit bei den Ausländerkindern, da 21,5 von 1 000 Lebendgeborenen 1976 das erste Lebensjahr nicht vollendeten.

Der Bevölkerungsrückgang durch den Gestorbenenüberschuß des Jahres 1976 wurde noch durch einen negativen Wanderungssaldo in Höhe von 6 614 Personen verstärkt. Trotzdem verlief die Entwicklung günstiger als ein Jahr zuvor. Damals überwogen die Fortzüge die Zuwanderungen um

11 723. Von den 88 709 Menschen, die im Berichtsjahr nach Rheinland-Pfalz zuzogen, kamen 67 766 aus anderen Bundesländern. Gleichzeitig zogen 72 434 Personen aus unserem Land in das übrige Bundesgebiet, woraus sich ein negativer Wanderungssaldo von 4 668 mit den Bundesländern ergab, 230 mehr als 1975. Mit dem Ausland und den übrigen Gebieten ergab sich 1976 eine negative Bilanz von 1 946 Personen, ein Jahr zuvor waren noch 7 285 Menschen mehr fort- als zugezogen.

Der hohe Anteil der Erwerbspersonen an den Zu- und Abwanderungen unterstreicht die Tatsache, daß Umzüge sehr häufig als Folge eines Arbeitsplatzwechsels vorgenommen werden. Während in der Gesamtbevölkerung im Berichtsjahr rund 43% der Bevölkerung zu den Erwerbspersonen zählten, gehörten fast 53% der Zugezogenen und annähernd 56% der Fortgezogenen zu diesem Personenkreis. Die größte Mobilität wiesen dabei die Erwerbspersonen im Alter zwischen 15 und 35 Jahren auf.

Mehr über dieses Thema auf Seite 157

Drei Viertel der Schulabgänger wollen Beruf ergreifen

Bei einer Befragung der Schulabgänger zur Ermittlung der Nachfrage nach Ausbildungsstellen wurden im Mai 1977 in Rheinland-Pfalz 61 800 Entlaßschüler der Hauptschulen, Sonderschulen, Realschulen und Gymnasien sowie des Berufsgrundschuljahres und eines Teils der Berufsfachschulen erfaßt. Drei Viertel der befragten Schulabgänger wollten nach dem Besuch der Schule in einen Beruf. Die meisten von ihnen, rund 40 000, strebten eine berufliche Ausbildung im dualen System an; 1 400 von ihnen beabsichtigten als Beamtenanwärter eine Ausbildung im öffentlichen Dienst zu absolvieren und 2 600 suchten keinen Ausbildungs-, sondern einen Arbeitsplatz. Rund 17 100 der befragten Entlaßschüler gaben an, sich schulisch weiterbilden zu wollen. Knapp 1% wollte weder ein Arbeits- noch ein Ausbildungsverhältnis eingehen, sondern zu Hause bleiben.

Da die Zahl der Schulabgänger im Vergleich zum Vorjahr sprunghaft anstieg, erhöhte sich auch die Zahl der ausbildungswilligen Entlaßschüler sehr stark. Von den 40 000 Schülern, die eine berufliche Ausbildung anstrebten, hatten zum Zeitpunkt der Befragung bereits 25 200 einen Ausbildungsplatz gefunden, wesentlich mehr als vor einem Jahr. 14 800 Schulabgänger suchten noch einen Lehrherren, das sind ebensoviele wie vor einem Jahr. Die besten Chancen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz hatten offensichtlich Realschüler und Hauptschüler. Von denjenigen, die eine Berufsausbildung absolvieren wollten, waren im Mai bereits zwei Drittel vermittelt. Weniger positiv stellte sich die Situation für Sonderschüler und Schulabgänger aus dem Berufsgrundschuljahr dar. Fast die Hälfte dieser Entlaßschüler, die eine Lehrstelle suchten, hatte bis zum Zeitpunkt der Befragung damit noch keinen Erfolg.

Mehr über dieses Thema auf Seite 164

Hinweis des Herausgebers

Infolge Betriebsferien der Druckerei erscheint dieses Monatsheft als Doppelnummer August/September. Die nächste Ausgabe erhalten Sie wie gewohnt Ende Oktober mit dem Anhang „Kreisübersichten“.

Nur 70,5% der Abiturienten und Fachoberschüler wollen studieren

Die Schüler in den Abschlußklassen der rheinland-pfälzischen Gymnasien, Gesamtschulen, Kollegs und Fachoberschulen wurden im Februar 1977 nach ihren Studien- und Berufswünschen gefragt. Dabei ergab sich, daß relativ immer weniger Abiturienten und Fachoberschüler studieren wollen. Von 13 195 Befragten gaben nur 70,5% an, sich nach dem Schulabschluß an einer Hochschule immatrikulieren zu wollen. 1972 hatten noch 90,3 % der damals 9 547 Schüler mit dem Bildungsziel Hochschul- bzw. Fachhochschulreife die Absicht, ein Studium aufzunehmen.

Andererseits nahm die Unentschlossenheit bei den Schülern zu. 17,9% der Befragten wußten noch nicht, ob sie studieren wollten oder nicht. Von vornherein keine Studienabsicht hatten 11,6% der Schüler. Die absolute Zahl derjenigen, die nicht studieren wollen, hat sich damit gegenüber 1972 vervierfacht. Vor allem von den Schülerinnen wollten 1977 relativ wesentlich weniger studieren als 1972.

Auch bei der Wahl des Studiums haben sich innerhalb der vergangenen Jahre einige Verschiebungen ergeben. 1972 wollte noch jeder dritte Studienwillige Lehrer werden. 1977 gab nur noch jeder siebente als Berufsziel Lehrer an. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 169

96,6% der Teilnehmer bestanden Abitur

Von den 9 519 Schülern, die am 10. März 1977 in der 13. Jahrgangsstufe der Gymnasien und in der Integrierten Gesamtschule in Kaiserslautern unterrichtet wurden, meldeten sich 99,7% zur Reifeprüfung. Außerdem beteiligten sich 104 Jungen und 75 Mädchen aus der 12. Jahrgangsstufe der Mainzer Studienstufe an der Prüfung. Damit hat sich die Zahl der Teilnehmer am Abitur gegenüber dem Vorjahr um 960 erhöht.

Die Abiturprüfung bestanden 96,6% der gemeldeten Schüler. Bei den Mädchen lag die Erfolgsquote mit 97,7% etwas höher als bei den Jungen. Insgesamt sind 311 Schüler und 94 Schülerinnen an der Prüfung gescheitert. Am erfolgreichsten waren die Schüler, die bereits in der 12. Jahrgangsstufe das Abitur ablegten. 99,4% von ihnen bestanden die Reifeprüfung. Die niedrigste Erfolgsquote wurde von den Schülern der 13. Jahrgangsstufe der Mainzer Studienstufe und den Schülern der Aufbaugymnasien (je 95,9%) erreicht.

Von den Abiturienten wollten 23% nicht akademische Berufe ergreifen, 15% beabsichtigten Lehrer zu werden und 52% wollten in sonstige akademische Berufe. Rund 1 000 Abiturienten machten keine Angaben über ihre Berufsabsichten. Von den 1 337 Abiturienten, die einen Lehrerberuf anstrebten, hatten sich die meisten - 421 Schüler und 464 Schülerinnen - für das Lehramt an Gymnasien entschieden. ke

Günstige Ernteaussichten für die meisten Pflanzenarten

Im Gegensatz zum Vorjahr fielen im Frühjahr 1977 noch verschiedentlich ergiebige Niederschläge, die eine ausreichende Bodenfeuchtigkeit bewirkten. Spätfröste haben allerdings die Obstblüte und die Zuckerrübenbestände gebietsweise geschädigt. Ferner wurde auch der allgemeine Wachstumsbeginn verzögert und die weitere Entwicklung zunächst

noch durch niedrige Temperaturen gehemmt. Eine feucht-warme Witterung förderte ab Anfang Juni das Wachstum der Kulturpflanzen erheblich, so daß Ende Juli in den meisten Gebieten günstige Aussichten auf die kommende Ernte bestanden.

Die bisherige Getreideernte wird sich nach den bis Anfang August eingegangenen Informationen auf etwa 1,5 Mill. t belaufen und damit nicht nur die geringe Ernte des Vorjahres deutlich übertreffen, sondern voraussichtlich auch noch annähernd 10% über dem Sechsjahresdurchschnitt 1971/76 bleiben. Unter Berücksichtigung der Flächenausweitung und bei günstiger Witterung in den nächsten Wochen wird die diesjährige Getreideernte nahe an die bisherige Rekordmenge aus dem Jahre 1974 herankommen.

Der erste Rohfutterschnitt lieferte eine Heuernte, die etwa 10% über dem mehrjährigen Durchschnitt lag. Die häufigen Niederschläge im Juni bewirkten jedoch eine Verzögerung der Bergungsarbeiten und vor allem in den Höhengebieten erhebliche Qualitätseinbußen.

Die Hackfrüchte, die in ihrer Entwicklung zunächst gehemmt wurden, weisen Ende Juli vielerorts üppige Bestände auf und lassen in den meisten Gebieten überdurchschnittliche Erträge erwarten.

Unter den Obstarten haben vor allem die frühblühenden Obstsorten und -sorten durch Spätfröste Schäden an Knospen und Blüten erlitten. Die Erträge der meisten Obstsorten werden zwar die geringen Mengen des Vorjahres deutlich übertreffen, die Ergebnisse im mehrjährigen Durchschnitt aber in der Regel nicht erreichen. Die Erträge der frühen Gemüsearten blieben vielfach unter den mehrjährigen Mittelwerten, während für die meisten mittelfrühen und späten Arten auf Grund der günstigen Wachstumsbedingungen im Juni und Juli überdurchschnittliche Erntemengen erwartet werden dürfen.

Der Austrieb der Reben verzögerte sich um gut eine Woche, so daß auch die Rebenblüte später als üblich einsetzte. Die hochsommerliche Witterung in der ersten Julihälfte brachte aber die Blüte überall schnell zum Abschluß und bewirkte ein beschleunigtes Wachstum. Ende Juli betrug der allgemeine Rückstand nur noch wenige Tage. Da die Blüte ohne größere Schäden und die Witterung danach vorteilhaft verlief, dürfte die diesjährige Weinmosternte die Menge des Vorjahres und auch die des mehrjährigen Durchschnitts noch leicht übertreffen. tg

Mehr über dieses Thema auf Seite 171

Rückgang der Milcherzeugung

Im ersten Halbjahr 1977 belief sich die Milcherzeugung in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 463 300 t. Verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres lag sie damit um 5,7% niedriger. Dieser Rückgang in der rheinland-pfälzischen Milchproduktion ist fast ausschließlich auf die weitere Reduzierung des Milchkuhbestandes zurückzuführen. Von dem Gesamtaufkommen gingen 424 000 t an Molkereien. Das waren rund 15 000 t oder 3,4% weniger als im ersten Halbjahr 1976. Der Anteil der Vermarktung hat sich dagegen mit 91,5% im gleichen Zeitraum um 2% erhöht. Etwa die Hälfte der nicht vermarkteten Milchmenge verblieb in den Erzeugerhaushalten zur Deckung des Eigenbedarfs sowie zu anderweitiger Verwendung, während die übrige Menge (4,3%) verfüttert wurde. rö

Schlachtaufkommen nur geringfügig verändert

In Rheinland-Pfalz wurden in den ersten sechs Monaten des Jahres 1977 insgesamt 87 400 Rinder, 3 900 Kälber, 570 100 Schweine und 7 400 Schafe inländischer Herkunft geschlachtet. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1976 nahm die Zahl der Schlachtungen bei Rindern ($-7,2\%$) und Kälbern ($-8,8\%$) ab, während sie bei Schweinen ($+5,1\%$) und Schafen ($+20,7\%$) zunahm. Obwohl die Gesamtzahl der geschlachteten Tiere durch die vermehrten Schweineschlachtungen um $3,4\%$ angestiegen ist, konnte infolge der geringeren Rinderschlachtungen mit 71 900 t die vorjährige Schlachtmenge nur knapp erreicht werden.

Die im ersten Halbjahr aus dem Ausland und der DDR nach Rheinland-Pfalz eingeführten 4 500 Rinder und 16 700 Schweine erbrachten eine Schlachtmenge von 2 600 t. Die Einfuhr von Schlachttieren ist damit gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 26% und die Schlachtmenge hieraus um 23% zurückgegangen. rö

Starke Ausdehnung des Winterroggen- und -gerstenanbaus

Nach dem Ergebnis der Vorwegaufbeereitigung der diesjährigen Bodennutzungshaupterhebung ist der seit Jahren zu beobachtende starke Rückgang der Ackerfläche ganz beträchtlich schwächer geworden. Mit derzeit rund 504 200 ha umfaßt das Ackerland nur etwa 1 500 ha ($0,3\%$) weniger als 1976, während sich in den vorangegangenen 70er Jahren der jährliche Schwund durchweg zwischen 6 000 und 7 000 ha bewegt hatte. Der Getreideanbau konnte sogar um etwa 4 200 ha ($+1,1\%$) auf 381 400 ha ausgedehnt werden. Dabei ergaben sich deutliche Verschiebungen vor allem zugunsten des Winterroggens und der Wintergerste. Winterroggen steht nun auf einer 41 700 ha ($+17\%$) und Wintergerste auf einer 35 700 ha ($+22\%$) großen Fläche. Der Anbau von Winterweizen (113 800 ha) ist vergleichsweise nur wenig ($+1,5\%$) erweitert worden. Beim Sommergetreide sind dagegen Einschränkungen zu verzeichnen. Bei der Sommergerste ging der Anbauumfang um $3,6\%$ auf 96 800 ha zurück. Auch die Haferfläche ist mit 57 900 ha um $7,9\%$ kleiner als 1976.

Die Hackfruchtfläche verminderte sich um 2 600 ha ($-3,2\%$) auf 78 700 ha. Der Rückgang betraf sowohl Spätkartoffeln ($-2,8\%$), als auch die Zucker- ($-6,4\%$) und Runkelrüben ($-0,3\%$). Lediglich Frühkartoffeln wurden in etwas größerem Umfang angebaut ($+5,9\%$).

Ölfrüchte und Futterpflanzen mußten ebenfalls Flächeneinbußen hinnehmen. Unter den letztgenannten wurde nur Grünmais mehr angebaut als im Vorjahr ($+6,3\%$). po

Industrieproduktion im ersten Halbjahr 1977 rückläufig

Während 1976 die rheinland-pfälzische Industrieproduktion gegenüber 1975 eine ausgeprägte Steigerung um $9,8\%$ gezeigt hatte, ließen die Ergebnisse für das erste und zweite Halbjahr 1976 mit $+11,7$ bzw. $+8,0\%$ bereits eine gewisse Abflachung im Jahresverlauf erkennen. Diese Abschwächungstendenz setzte sich Anfang 1977 verstärkt fort. Auf den jeweiligen Vorjahreszeitraum bezogen, konnte für das erste Vierteljahr 1977 nur noch eine leichte Ausweitung von $+0,6\%$ verzeichnet werden, wogegen sich im zweiten Vierteljahr 1977 die Produktionsleistung um $-1,8\%$ verminderte, so daß sich für das erste Halbjahr ein Rückgang um $0,6\%$ errechnet.

In der Gliederung nach Hauptgruppen konnten im ersten Halbjahr 1977 die Investitionsgüter- ($+2,9\%$) und die Verbrauchsgüterindustrien ($+0,9\%$) steigende Produktionsleistungen melden, während die Nahrungs- und Genußmittel ($-4,4\%$) sowie die Grundstoff- und Produktionsgütererzeugung ($-2,0\%$) rezessiv waren. Unter den wichtigeren Industriezweigen erzielten insbesondere die Kunststoffverarbeitung ($+11,3\%$), die Glasindustrie ($+9,5\%$), der Maschinenbau ($+6,9\%$), die Gummi- und Asbestverarbeitung ($+6,6\%$) sowie die in den Vorjahren auf ein verhältnismäßig niedriges Niveau zurückgefallene elektrotechnische Industrie ($+5,8\%$) Erfolge, wogegen die Mineralöl- ($-7,7\%$) und die Holzverarbeitung ($-11,6\%$) sowie die Schuhindustrie ($-5,2\%$) einen rückläufigen Trend zeigten. Die chemische Industrie mußte infolge des länger anhaltenden empfindlichen Nachfragerückgangs ebenfalls eine spürbare Produktionseinbuße von $-3,0\%$ verbuchen.

Im Juni 1977 fiel die industrielle Produktion des Landes nahezu wieder auf das monatsdurchschnittliche Niveau der Jahre 1973 und 1974 zurück, nachdem angesichts der günstigen Gesamtentwicklung des Jahres 1976 eine weitere Belebung erhofft worden war. In diesem Monat waren für die Industrieproduktion Rückgänge um $1,7\%$ gegenüber Mai 1977 bzw. $2,0\%$ gegenüber Juni 1976 festzustellen. Unter den Industriehauptgruppen erwies sich im Vergleich zum Vormonat die Entwicklung bei den Nahrungs- und Genußmittelindustrien ($+1,3\%$) als am günstigsten, worunter insbesondere die saisonbegünstigten Zweige der Weinverarbeitung ($+17,2\%$) sowie der Mineralwasser- und Limonadenindustrie ($+15,0\%$) starke Expansionen zeigten. Gegenüber dem Vorjahresmonat lagen die Verbrauchsgüterindustrien ($-0,3\%$) am wenigsten ungünstig, hauptsächlich wegen der guten Ergebnisse der Schuhindustrie ($+10,3\%$) sowie der Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie ($+8,2\%$). pe

Ausbaugewerbe im Mai 1977 saisonbedingt expansiv

Im Mai 1977 wurden insgesamt 240 Betriebe mit 8 490 Beschäftigten im rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbe erfaßt. Unter den Zweigen lag die Installation von Heizungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen mit über zwei Fünfteln aller Beschäftigten an der Spitze. Die Elektroinstallation sowie das Maler- und Lackierergewerbe folgten mit zusammen knapp zwei Fünfteln; auch die Klempnerei mit Gas- und Wasserinstallation sowie die Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerei mit zusammen einem Sechstel des Personals verfügten über nennenswerte Anteile.

Infolge günstiger Saisoneinflüsse nahm die Beschäftigtenzahl des Ausbaugewerbes im Vergleich zum Vormonat mit $+0,5\%$ leicht zu, für die Stundenleistung ($+3,7\%$), die Lohn- und Gehaltssumme ($+4,6\%$) sowie den Umsatz ($+4,9\%$) waren sogar noch spürbarere Steigerungstendenzen zu verzeichnen. Indessen lag das Beschäftigtergebnis des Berichtsmontats um $3,4\%$ bzw. rund 300 Personen niedriger als im Januar 1977, während sich gleichzeitig der Umsatz annähernd verdreifachte. Alles in allem dürfte aber die im Vergleich zu Januar spürbar rückläufige Beschäftigtenzahl für das heimische Ausbaugewerbe einen weniger günstigen längerfristigen Trend signalisieren. Da die Stundenleistung gleichzeitig um $11,4\%$ zunahm, kann auch innerhalb dieses Wirtschaftsberichts neben der generellen saisonalen Belebung insbesondere auf einen rationelleren Personaleinsatz geschlossen werden. pe

Nur geringe Produktionseinschränkung im Wohnungsbau 1976

In Rheinland-Pfalz wurden 1976 insgesamt 25 365 Wohnungen fertiggestellt, gegenüber 26 872 im Jahr zuvor. Nachdem schon 1974 eine Reduzierung der errichteten Wohnungen um 14% und 1975 um 19% verzeichnet worden war, ergab sich 1976 ein um 1.507 Wohnungen oder 5,6% niedrigeres Ergebnis als im Vorjahr. Gemessen am umbauten Raum, an dem die quantitative Wohnungsbauleistung gemessen werden kann, belief sich die Produktionseinschränkung jedoch nur noch auf 0,7%. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß der Bau von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, die je Wohnung durchschnittlich sowohl eine geringere Bruttowohnfläche als auch einen kleineren umbauten Raum haben, um 2 242 auf 7 593 zurückging, während Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern eine Zunahme um 677 auf 15 077 aufzuweisen hatten. Die durchschnittliche Wohnfläche der neuerrichteten Wohnungen erhöhte sich erneut, und zwar um 3,9 auf 101,1 qm. Auch die durchschnittliche Zahl der Räume je Wohnung erfuhr einen geringfügigen Anstieg auf 4,7. Die veranschlagten reinen Baukosten je Wohnung in Ein- und Zweifamilienhäusern beliefen sich auf 133 000 DM (+ 9,4%), für solche in Mehrfamilienhäusern auf 66 500 DM (+ 7,7%).

Im Nichtwohnbau wurden 2 615 Gebäude errichtet, gegenüber 2 584 im Jahr zuvor. Der umbaute Raum schrumpfte um 9,2% auf 9,8 Mill. cbm und die Nutzfläche um 8,5% auf 1,78 Mill. qm. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 182

Bruttojahresverdienste 1976 deutlich angestiegen

Im Jahre 1976 betrugen die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste der Industriearbeiter einschließlich der im Hoch- und Tiefbau beschäftigten 24 319 DM. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Steigerung um 1 901 DM oder 8,5%. Im Jahre zuvor war die durchschnittliche Verdienstzunahme mit + 4,3% erheblich niedriger ausgefallen. Die Jahresverdienste der männlichen Industriearbeiter haben mit 26 021 DM gegenüber 1975 eine Erhöhung um 1 977 DM oder 8,2% zu verzeichnen. Der Bruttojahresverdienst der weiblichen Arbeitskräfte ist von 15 705 DM auf 17 105 DM angestiegen. Dies kommt einer Erhöhung um 1 400 DM oder 8,9% gleich. Männliche Arbeitskräfte verdienten damit im Schnitt 8 916 DM oder 52,1% mehr als weibliche, die vornehmlich in weniger qualifizierten Tätigkeiten und Branchen mit niedrigerem Lohnniveau beschäftigt sind; im Jahre 1975 hatten sich diese Werte auf 8 339 DM oder 53,1% gestellt.

Die Bruttojahresverdienste der Angestellten in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau beliefen sich 1976 auf durchschnittlich 34 694 DM. Im Vergleich zu 1975 errechnet sich eine Steigerung um 2 958 DM oder 9,3%. Die Jahresverdienste der männlichen Industrieangestellten sind dabei gegenüber 1975 um 3 084 DM oder 8,8% auf 38 088 DM gestiegen. Bei den weiblichen Angestellten ist im gleichen Zeitraum eine Erhöhung um 2 184 DM oder 9,8% auf 24 578 DM eingetreten. Damit weisen die männlichen Industrieangestellten gegenüber den weiblichen weiterhin einen strukturell bedingten deutlichen Verdienstvorsprung von 13 510 DM oder 55% auf; im Vorjahr hatten diese Werte bei 12 610 DM bzw. 56,3% gelegen. ze

Fast 11% weniger Baugenehmigungen im 1. Halbjahr 1977

Von Januar bis Juni 1977 wurden von den Bauaufsichtsbehörden rund 11 400 Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau zum Bau freigegeben. Vergleicht man dieses Ergebnis des ersten Halbjahres 1977 mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, so ergibt sich eine Verminderung um 1 338 Wohneinheiten oder 10,5%. Die Zahl der genehmigten Wohnungen im Wohnbau sank in den ersten 6 Monaten dieses Jahres gegenüber dem entsprechenden Zeitraum 1976 um 11% auf 1 127. Gleichzeitig verminderte sich das Volumen des umbauten Raumes von 7,5 auf 6,8 Mill. cbm. Die veranschlagten reinen Baukosten aller Wohngebäude einschließlich der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden beliefen sich auf 1,523 Mrd. DM gegenüber 1,608 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1976. ne

Erhebliche Preisrückgänge bei Kartoffeln und Frischgemüse

Die schon in der Vergangenheit um diese Zeit zu beobachtende Preisberuhigung im Bereich des privaten Verbrauchs zeigte sich auch 1977. Im wesentlichen hängt sie wohl mit der Urlaubszeit und speziell bei Frischgemüse mit dem jahreszeitlich bedingten verstärkten Angebot zusammen.

Um mehr als 2% erhöhten sich von Juni auf Juli die Lebensmittelpreise lediglich bei einigen Obstsorten, Seefischen, Pflanzenfetten und Kaffee. Im Bereich der Textil- und Lederwaren, der sonstigen industriellen Erzeugnisse sowie bei Leistungen, Tarifen und Gebühren blieben bei rund zwei Dritteln der erfaßten Positionen im Landesdurchschnitt die Preise gegenüber dem Vormonat unverändert. Das restliche Drittel verzeichnete neben geringfügigen Preissteigerungen in einigen Fällen auch Preisrückgänge. Preisnachlässe erheblichen Umfanges ergaben sich im Vormonatsvergleich nur bei Kartoffeln und Frischgemüse. So wurden Kopfsalat um 18%, Tomaten um 27%, Blumenkohl um 29% und Kartoffeln sogar um 53% billiger verkauft.

Im Vergleich zum Juli 1976 zeigen sich teilweise beachtliche Preisveränderungen. So haben Frischfische eine Verteuerung bis zu 32% und Bohnenkaffee eine solche um 47% erfahren. Der Preis für 1 kg Rotbarsch- oder Goldbarsch-Filet überstieg mit 11,57 DM bereits den für Schweinekotelett ermittelten Kilopreis. + 24% betrug die Preissteigerung bei Erbsenkonserve, + 25% bei Sauerkraut, + 28% bei Bananen und + 44% bei Tafeläpfeln. Dagegen ging der Preis für Kartoffeln um 55% und für Kopfsalat um 45% erheblich zurück. Geringer waren die Steigerungsraten bei Butter, Brot (jeweils + 5%), Margarine, Zucker, Eier (jeweils + 6%) und nahezu unverändert blieben die Preise für Rind- und Schweinefleisch, Milch und Hülsenfrüchte, um nur einige wichtige Nahrungsmittel zu erwähnen. Textil- und Lederwaren, Möbel, Porzellan, Koch- und Backgefäße verteuerten sich in den letzten zwölf Monaten zwischen 4 und 6%. Billiger wurden unter anderem Fernsehgeräte (— 3%), Benzin (bis zu — 7%) und Heizöl (— 2%). Für Leistungen im Schuhmacherhandwerk mußten im Landesdurchschnitt etwa 7% und im Friseurhandwerk bis zu 10% mehr gezahlt werden. Im kommunalen Bereich erhöhten sich das Wassergeld um 3% und die Abwasserbeseitigung um 6%. Die Wohnungsmieten stiegen je nach Wohnungsart zwischen 2 und 5%. wf

Bevölkerungsentwicklung 1976

Die auf der Basis der Volkszählung vom 27. Mai 1970 erfolgende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ergab für Rheinland-Pfalz am 31. Dezember 1976 eine Wohnbevölkerung von 3 649 001 Personen. Von diesen waren 1 740 467 Männer (47,7%) und 1 908 534 Frauen. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Jahres 1975 hat die Bevölkerung um 16 776 Personen bzw. 0,5% abgenommen. Im Jahre 1975 war der Rückgang der Bevölkerungszahl um 22 289 Menschen (0,6%) noch deutlich stärker gewesen. Verantwortlich für die Bevölkerungsabnahme des Berichtsjahres war ein Gestorbenenüberschuß von 10 162 und ein negativer Wanderungssaldo von 6 614 Personen. Ein Jahr zuvor lagen diese beiden Werte ungünstiger, weil der Gestorbenenüberschuß von 10 566 durch den noch größeren negativen Wanderungssaldo von 11 723 verstärkt wurde.

Bevölkerungsdichte im Regierungsbezirk Trier am geringsten

Die Bevölkerungsabnahme des Jahres 1976 führte auch zu einer Verringerung der Einwohnerdichte. Während am Jahresende 1975 noch 185 Menschen auf einem Quadratkilometer wohnten, waren es Ende 1976 nurmehr 184. Dieser Wert liegt sowohl unter dem Bundesdurchschnitt (247) als auch unter dem Durchschnitt der Flächenländer (231).

Die Bevölkerungsdichte ist in den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen recht unterschiedlich. Am dichtesten wohnten die Menschen in der Stadt Ludwigshafen, wo durchschnittlich 2 135 Menschen auf einem Quadratkilometer lebten; es folgt die Landeshauptstadt Mainz mit 1 883 und Koblenz mit 1 120 Einwohnern je Quadratkilometer. Die dünnste Besiedlung findet sich in den Landkreisen Bitburg-Prüm und Daun, wo 56 bzw. 61 Einwohner je Quadratkilometer gezählt wurden. Eine Bevölkerungsdichte von unter 100 wiesen außerdem die Kreise Cochem-Zell (88), Bernkastel-Wittlich (91) und der Rhein-Hunsrück-Kreis (93) auf.

Frauenüberschuß nur noch bei den über 49jährigen

Der in der Gesamtbevölkerung am 31. Dezember 1976 immer noch vorhandene Frauenüberschuß resultiert lediglich aus dem zahlenmäßigen Übergewicht der weiblichen Altersjahrgänge über 49 Jahre. Bis zu diesem Alter gab es mehr Männer als Frauen in unserem Land, da bei den in Frage kommenden Geburtsjahren bevölkerungsmäßige Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges weitgehend

ausfielen. Bei den über 49jährigen Männern kamen dagegen die großen Ausfälle des Zweiten und teilweise auch noch des Ersten Weltkriegs voll zum Tragen. Verstärkt wurde diese Erscheinung durch die um rund 7 Jahre höhere Lebenserwartung der weiblichen Bevölkerung. Dadurch ergibt sich mit steigendem Lebensalter ein immer stärkerer Frauenüberschuß, so daß bei den über 80jährigen mehr als zwei Drittel Frauen waren.

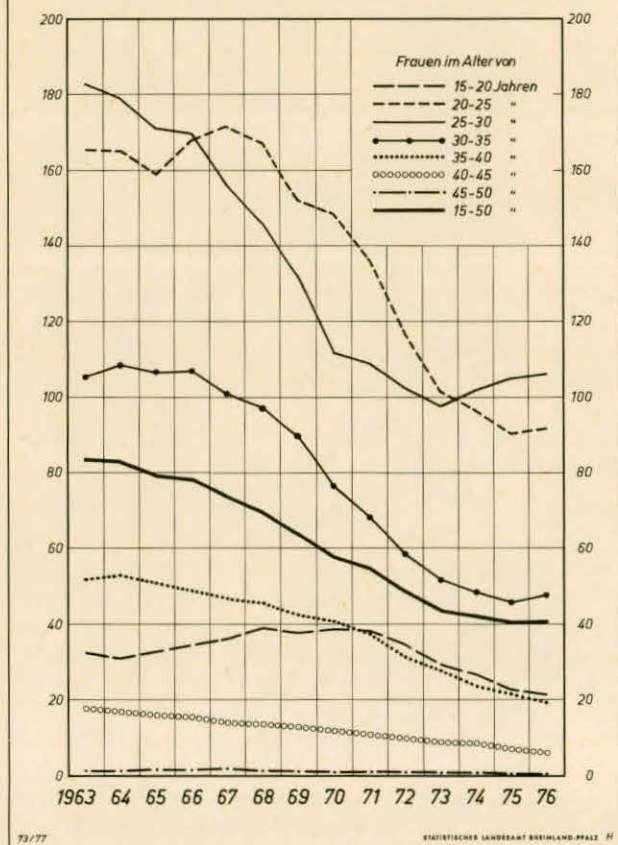
Eine weitere Auswirkung der Kriegsterbefälle und der geringeren Lebenserwartung der Männer zeigen auch Aufgliederungen nach dem Familienstand. Während von den Männern nur 2,8% verwitwet waren, hatte bereits jede siebte Frau ihren Mann verloren. Verheiratet waren 52,3% der Männer und 48,4% der Frauen. Hier wirkt sich besonders aus, daß Männer der höheren Altersjahrgänge größtenteils verheiratet sind, wohingegen Frauen dieses Alters zu einem sehr großen Prozentsatz Witwen blieben, da die Chancen für eine Wiederverheiratung durch den hohen Frauenüberschuß deutlich geringer sind. Bei den jüngeren Altersjahrgängen war bei den Frauen ein kleinerer Anteil ledig als bei den Männern, was einerseits auf den dort vorhandenen Männerüberschuß, andererseits auf das höhere Heiratsalter der Männer zurückgeführt werden kann.

Steigende Zahl von Eheschließungen zwischen Geschiedenen

Im Jahre 1976 wurden in Rheinland-Pfalz 24 199 Ehen geschlossen, das war die niedrigste Zahl seit Bestehen des Landes. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Rückgang um 5,7%. Im Vergleich zu 1950, als die höchste Zahl an Eheschließungen nach dem Kriege registriert wurde, ist sogar eine Abnahme um 25,8% zu verzeichnen, obwohl die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um 21,4% gestiegen ist. Auf 1 000 Einwohner kamen 1950 noch 11,0 Eheschließungen, 1976 lag dieser Wert bei 6,6.

Bei den Eheschließungen waren in 92,5% der Fälle beide Ehepartner Deutsche, 973 Ausländer nahmen eine Deutsche zur Frau und 414 deutsche Männer heirateten eine Ausländerin. Bei 364 Ehen waren beide Partner Ausländer. Die größte Bedeutung hatten hier 1976, wie auch in früheren Jahren, die Bürger der Vereinigten Staaten, von denen 384 Männer eine Deutsche heirateten. 229 gingen mit einer Nichtdeutschen zum Standesamt, davon in 194 Fällen mit einer US-Amerikanerin.

Altersgruppenspezifische Fruchtbarkeitsziffern 1963-1976



Betrachtet man den Familienstand der Partner vor der Ehe, dann ist festzustellen, daß die Eheschließungen zwischen Geschiedenen deutlich im Steigen begriffen sind. So waren im Berichtsjahr bei 1 344 Ehen (5,6%) beide Partner bereits geschieden, im Vorjahr war das erst in 1 198 Fällen (4,7%) so. Entsprechend geringer war die Zahl der Eheschließungen zwischen Ledigen. Im Jahre 1975 waren in 80,5% der geschlossenen Ehen Mann und Frau ledig, 1976 nur in 78,7% der Fälle.

Erstmals seit 1963 wieder ein Anstieg der Geburtenzahl

Von den 34 544 lebendgeborenen Kindern des Jahres 1976 waren 17 872 Knaben (51,7%) und 16 672 Mädchen. Damit lag die Zahl der Lebendgeburten um 167 über dem Vorjahr und stieg erstmalig seit 1963 wieder an. Damals war mit 67 768 Lebendgeborenen der höchste Nachkriegswert erreicht worden. Allerdings macht dieser Vergleich auch das Ausmaß des Geburtenrückgangs der vergangenen Jahre deutlich, nachdem in diesem Zeitraum die Geburtenzahlen auf annähernd die Hälfte des Ausgangswertes abgesunken sind. Trotz der geringfügigen Zunahme der Geburtenzahlen im Jahre 1976 kann gegenwärtig dennoch nicht von einer Umkehr der Entwicklung gesprochen werden, günstigstenfalls von einem Stillstand des Rückgangs.

Die vermehrte Schwangerschaftsvorsorge drückt

sich nicht zuletzt in dem starken Rückgang der Totgeburten aus. Im Berichtszeitraum wurden 251 Totgeborene registriert, das sind 7,2 auf 1 000 Lebend- und Totgeborene. Seit 1963 ging die Zahl der Lebendgeborenen auf 51,0% des Ausgangswertes zurück, bei den Totgeburten aber auf 26,1% des damaligen Wertes. Überdurchschnittlich war auch 1976 wieder der Anteil der nichtehelichen Totgeburten mit 10,4%, während bei den lebendgeborenen Kindern nur 5,6% nichtehelich zur Welt kamen.

Nachdem 1975 mit 44 943 Sterbefällen der höchste Nachkriegswert erreicht worden war, konnte im Jahre 1976 mit 44 706 Gestorbenen eine um 0,5% niedrigere Zahl verzeichnet werden. Mit 22 382 Männern und 22 324 Frauen hatten beide Geschlechter annähernd gleich viele Todesfälle aufzuweisen. Auf 1 000 Einwohner bezogen starben im Berichtsjahr 12,2 Menschen. Dieser Wert liegt an der oberen Grenze der langjährigen Reihe der Sterbeziffern.

Unter den Gestorbenen waren auch 664 Säuglinge, die im ersten Lebensjahr starben, davon 53,8% in den ersten 7 Tagen nach der Geburt. Damit starben von 1 000 Lebendgeborenen 19,2 im ersten Lebensjahr, im Jahre 1975 waren es noch 21,3. Obwohl Rheinland-Pfalz immer noch über dem Bundesdurchschnitt von 17,4 liegt, deuten die Rückgänge der Säuglingssterblichkeit in den letzten Jahren doch darauf hin, daß die vielfältigen Maßnahmen zur Verringerung der Säuglingssterblichkeit ihre Wirkung zeigen.

Weniger Ausländerkinder geboren

Während die natürliche Bevölkerungsbewegung des Jahres 1976 für die Gesamtbevölkerung einen Gestorbenenüberschuß von 10 162 Personen ergab, wurden beim ausländischen Bevölkerungsteil (einschließlich der Staatenlosen) in diesem Zeitraum 2 792 Kinder geboren; 385 Ausländer starben, woraus ein Geborenenüberschuß von 2 407 resultiert. Allerdings waren hier bereits gewisse Veränderungen im generativen Verhalten der Ausländer erkennbar, da die Zahl der Lebendgeborenen um 10,5% zurückging, die ausländische Bevölkerungszahl aber nur um 1,1% abnahm. Auf 1 000 Ausländer bezogen wurden 1976 nur 20,1 Kinder geboren, 1975 waren es noch 21,7. Die relativ günstige Entwicklung bei der Säuglingssterblichkeit in der Gesamtbevölkerung war bei den Ausländern nicht zu beobachten. Hier starben von 1 000 lebendgeborenen Kindern 1976 im ersten Lebensjahr 21,5, ein Jahr zuvor lag dieser Wert mit 18,9 günstiger.

Steigende Fruchtbarkeit der Frauen im Alter zwischen 20 und 35 Jahren

Das geringe Ansteigen der Geburtenzahl signalisiert noch keineswegs eine Tendenzwende im generativen Verhalten der Bevölkerung. Auch ein veränderter Altersaufbau der weiblichen Bevölkerung im gebärfähigen Alter kann bei konstanter Fruchtbarkeit zu einem Geburtenanstieg führen. Um hier eine genaue Aussage treffen zu können, bedarf es eingehender Untersuchungen des Fruchtbarkeitsverhaltens. Zu einer schnellen Information über das generative Verhalten werden normalerweise die al-

Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsbezirken 1976

Verwaltungsbezirk	Wohn- be- völkerung am 1. 1. 1976	Ge- borenen- bzw. Gestor- benen-(-) überschuß	Wande- rungs- saldo	Bevölkerungszu- bzw. -abnahme	Wohnbevölkerung am 31. 12. 1976			Ein- wohner je qkm am 31.12. 1976	
					insgesamt	männlich	weiblich		
im Jahre 1976									
Anzahl		%		Anzahl					
Kreisfreie Stadt Koblenz	118 394	- 367	- 1 067	- 1 434	- 1,2	116 960	55 263	61 697	1 120
Landkreise									
Ahrweiler	109 435	- 497	464	- 33	- 0,0	109 402	51 435	57 967	139
Altenkirchen (Ww.)	122 066	- 204	- 476	- 680	- 0,6	121 386	58 589	62 797	189
Bad Kreuznach	147 356	- 453	- 163	- 616	- 0,4	146 740	68 518	78 222	170
Bad Kreuznach, St	42 588	- 170	- 206	- 376	- 0,9	42 212	18 565	23 647	916
Birkenfeld	90 230	- 371	- 438	- 809	- 0,9	89 421	42 818	46 603	112
Idar-Oberstein, St	37 179	- 176	- 213	- 389	- 1,0	36 790	17 376	19 414	556
Cochem-Zell	64 381	- 140	- 606	- 746	- 1,2	63 635	30 959	32 676	88
Mayen-Koblenz	189 909	- 350	572	222	0,1	190 131	92 250	97 881	233
Andernach, St	27 132	- 119	104	- 15	- 0,1	27 117	13 050	14 067	509
Mayen, St	21 018	- 53	- 42	- 95	- 0,5	20 923	10 260	10 663	360
Neuwied	153 469	- 678	430	- 248	- 0,2	153 221	72 772	80 449	244
Neuwied, St	62 029	- 335	5	- 330	- 0,5	61 699	29 007	32 692	714
Rhein-Hunsrück-Kreis	88 787	- 242	626	384	0,4	89 171	42 858	46 313	93
Rhein-Lahn-Kreis	119 887	- 494	- 220	- 714	- 0,6	119 173	56 754	62 419	152
Lahnstein, St	19 725	- 62	- 165	- 227	- 1,2	19 498	9 223	10 275	529
Westerwaldkreis	165 267	- 444	- 62	- 506	- 0,3	164 761	79 477	85 284	167
RB Koblenz	1 369 181	- 4 240	- 940	- 5 180	- 0,4	1 364 001	651 693	712 308	169
Kreisfreie Stadt Trier	100 338	- 503	- 728	- 1 231	- 1,2	99 107	44 583	54 524	845
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	108 283	- 208	- 435	- 643	- 0,6	107 640	51 409	56 231	91
Bitburg-Prüm	90 671	- 176	- 192	- 368	- 0,4	90 303	43 248	47 055	56
Daun	55 891	- 101	53	- 48	- 0,1	55 843	27 331	28 512	61
Trier-Saarburg	121 351	- 81	513	432	0,4	121 783	58 712	63 071	111
RB Trier	476 534	- 1 069	- 789	- 1 858	- 0,4	474 676	225 283	249 393	96
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	43 684	- 17	152	135	0,3	43 819	21 142	22 677	996
Kaiserslautern	100 886	- 379	- 124	- 503	- 0,5	100 383	47 063	53 320	720
Landau i. d. Pfalz	37 661	- 221	- 362	- 583	- 1,5	37 078	16 736	20 342	447
Ludwigshafen a. Rhein	170 374	- 476	- 3 815	- 4 291	- 2,5	166 083	79 351	86 732	2 135
Mainz	183 880	- 440	471	31	0,0	183 911	88 391	95 520	1 883
Neustadt a. d. Weinstr.	51 011	- 288	- 116	- 404	- 0,8	50 607	23 643	26 964	432
Pirmasens	53 651	- 413	- 433	- 846	- 1,6	52 805	24 081	28 724	864
Speyer	44 471	- 136	- 228	- 364	- 0,8	44 107	20 256	23 851	1 036
Worms	75 732	- 254	- 258	- 512	- 0,7	75 220	35 117	40 103	692
Zweibrücken	35 978	- 172	- 84	- 256	- 0,7	35 722	16 741	18 981	505
Landkreise									
Alzey-Worms	95 552	- 191	- 168	- 359	- 0,4	95 193	45 820	49 373	162
Bad Dürkheim	114 452	- 413	522	109	0,1	114 561	54 447	60 114	195
Donnersbergkreis	67 053	- 236	- 277	- 513	- 0,8	66 540	32 077	34 463	103
Germersheim	98 250	32	154	186	0,2	98 436	47 708	50 728	212
Kaiserslautern	97 082	- 262	2	- 260	- 0,3	96 822	46 767	50 055	151
Kusel	76 917	- 193	- 148	- 341	- 0,4	76 576	36 863	39 713	138
Landau-Bad Bergzabern	97 289	- 246	- 282	- 528	- 0,5	96 761	45 912	50 849	152
Ludwigshafen	121 811	- 78	- 138	- 216	- 0,2	121 595	59 130	62 465	399
Mainz-Bingen	153 542	- 325	809	484	0,3	154 026	74 255	79 771	255
Bingen, St	24 541	- 166	166	-	0,0	24 541	11 475	13 066	651
Ingelheim am Rhein, St	19 224	- 84	- 19	- 103	- 0,5	19 121	9 230	9 891	383
Pirmasens	100 786	- 145	- 562	- 707	- 0,7	100 079	47 991	52 088	104
RB Rheinhessen-Pfalz	1 820 062	- 4 853	- 4 885	- 9 738	- 0,5	1 810 324	863 491	946 833	265
Rheinland-Pfalz	3 665 777	- 10 162	- 6 614	- 16 776	- 0,5	3 649 001	1 740 467	1 908 534	184
Kreisfreie Städte	1 016 060	- 3 666	- 6 592	- 10 258	- 1,0	1 005 802	472 367	533 435	946
Landkreise	2 649 717	- 6 496	- 22	- 6 518	- 0,2	2 643 199	1 268 100	1 375 099	141

Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern der Gesamtbevölkerung und der Ausländer 1968 - 1976

Durchschnittliches Alter der Mutter ¹⁾	Lebendgeborene insgesamt auf 1 000 Frauen					Ausländische Lebendgeborene auf 1 000 ausländische Frauen			
	1968	1970	1974	1975	1976	1970	1974	1975	1976
15 Jahre	0,8	1,2	0,9	0,9	0,9	8,7	6,9	6,5	6,9
16 "	5,4	6,2	7,1	7,0	5,7	22,0	36,6	27,8	16,6
17 "	25,1	28,2	23,7	18,7	17,5	64,8	45,7	73,6	45,9
18 "	59,7	60,7	43,4	36,0	34,0	68,7	149,0	103,2	94,6
19 "	101,8	98,3	61,1	53,0	50,9	116,4	158,7	140,7	114,7
15 - 19 "	39,0	38,5	26,6	22,7	21,2	52,6	80,1	69,4	56,7
20 Jahre	137,8	123,5	71,4	70,0	67,7	124,3	159,3	171,3	155,6
21 "	163,4	137,4	86,0	76,3	81,7	141,2	138,3	146,0	164,7
22 "	181,4	147,5	96,7	95,5	91,2	164,4	129,2	161,1	172,4
23 "	176,5	147,0	108,0	103,6	101,8	140,5	141,9	153,3	127,8
24 "	174,5	146,5	116,3	105,1	113,6	123,7	150,0	117,9	125,5
20 - 24 "	166,8	148,2	96,3	90,2	91,6	133,7	137,2	138,4	135,5
25 Jahre	167,5	137,1	116,3	114,5	112,3	145,5	142,8	142,5	109,1
26 "	159,7	134,0	108,9	110,8	114,6	142,2	135,1	133,8	137,2
27 "	151,3	121,5	98,6	96,3	105,7	132,2	136,0	123,1	123,5
28 "	141,5	112,5	89,4	93,2	92,9	102,4	124,2	123,3	117,4
29 "	132,1	103,3	76,0	81,2	84,2	155,0	118,0	125,9	126,6
25 - 29 "	145,2	111,7	101,7	104,9	106,0	132,0	137,1	134,8	125,0
30 Jahre	117,4	90,6	67,1	66,8	65,5	105,8	102,0	111,0	97,5
31 "	106,8	83,8	59,8	57,5	59,1	120,9	102,6	102,9	89,1
32 "	91,3	75,8	49,0	52,1	50,0	82,5	88,5	90,5	102,7
33 "	80,2	65,6	42,7	40,7	42,1	87,2	84,8	78,7	89,3
34 "	74,9	58,0	37,1	33,0	34,5	85,8	84,8	85,2	70,1
30 - 34 "	97,0	76,1	48,1	45,4	47,4	91,5	96,6	98,8	95,1
35 Jahre	64,2	52,4	30,3	28,9	27,8	85,3	63,5	66,3	68,8
36 "	57,6	44,6	25,3	24,9	23,7	91,5	72,3	57,2	49,8
37 "	42,6	39,4	24,1	19,4	17,6	62,9	62,2	41,6	40,6
38 "	38,6	34,1	19,1	17,2	14,8	55,8	44,8	41,0	44,2
39 "	31,2	26,6	15,7	14,0	11,5	51,9	42,4	30,1	31,3
35 - 39 "	45,3	40,5	23,5	21,4	19,1	65,4	60,7	50,8	49,4
40 Jahre	24,4	21,4	13,8	10,3	8,8	36,0	40,8	26,4	21,8
41 "	17,9	15,5	11,1	8,2	7,0	17,6	28,3	25,2	26,6
42 "	12,4	12,0	8,9	7,3	4,8	25,9	22,4	17,7	13,4
43 "	8,0	6,9	4,2	4,6	4,2	22,7	4,2	19,3	11,7
44 "	5,9	4,1	3,5	2,8	2,5	9,2	13,2	10,9	10,9
40 - 44 "	13,4	11,7	8,3	6,9	5,8	22,5	23,3	21,1	18,1
15 - 44 Jahre	81,4	68,4	49,1	46,8	46,8	95,0	106,1	103,0	95,9
45 Jahre	3,0	2,8	1,4	1,2	1,2	-	6,6	3,9	7,0
46 "	1,1	1,4	1,0	0,6	0,7	-	6,4	4,6	2,0
47 "	0,6	0,5	0,2	0,3	0,2	3,2	-	2,2	-
48 "	0,3	0,2	0,1	0,2	0,1	-	-	2,7	2,3
49 "	-	-	0,1	0,0	0,0	-	2,4	-	-
45 - 49 "	1,1	0,9	0,6	0,4	0,4	0,6	3,3	2,8	2,4
15 - 49 Jahre	69,4	57,7	42,0	40,3	40,5	86,9	100,3	97,1	90,5

1) Differenz zwischen Geburtsjahr des Kindes und Geburtsjahr der Mutter; Einzeljahre nach Geburtsjahren, Summen nach Altersjahren.

ters- bzw. altersgruppenspezifischen Fruchtbarkeitsziffern herangezogen.

Die Fruchtbarkeitsziffer der Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 49 Jahre) gibt an, wieviel Kinder innerhalb eines Jahres von 1 000 Frauen der genannten Altersgruppe zur Welt gebracht werden. Dieser Wert lag 1963 bei 83,2, 1968 bei 69,4 und 1976 bei 40,5. Gegenüber 1975 (40,3) ist damit im Berichtsjahr erstmalig eine geringfügige Verbesserung um 0,5% eingetreten. Auf einzelne Altersgruppen bezogen, zeigt die Entwicklung seit 1963 deutliche Unterschiede. So liegt die Fruchtbarkeitsziffer des Jahres 1976 bei den 40- bis 45jährigen um 67,0% unter der des Jahres 1963 und 56,7% unter der von 1968. Der geringste Rückgang gegen-

über 1963 ist bei den 15 bis 20 Jahre alten Frauen mit 34,6% zu verzeichnen, gefolgt von der Altersgruppe der 25- bis 30jährigen mit 41,9%. Im Vergleich mit 1968 ist die geringste Abnahme der Fruchtbarkeit bei den Frauen im Alter zwischen 25 und 30 Jahren festzustellen (27,0%), die höchste mit 63,6% bei den Frauen über 45 Jahren. Etwas anders sieht die neueste Entwicklung aus, da hier in einigen Altersgruppen zunehmende Fruchtbarkeitsziffern ermittelt wurden. Bereits ab 1974 stieg die Zahl der Geburten je 1 000 Frauen im Alter von 25 bis 30 Jahren an, bei den 20- bis 25- und den 30- bis 35jährigen wurde in 1975 der bisher niedrigste Wert erreicht, in 1976 nahm die Fruchtbarkeit dann um 1,6% bzw. 4,4% zu.

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1950 - 1976
Grundzahlen

Jahr	Eheschließungen	Lebendgeborene				Totgeborene		Gestorbene ¹⁾					Geborenen- bzw. Gestorbenen- (-) überschuß
		insgesamt	männlich	weiblich	nicht-ehelich	insgesamt	nicht-ehelich	insgesamt	männlich	weiblich	im ersten Lebensjahr	in den ersten 7 Lebenstagen	
1950	32 617	56 147	29 115	27 032	4 242	1 146	136	31 958	16 145	15 813	2 950	1 482	24 189
1960	31 924	64 251	32 743	31 508	3 350	1 023	72	39 533	20 596	18 937	2 369	1 299	24 718
1961	31 866	66 744	34 429	32 315	3 343	896	57	38 037	19 999	18 038	2 291	1 399	28 707
1962	31 312	66 185	33 887	32 298	3 001	899	63	39 345	20 530	18 815	2 132	1 355	26 840
1963	29 830	67 768	34 145	32 823	2 894	961	61	41 065	21 314	19 751	1 938	1 232	26 703
1964	29 062	67 323	34 695	32 628	2 676	881	60	38 529	20 343	18 186	1 826	1 155	28 794
1965	27 642	64 480	32 915	31 565	2 521	794	36	40 145	20 983	19 162	1 545	1 070	24 335
1966	26 844	64 249	33 196	31 053	2 440	774	41	40 758	21 011	19 747	1 550	1 089	23 491
1967	27 875	61 090	31 187	29 903	2 311	704	45	41 041	21 296	19 745	1 503	1 031	20 049
1968	25 695	58 532	30 086	28 446	2 442	670	32	44 219	22 750	21 469	1 410	924	14 313
1969	26 998	53 987	27 787	26 200	2 357	594	50	44 430	22 812	21 618	1 371	919	9 557
1970	27 665	48 706	25 119	23 587	2 331	514	35	43 694	22 202	21 492	1 241	902	5 012
1971	27 077	46 049	23 810	22 239	2 314	482	47	44 001	22 381	21 620	1 052	717	2 048
1972	26 444	41 035	21 012	20 012	2 239	442	26	43 914	22 360	21 554	989	610	- 2 879
1973	25 641	37 000	19 052	17 948	2 121	341	36	44 186	22 355	21 831	911	543	- 7 186
1974	24 444	35 885	18 305	17 580	2 083	303	26	43 487	22 001	21 486	805	453	- 7 602
1975	25 674	34 377	17 668	16 709	1 963	276	17	44 943	22 681	22 262	737	424	- 10 566
1976	24 199	34 544	17 872	16 672	1 949	251	26	44 706	22 382	22 324	664	357	- 10 162
1. Vj. 1976	4 646	8 863	4 546	4 317	475	68	5	11 918	5 924	5 994	163	81	- 3 055
2. Vj. 1976	6 864	8 529	4 412	4 117	464	57	5	11 370	5 674	5 696	184	99	- 2 841
3. Vj. 1976	7 253	8 906	4 589	4 317	522	62	11	10 495	5 276	5 219	165	98	- 1 589
4. Vj. 1976	5 436	8 246	4 325	3 921	488	64	5	10 923	5 508	5 415	152	79	- 2 677

Verhältniszahlen

Jahr	Ehe- schlie- ßungen	Lebend- geborene	Gestorbene 1)	Geborenen- bzw. Gestor- benen- (-) überschuß	Nicht- ehelich Lebend- geborene	Gestorbene 1)		Totgeborene auf 1 000 Lebend- und Totgeborene	Knaben auf 1 000 lebend- geborene Mädchen
						im ersten Lebensjahr 2)	in den ersten 7 Lebenstagen		
						auf 1 000 Lebendgeborene			
1950	11,0	18,9	10,8	8,1	75,6	52,8	26,4	20,0	1 077
1960	9,4	18,9	11,6	7,3	52,1	36,9	20,2	15,7	1 039
1961	9,3	19,5	11,1	8,4	50,1	32,2	21,0	13,2	1 065
1962	9,1	19,1	11,4	7,7	45,3	32,2	20,5	13,4	1 049
1963	8,5	19,4	11,8	7,6	42,7	28,7	18,2	14,0	1 065
1964	8,2	19,1	10,9	8,2	39,7	27,1	17,2	12,9	1 063
1965	7,7	18,1	11,3	6,8	39,1	23,8	16,6	12,2	1 043
1966	7,5	17,8	11,3	6,5	38,0	24,1	16,9	11,9	1 069
1967	7,7	16,9	11,3	5,5	37,8	24,5	16,9	11,4	1 043
1968	7,1	16,1	12,2	3,9	41,7	24,0	15,8	11,3	1 058
1969	7,4	14,8	12,1	2,6	43,7	25,1	17,0	10,9	1 061
1970	7,6	13,4	12,0	1,4	47,9	25,2	18,5	10,4	1 085
1971	7,4	12,5	12,0	0,6	50,3	22,7	15,6	10,4	1 071
1972	7,2	11,1	11,9	- 0,8	54,6	23,8	14,9	10,7	1 051
1973	6,9	10,0	12,0	- 1,9	57,3	24,3	14,7	9,1	1 062
1974	6,6	9,7	11,8	- 2,1	58,0	22,3	12,6	8,4	1 041
1975	7,0	9,3	12,2	- 2,9	57,1	21,3	12,3	8,0	1 057
1976	6,6	9,4	12,2	- 2,8	56,4	19,2	10,3	7,2	1 072
1. Vj. 1976	5,1	9,7	13,0	- 3,3	53,6	18,9	9,1	7,6	1 053
2. Vj. 1976	7,5	9,4	12,5	- 3,1	54,4	21,6	11,6	6,6	1 072
3. Vj. 1976	7,9	9,7	11,4	- 1,7	58,6	18,6	11,0	6,9	1 063
4. Vj. 1976	5,9	9,0	11,9	- 2,9	59,2	18,0	9,6	7,7	1 103

1) Ohne Totgeborene. - 2) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten.

Betrachtet man zusätzlich noch die Geburtenhäufigkeit einzelner Geburtsjahrgänge, dann zeigen sich auch dabei deutliche Schwerpunkte im Verlauf der Jahre. In den Jahren 1968 bis 1971 hatten die Frauen im Alter von 22 Jahren die größte Fruchtbarkeit aufzuweisen. Es handelte sich hier um die Geburtsjahrgänge 1946 bis 1949. Im Jahre 1972 waren es die 1948, in den Jahren 1973 und 1974 die 1949 geborenen Frauen, welche die höchste Fruchtbarkeitsziffer hatten. Sowohl 1975 als auch 1976 brachten Frauen des Geburtsjahrgangs 1950 die meisten Kinder zur Welt.

16 500 Geburten fehlten zu einer Bestandserhaltung der Bevölkerung

Um die Ungleichheiten des Altersaufbaus der Frauen im gebärfähigen Alter für den Vergleich verschiedener Jahre auszuschalten und um gleichzeitig festzustellen, ob die Fruchtbarkeit der Mütter zu einer Bestandserhaltung der Bevölkerung ausreicht, ermittelt man sogenannte Nettoreproduktionsziffern. Dazu werden die Fruchtbarkeitsverhältnisse des Beobachtungsjahres auf eine stationäre Bevölkerung übertragen. Danach wird berechnet, inwieweit die sich ergebenden Mädchengeburten ausreichen, um bei der angenommenen Sterblichkeit eine Generation durch die nächste zu ersetzen. Dies ist der Fall, wenn sich dabei eine Nettoreproduktionsziffer von 1 ergibt.

Im Jahre 1968 war durch die Nettoreproduktionsziffer von 1,200 noch sichergestellt, daß die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz sich mehr als selbst reproduzierte. Der weitere Rückgang der Geburtenhäufigkeit führte dazu, daß 1974 nur noch eine Nettoreproduktionsziffer von 0,720 gegeben war. Diese sank 1975 auf 0,681 und 1976 auf 0,676 ab. Sie lag damit bereits um 32,4% unter dem zur Bestandserhaltung der Bevölkerung notwendigen Niveau. Das nochmalige Absinken der Nettoreproduktionsziffer im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 0,7% macht sichtbar, daß das geringe Ansteigen der

Fruchtbarkeitsziffer nur auf einen günstigeren Altersaufbau zurückzuführen war. Wollte man langfristig eine Bestandserhaltung der Bevölkerung des Landes erreichen, dann müßte die derzeitige Geburtenhäufigkeit um gut 47% ansteigen. Auf die gegenwärtige Zahl der Frauen im Alter zwischen 15 und 50 Jahren übertragen, hätten demnach 1976 rund 51 000 Kinder zur Welt kommen müssen, fast 16 500 mehr als tatsächlich geboren wurden.

Geburtenhäufigkeit bei Ausländern stärker rückläufig als in der Gesamtbevölkerung

Der ausländische Bevölkerungsanteil hatte immer eine höhere Fruchtbarkeit als die deutsche Bevölkerung aufzuweisen. Das war zwar auch 1976 noch der Fall, doch war eine Anpassung des generativen Verhaltens zu beobachten.

Im Jahre 1974 brachten 1 000 Ausländerinnen im Alter zwischen 15 und 50 Jahren 100 Kinder zur Welt, 1975 waren es 97 und im Berichtsjahr 91. Schaltet man aus der Fruchtbarkeitsziffer den abweichenden Altersaufbau in den einzelnen Jahren aus, dann ergibt sich für 1976 ein Rückgang um 8,6% gegenüber 1974 und um 5,8% gegenüber 1975. Mit einer Nettoreproduktionsziffer von 1,144 werden gegenwärtig 14,4% mehr ausländische Mädchen geboren als zu einer Bestandserhaltung der Nichtdeutschen notwendig wären.

Die Entwicklung der letzten Jahre läßt einen weiteren Rückgang in der Geburtenhäufigkeit der Ausländer erwarten. Eine langfristige Anpassung an das Fruchtbarkeitsverhalten der übrigen Bevölkerung ist wahrscheinlich. Durch den stärker als bei der Gesamtbevölkerung ausgefallenen Rückgang der Geburtenhäufigkeit des ausländischen Bevölkerungsteils wird deutlich, daß der gegenwärtig noch positive Einfluß dieser Gruppe auf die Gesamtgeburtenentwicklung in absehbarer Zeit weiter abnimmt, zumal auch die Zahl der Ausländer bei einem Anhalten der derzeitigen wirtschaftlichen Lage weiterhin rückläufig sein müßte.

Wanderungen über die Landesgrenzen 1950 - 1976

Zeitraum	Insgesamt			Bundesländer			Ausland und übrige Gebiete		
	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo
1950	160 144	45 219	114 925	134 277	41 497	92 780	25 867	3 722	22 145
1960	109 356	101 410	7 946	84 901	89 338	- 4 437	24 455	12 072	12 383
1961	114 041	100 879	13 162	87 764	87 811	- 47	26 277	13 068	13 209
1962	109 205	100 109	9 096	88 133	86 195	1 938	21 072	13 914	7 158
1963	111 492	103 148	8 344	87 261	85 305	1 956	24 231	17 843	6 388
1964	116 235	109 092	7 143	89 120	90 489	- 1 369	27 115	18 603	8 512
1965	121 000	108 883	12 117	89 201	88 587	614	31 799	20 296	11 503
1966	123 165	116 185	6 980	92 887	90 305	2 582	30 278	25 880	4 398
1967	103 730	111 019	- 7 289	85 089	85 838	- 749	18 641	25 181	- 6 540
1968	109 108	104 828	4 280	84 890	86 938	- 2 048	24 218	17 890	6 328
1969	123 325	106 138	17 187	86 779	87 233	- 454	36 546	18 905	17 641
1970	129 860	109 011	20 849	88 085	88 732	- 647	41 775	20 279	21 496
1971	126 962	109 423	17 539	87 030	87 437	- 407	39 932	21 986	17 946
1972	124 518	109 786	14 732	85 475	86 816	- 1 341	39 043	22 970	16 073
1973	125 566	107 965	17 601	83 350	84 906	- 1 556	42 216	23 059	19 157
1974	102 239	107 358	- 5 119	76 389	81 573	- 5 184	25 850	25 785	65
1975	86 262	97 985	- 11 723	67 580	72 018	- 4 438	18 682	25 967	- 7 285
1976	28 709	95 323	- 6 614	67 766	72 434	- 4 668	20 943	22 889	- 1 946
1. Vj. 1976	19 727	21 393	- 1 666	15 122	15 940	- 818	4 605	5 453	- 848
2. Vj. 1976	19 811	21 733	- 1 922	15 293	16 334	- 1 041	4 518	5 399	- 881
3. Vj. 1976	25 609	26 836	- 1 227	19 367	20 282	- 915	6 242	6 554	- 312
4. Vj. 1976	23 562	25 361	- 1 799	17 984	19 878	- 1 894	5 578	5 483	95

Wanderungen über die Landesgrenzen nach Herkunfts- und Zielgebieten 1975 und 1976

Herkunfts- bzw. Zielgebiet	1975			1976					
	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo	Zuzüge		Fortzüge		Wanderungssaldo	
	insgesamt			ins-gesamt	männ-lich	ins-gesamt	männ-lich	ins-gesamt	männ-lich
Bundesgebiet	67 580	72 018	- 4 438	67 766	37 992	72 434	40 760	- 4 668	- 2 768
Schleswig-Holstein	1 343	1 360	- 17	1 416	852	1 504	881	- 88	- 29
Hamburg	615	769	- 154	576	337	754	465	- 178	- 128
Niedersachsen	3 253	3 436	- 183	3 217	1 794	3 505	1 958	- 288	- 164
Bremen	359	366	- 7	294	168	363	222	- 69	- 54
Nordrhein-Westfalen	21 406	21 133	273	21 804	11 869	21 248	11 785	556	84
Hessen	12 969	16 462	- 3 493	13 808	7 880	16 610	9 351	- 2 802	- 1 471
Baden-Württemberg	14 603	14 956	- 353	13 873	7 909	14 839	8 321	- 966	- 412
Bayern	5 658	6 729	- 1 071	5 249	3 011	6 746	3 832	- 1 497	- 821
Saarland	5 738	5 401	337	5 987	3 270	5 590	3 164	397	106
Berlin (West)	1 636	1 406	230	1 542	902	1 275	781	267	121
DDR einschl. Berlin (Ost)	823	82	741	624	255	83	32	541	223
Ostgebiete des Deutschen Reiches ¹⁾	325	184	141	938	433	200	76	738	357
Ausland ²⁾	17 057	25 549	- 8 492	18 995	10 422	22 574	13 310	- 3 579	- 2 888
Europäisches Ausland	12 992	21 743	- 8 751	14 566	8 001	18 587	11 248	- 4 021	- 3 247
Frankreich	989	1 182	- 193	1 172	593	1 109	563	63	30
Griechenland	484	1 566	- 1 082	495	268	1 317	773	- 822	- 505
Großbritannien und Nordirland	600	472	128	654	373	552	315	102	58
Italien	2 461	4 584	- 2 123	3 190	2 086	3 806	2 308	- 616	- 222
Jugoslawien	1 405	3 438	- 2 033	1 290	623	2 496	1 640	- 1 206	- 1 017
Niederlande	367	397	- 30	338	189	371	194	- 33	- 5
Österreich	454	563	- 109	444	258	445	256	- 1	2
Portugal	348	788	- 440	321	142	610	353	- 289	- 211
Schweiz	313	257	56	283	153	256	129	27	24
Spanien	357	1 655	- 1 298	294	167	1 211	726	- 917	- 559
Türkei	3 256	5 487	- 2 231	3 724	2 007	4 872	3 183	- 1 148	- 1 176
Übriges europäisches Ausland	1 958	1 354	604	2 361	1 142	1 542	808	819	334
Außereuropäisches Ausland	4 065	3 806	259	4 429	2 421	3 985	2 061	444	360
USA	1 865	1 789	76	1 876	884	2 008	851	- 132	33
Übriges Amerika	459	541	- 82	537	246	502	266	35	- 20
Afrika	558	611	- 53	644	352	523	343	121	9
Asien	1 023	705	318	1 215	855	802	523	413	332
Australien	160	160	-	157	84	150	78	7	6
Unbekannt und ohne Angabe	477	152	325	386	249	32	19	354	230
I n s g e s a m t	86 262	97 985	- 11 723	88 709	49 351	95 323	54 197	- 6 614	- 4 846

1) Gebietsstand 31. 12. 1937. - 2) Einschl. unbekanntes Ausland.

Negativer Wanderungssaldo 1976 geringer als im Vorjahr

Der negative Wanderungssaldo des Landes in Höhe von 6 614 Personen ergab sich 1976 aus 88 709 Zu- und 95 323 Fortzügen. Im Vergleich mit dem Vorjahr fiel die Entwicklung deutlich günstiger aus. Während die Zuwanderung um 2,8% anstieg, ging die Abwanderung um 2,7% zurück. Der Wanderungsverlust lag 43,6% unter dem Wert des Jahres 1975. Auch 1976 dominierten die Männer mit 55,6% bei den Zu- und mit 56,9% bei den Fortzügen, am Wanderungssaldo waren sie mit 73,3% beteiligt.

Die größte Bedeutung im Wanderungsgeschehen hatten, wie in früheren Jahren, die anderen Bundesländer, da etwa drei Viertel aller Wanderungsfälle mit diesen Gebieten abgewickelt wurden. So kamen 1976 aus dem Bundesgebiet 67 766 Menschen in unser Land, die meisten aus den Nachbarländern Nordrhein-Westfalen (32,2%), Baden-Württemberg (20,5%), Hessen (20,4%) und dem Saarland (8,8%). Von den 72 434 Personen, die Rheinland-Pfalz verließen und im Bundesgebiet blieben, zogen 29,3% nach Nordrhein-Westfalen, 22,9% nach Hessen, 20,5% nach Baden-Württemberg und 9,3% nach Bayern. Erst danach folgte das Saarland mit 7,7%. Die Aufrechnung der Zu- und Fortzüge ergab im Berichtsjahr eine negative Bilanz von 4 668 Personen, 1975 waren 4 438 Menschen mehr in andere

Bundesländer abgewandert als von dort nach Rheinland-Pfalz kamen. Die höchsten Wanderungsverluste wurden 1976 mit 2 802 Fällen gegenüber Hessen und mit 1 497 Fällen gegenüber Bayern registriert. Die positivste Entwicklung ergab sich mit Nordrhein-Westfalen und dem Saarland; es konnten Wanderungsgewinne von 556 bzw. 397 Personen verbucht werden.

Im Gegensatz zu dem Wanderungsgeschehen mit dem Bundesgebiet, das 1976 noch negativer als im Vorjahr verlief, war bei den Zu- und Fortzügen mit dem Ausland und den übrigen Gebieten im Berichtsjahr ein bedeutend geringerer Wanderungsverlust festzustellen. Die Fortzüge überstiegen die Zuzüge nur noch um 1 946 Personen gegenüber 7 285 im Jahre 1975. Die Gründe dafür waren ein Mehr von 2 261 Zuwanderungen und ein Rückgang der Abwanderungen um 3 078 Fälle. Das größte Wanderungsvolumen war mit der Türkei festzustellen, von wo 3 724 Menschen kamen. Da im gleichen Zeitraum 4 872 Personen dorthin verzogen, ergab sich ein Negativsaldo von 1 148. Im Vorjahr betrug dieser noch 2 231. Eine starke Abwanderung nach Jugoslawien führte zu einem Minus von 1 206 Personen im Wanderungsgeschehen mit diesem Land. Auch gegenüber Griechenland und Italien errechnen sich mit 822 bzw. 616 Personen deutliche Wanderungsverluste. Positiv waren dagegen in erster

Linie die Wanderungssalden mit afrikanischen und asiatischen Ländern.

Über 50% der Wandernden waren Erwerbspersonen

Da Umzüge sehr häufig die Folge eines Arbeitsplatzwechsels sind, weisen die Wandernden auch eine entsprechende altersmäßige Gliederung und eine höhere Beteiligung am Erwerbsleben auf.

Während in der Gesamtbevölkerung 15,5% zwischen 15 und 25 Jahre alt waren, zählten bei den Personen, die 1976 in unser Land zogen, 30,8% zu dieser Gruppe, bei den Fortzügen gar 34,4%. Ebenfalls deutlich überrepräsentiert war bei den Wanderungen die Altersgruppe zwischen 25 und 35 Jahre. Sie hatte an den Zuzügen einen Anteil von 23,8%, an den Fortzügen einen Anteil von 25,2%. Dagegen standen nur 11,8% der Bevölkerung in diesem Alter. Die höheren Altersgruppen waren an den Zu- und Fortzügen prozentual weniger beteiligt, als

ihrem Anteil in der Wohnbevölkerung entsprochen hätte. Positive Wanderungssalden hatten die über 50jährigen zu verzeichnen, während bei den unter 50jährigen mehr Menschen Rheinland-Pfalz verließen, als von draußen hereinkamen.

Nach den Erhebungen des Mikrozensus zählten im Mai 1976 etwa 43% der Bevölkerung zu den Erwerbspersonen. Dagegen gehörten 1976 fast 53% der Zugezogenen und annähernd 56% der Fortgezogenen zu diesem Personenkreis. Rund 70% der zu- und fast 73% der abgewanderten Erwerbspersonen waren dabei zwischen 15 und 35 Jahren alt, von den im Lande lebenden Erwerbspersonen standen nicht ganz 45% in diesem Alter. Von dem negativen Wanderungssaldo der Erwerbspersonen in Höhe von 6 509 entfielen 90,5% auf vorgenannte Altersgruppe, was deren arbeitsmarktpolitische Bedeutung unterstreicht und einen Hinweis auf ihre Mobilität gibt.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Nachfrage der Schulabgänger 1977 nach Ausbildungsstellen

Um einen aktuellen Überblick über die Ausbildungssituation der Entlaßschüler des Schuljahres 1976/77 in Rheinland-Pfalz zu erhalten, wurde im Mai 1977 eine Befragung der Schulabgänger durchgeführt. Die Schüler, die voraussichtlich zum Schuljahresende die Schulen verlassen werden, wurden gefragt, ob sie eine berufliche oder eine schulische Ausbildung anstrebten. Diejenigen, die sich für eine Berufsausbildung entschieden hatten, sollten außerdem mitteilen, ob sie bereits einen gesicherten Ausbildungsplatz hatten oder noch suchten.

Eine solche Erhebung war erstmals im vergangenen Jahr durchgeführt worden. Da die Ergebnisse wichtige Anhaltspunkte über die zu erwartende Ausbildungssituation gaben, wurde sie in diesem Jahr wiederholt. Zwar stand zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht für alle Schüler fest, welchen Bildungsweg sie nach dem Ende des Schuljahres einschlagen wollten, dennoch vermitteln die Ergebnisse interessante Aufschlüsse über die Situation der Entlaßschüler des Schuljahres 1976/77.

In die Erhebung einbezogen waren die Schüler der allgemeinbildenden Schulen, und zwar der Klassenstufen 7 (und darunter) bis 10 bei den Hauptschulen und Realschulen und der Klassenstufen 7 (und darunter) bis 12 der Gymnasien. Somit waren auch die Schüler erfaßt, die vorzeitig von den Schulen abgehen. Nicht befragt wurden dagegen diejenigen Schüler, die zum Schuljahresende voraussichtlich mit dem Abitur die Schule verlassen sollten, weil die Studien- bzw. Berufswünsche der Abiturienten bereits zum Jahresbeginn bundeseinheitlich erfragt worden waren. Außer den allgemeinbildenden Schulen waren aus dem Bereich der

berufsbildenden Schulen die Klassen des Berufsgrundschuljahres sowie die ein- und zweijährigen Berufsfachschulen - mit Ausnahme der höheren Berufsfachschulen - in die Schulabgängerbefragung einbezogen.

Da die Ergebnisse der Befragung möglichst frühzeitig - noch vor dem Ende des Schuljahres - vorliegen sollten, wurden nur die Erhebungsbogen derjenigen Schulen ausgewertet, die den Bogen rechtzeitig zurückgeschickt hatten. Dabei wurde bei den Sonderschulen nur die relativ niedrige Erfassungsquote von rund 85% erreicht. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß für die Schulen für Geistigbehinderte der Fragenkatalog weitgehend nicht zutraf, da Geistigbehinderte nach dem Schulabschluß zumeist in beschützende Werkstätten wechseln. Die betroffenen Schulen gaben deshalb auch vielfach ihre Bogen nicht zurück. Bei den Schulen für Lernbehinderte lag die Erfassungsquote bei 93%, bei den übrigen allgemeinbildenden Schulen zwischen 94% bei den Realschulen und 99% bei den Gymnasien. Von den berufsbildenden Schulen kamen 90% der versandten Bogen zurück.

Fast 11 000 Entlaßschüler mehr als im Vorjahr

Die Zahl der Schulentlassungen war 1975 und 1976 trotz geburtenstarker Jahrgänge an den Schulen als Folge der beiden Kurzschuljahre 1966 und 1966/67 relativ gering. Im Juli 1977 kamen erstmals wieder die Schüler eines ganzen Einschulungsjahres zur Entlassung, wodurch die Schulabgängerzahl stark anstieg. So wurden bei der diesjährigen Befragung der Entlaßschüler insgesamt 61 812 Schüler erfaßt, das sind über 10 800 mehr als im Vorjahr. Gravierend war der Anstieg der Schulabgängerzahlen vor

Abgänge aus	Geschlecht	Befragte Entlaß- schüler ins- gesamt	Davon											
			streben eine Ausbildung im dualen System an		davon		streben eine Ausbildung im öffentlichen Dienst als Beamten- anwärter an		suchen eine Arbeitsplatz, keinen Ausbildungs- platz		streben eine weitere schulische Ausbildung an		wollen zu Hause bleiben (einschl. mithelfende Familien- angehörige)	
					mit ge- sicher- tem Ausbil- dungs- platz	suchen noch einen Ausbil- dungs- platz								
			Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Hauptschulen	männlich	20 620	15 146	73,5	10 512	4 634	287	1,4	535	2,6	4 523	21,9	129	0,6
	weiblich	18 783	10 243	54,5	6 137	4 106	100	0,5	730	3,9	7 522	40,0	188	1,0
	insgesamt	39 403	25 389	64,4	16 649	8 740	387	1,0	1 265	3,2	12 045	30,6	317	0,8
Sonderschulen	männlich	1 366	595	43,6	316	279	2	0,1	417	30,5	321	23,5	31	2,3
	weiblich	942	282	29,9	116	166	-	-	314	33,3	284	30,1	62	6,6
	insgesamt	2 308	877	38,0	432	445	2	0,1	731	31,7	605	26,2	93	4,0
Realschulen	männlich	3 436	2 318	67,5	1 628	690	378	11,0	9	0,3	719	20,9	12	0,3
	weiblich	3 989	2 622	65,7	1 691	931	118	3,0	16	0,4	1 219	30,6	14	0,4
	insgesamt	7 425	4 940	66,5	3 319	1 621	496	6,7	25	0,3	1 938	26,1	26	0,4
Gymnasien	männlich	1 713	991	57,9	572	419	184	10,7	23	1,3	508	29,7	7	0,4
	weiblich	1 959	1 159	59,2	709	450	43	2,2	68	3,5	680	34,7	9	0,5
	insgesamt	3 672	2 150	58,6	1 281	869	227	6,2	91	2,5	1 188	32,4	16	0,4
Berufsgrund- schuljahr	männlich	965	811	84,0	427	384	16	1,7	69	7,2	59	6,1	10	1,0
	weiblich	2 073	1 288	62,1	514	774	10	0,5	308	14,9	402	19,4	65	3,1
	insgesamt	3 038	2 099	69,1	941	1 158	26	0,9	377	12,4	461	15,2	75	2,5
Berufsfach- schulen	männlich	2 120	1 664	78,5	996	668	242	11,4	20	0,9	190	9,0	4	0,2
	weiblich	3 846	2 911	75,7	1 623	1 288	59	1,5	130	3,4	721	18,7	25	0,7
	insgesamt	5 966	4 575	76,7	2 619	1 956	301	5,0	150	2,5	911	15,3	29	0,5
Insgesamt	männlich	30 220	21 525	71,2	14 451	7 074	1 109	3,7	1 073	3,6	6 320	20,9	193	0,6
	weiblich	31 592	18 505	58,6	10 790	7 715	330	1,0	1 566	5,0	10 828	34,3	363	1,1
	insgesamt	61 812	40 030	64,8	25 241	14 789	1 439	2,3	2 639	4,3	17 148	27,7	556	0,9

allein bei den Hauptschulen. Dort wurden 39 403 Schüler erfaßt gegenüber 28 648 im Vorjahr. Obwohl der Kreis der Befragten nicht exakt dem des vergangenen Jahres entspricht - in diesem Jahr wurde die Befragung an allen Sonderschulen, also einschließlich Geistigbehindertenschulen, durchgeführt und die Klassenstufen 11 und 12 der Gymnasien waren erst in diesem Jahr einbezogen worden, während andererseits ein geringerer Anteil der Berufsfachschulen mit den Erhebungsbogen beschickt wurde - läßt sich auch an den anderen Schularten eine leichte Erhöhung der Zahl der Schulabgänger erkennen.

Drei Viertel aller erfaßten Schüler, rund 44 000, wollten nach der Schule in einen Beruf. Die meisten davon strebten ein Ausbildungsverhältnis an. Nur wenige von ihnen (2 600) suchten keinen Ausbildungs-, sondern einen Arbeitsplatz, einige (1 400) strebten eine Ausbildung im öffentlichen Dienst als Beamtenanwärter an. Die übrigen Schüler (17 100) wollten in ihrer Mehrzahl ihre Ausbildung an einer anderen Schule fortsetzen. Damit ist prozentual der Anteil derer, die sich schulisch weiterbilden wollten, gesunken. Da jedoch die Zahl der Schulabgänger insgesamt anstieg, suchten dennoch 1 300 Schüler mehr als im Vorjahr einen schulischen Ausbildungsplatz.

Die meisten dieser Schüler (8 100) beabsichtigten, eine berufliche Vollzeitschule - ohne Berufsgrundschuljahr - zu besuchen. Allerdings nahm ihr Anteil sowohl relativ als auch absolut ab. Gestiegen ist dagegen die Zahl derer, die eine allgemeinbildende Vollzeitschule (5 500) oder eine Klasse des Berufsgrundschuljahres (3 600) besuchen wollten.

Rund 14 800 Schulabgänger noch ohne Ausbildungsvertrag

Drastisch zurückgegangen ist die Zahl der Entlassschüler, die weder einen Ausbildungs- noch einen Arbeitsplatz suchten, sondern zu Hause bleiben wollten. Ihre Zahl beläuft sich in diesem Jahr auf 600. Vor einem Jahr waren es noch mehr als doppelt so viele. Die meisten Schulabgänger, die zu Hause bleiben wollten, kamen aus Hauptschulen (317) oder Sonderschulen (93).

Die steigenden Schulabgängerzahlen führten vor allem zu einem sprunghaften Anstieg der Schulentlassenen, die eine berufliche Ausbildung im dualen System absolvieren wollten. 40 000 der Befragten gaben an, eine Lehre machen zu wollen. Drei von fünf dieser Schüler hatten zum Zeitpunkt der Befragung bereits einen gesicherten Ausbildungsplatz. Damit hatten zum Erhebungszeitpunkt sowohl relativ als auch absolut wesentlich mehr Entlassschüler einen gesicherten Ausbildungsvertrag als vor einem Jahr. Dennoch suchten im Mai 1977 - genauso wie 1976 - noch rund 14 800 Schulabgänger einen Ausbildungsplatz.

Bei der Suche nach einem Lehrherren hatten offenbar die Schulabgänger aus Realschulen die besten Chancen. Von den Realschülern, die eine berufliche Ausbildung anstrebten, waren im Mai bereits zwei Drittel vermittelt. Doch auch 65,5% der Schulabgänger aus den Hauptschulen, die in einen Beruf wollten, hatten bereits einen gesicherten Ausbildungsplatz. Dagegen hatte von den Schülern des Berufsgrundschuljahres nicht einmal jeder zweite einen Lehrherren gefunden und auch die Hälfte der Schulabgänger aus Sonderschulen, die eine beruf-

Schulabgänger aus Hauptschulen nach Verwaltungsbezirken 1977

Verwaltungsbezirk	Befragte Entlaß- schüler ins- gesamt	Davon									
		davon						streben eine Ausbil- dung im öffentl. Dienst als Be- amten- anwärter an	suchen keinen Ausbil- dungs- sondern einen Arbeits- platz	streben eine weitere schu- liche Aus- bildung an	suchen weder einen Ausbil- dungs- noch einen Arbeits- platz (wollen zu Hause bleiben)
		streben eine Ausbildung im dualen System an		mit gesichertem Ausbildungs- vertrag		ohne gesicherten Ausbildungs- vertrag					
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				
Kreisfreie Stadt Koblenz	864	578	66,9	296	51,2	282	48,8	15	18	249	4
Landkreise											
Ahrweiler	1 088	770	70,8	567	73,6	203	26,4	3	8	301	6
Altenkirchen (Ww.)	1 483	1 043	70,3	724	69,4	319	30,6	17	45	368	10
Bad Kreuznach	1 575	878	55,7	588	67,0	290	33,0	5	95	579	18
Birkenfeld	1 020	575	56,4	309	53,7	266	46,3	14	24	397	10
Cochem-Zell	798	543	68,0	375	69,1	168	30,9	8	7	233	7
Mayen-Koblenz	2 011	1 351	67,2	897	66,4	454	33,6	20	33	595	12
Neuwied	1 483	963	64,9	698	72,5	265	27,5	6	48	461	5
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 052	623	59,2	429	68,9	194	31,1	7	16	401	5
Rhein-Lahn-Kreis	1 092	751	68,8	563	75,0	188	25,0	13	19	301	8
Westerwaldkreis	2 059	1 402	68,1	943	67,3	459	32,7	22	70	555	10
RB Koblenz	14 525	9 477	65,2	6 389	67,4	3 088	32,6	130	383	4 440	95
Kreisfreie Stadt Trier	1 099	734	66,8	384	52,3	350	47,7	8	13	334	10
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	1 155	777	67,3	539	69,4	238	30,6	12	18	334	14
Bitburg-Prüm	1 283	783	61,0	542	69,2	241	30,8	17	19	440	24
Daun	710	401	56,5	314	78,3	87	21,7	8	15	279	7
Trier-Saarburg	1 356	924	68,1	539	58,3	385	41,7	15	18	393	6
RB Trier	5 603	3 619	64,6	2 318	64,1	1 301	35,9	60	83	1 780	61
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	434	280	64,5	220	78,6	60	21,4	1	25	122	6
Kaiserslautern	945	586	62,0	299	51,0	287	49,0	9	44	287	19
Landau i. d. Pfalz	364	232	63,7	135	58,2	97	41,8	7	22	99	4
Ludwigshafen a. Rhein	1 530	1 051	68,7	654	62,2	397	37,8	16	57	385	21
Mainz	1 128	724	64,2	496	68,5	228	31,5	10	13	377	4
Neustadt a. d. Weinstr.	534	368	68,9	189	51,4	179	48,6	2	5	156	3
Pirmasens	280	152	54,3	72	47,4	80	52,6	3	25	97	3
Speyer	423	253	59,8	171	67,6	82	32,4	4	8	148	10
Worms	775	511	65,9	291	56,9	220	43,1	7	35	212	10
Zweibrücken	376	238	63,3	128	53,8	110	46,2	1	25	106	6
Landkreise											
Alzey-Worms	1 177	755	64,1	525	69,5	230	30,5	6	71	333	12
Bad Dürkheim	1 222	721	59,0	479	66,4	242	33,6	7	50	443	1
Donnersbergkreis	958	610	63,7	435	71,3	175	28,7	13	28	304	3
Germersheim	1 368	848	62,0	581	68,5	267	31,5	12	59	435	14
Kaiserslautern	1 188	700	58,9	415	59,3	285	40,7	34	66	381	7
Kusel	1 084	679	62,6	414	61,0	265	39,0	14	18	370	3
Landau-Bad Bergzabern	1 267	839	66,2	590	70,3	249	29,7	20	32	368	8
Ludwigshafen	1 310	879	67,1	649	73,8	230	26,2	4	39	379	9
Mainz-Bingen	1 580	1 073	67,9	733	68,3	340	31,7	17	32	450	8
Pirmasens	1 332	794	59,6	466	58,7	328	41,3	10	145	373	10
RB Rheinhessen-Pfalz	19 275	12 293	63,8	7 942	64,6	4 351	35,4	197	799	5 825	161
Rheinland-Pfalz	39 403	25 389	64,4	16 649	65,6	8 740	34,4	387	1 265	12 045	317
Kreisfreie Städte	8 752	5 707	65,2	3 335	58,4	2 372	41,6	83	290	2 572	100
Landkreise	30 651	19 682	64,2	13 314	67,6	6 368	32,4	304	975	9 473	217

Schulabgänger aus Berufsgrundschuljahr sowie 1- und 2jährigen Berufsfachschulen nach Verwaltungsbezirken 1977

Verwaltungsbezirk	Befragte Entlaß- schüler ins- gesamt	Davon									
		davon						streben eine Ausbil- dung im öffentl. Dienst als Be- amten- anwärter an	suchen keinen Ausbil- dungs- sondern einen Arbeits- platz	streben eine weitere schu- liche Aus- bildung an	suchen weder einen Ausbil- dungs- noch einen Arbeits- platz (wollen zu Hause bleiben)
		streben eine Ausbildung im dualen System an		mit gesichertem Ausbildungs- vertrag		ohne gesicherten Ausbildungs- vertrag					
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				
Kreisfreie Stadt Koblenz	454	325	71,6	183	56,3	142	43,7	22	10	91	6
Landkreise											
Ahrweiler	118	90	76,3	51	56,7	39	43,3	5	4	19	-
Altenkirchen (Ww.)	158	132	83,5	91	68,9	41	31,1	1	3	22	-
Bad Kreuznach	472	385	81,6	260	67,5	125	32,5	14	6	55	12
Birkenfeld	111	80	72,1	23	28,8	57	71,3	5	9	17	-
Cochem-Zell	112	91	81,3	51	56,0	40	44,0	5	5	8	3
Mayen-Koblenz	300	226	75,3	121	53,5	105	46,5	10	24	34	6
Neuwied	320	215	67,2	115	53,5	100	46,5	15	9	81	-
Rhein-Hunsrück-Kreis	317	230	72,6	139	60,4	91	39,6	23	7	57	-
Rhein-Lahn-Kreis	167	147	88,0	100	68,0	47	32,0	6	-	14	-
Westerwaldkreis	310	245	79,0	136	55,5	109	44,5	11	4	47	3
RB Koblenz	2 839	2 166	76,3	1 270	58,6	896	41,4	117	81	445	30
Kreisfreie Stadt Trier	692	435	62,9	182	41,8	253	58,2	35	47	160	15
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	181	129	71,3	58	45,0	71	55,0	5	15	30	2
Bitburg-Prüm	312	249	79,8	126	50,6	123	49,4	2	20	41	-
Daun	167	145	86,8	64	44,1	81	55,9	3	-	18	1
Trier-Saarburg	262	237	90,5	114	48,1	123	51,9	2	1	16	6
RB Trier	1 614	1 195	74,0	544	45,5	651	54,5	47	83	265	24
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	176	137	77,8	98	71,5	39	28,5	1	16	21	1
Kaiserslautern	333	270	81,1	161	59,6	109	40,4	10	24	26	3
Landau i. d. Pfalz	184	133	72,3	76	57,1	57	42,9	13	14	24	-
Ludwigshafen a. Rhein	584	419	71,7	217	51,8	202	48,2	18	72	65	10
Mainz	469	293	62,5	179	61,1	114	38,9	3	28	133	12
Neustadt a. d. Weinstr.	268	228	85,1	131	57,5	97	42,5	7	5	27	1
Pirmasens	110	78	70,9	31	39,7	47	60,3	16	4	12	-
Speyer	237	140	59,1	81	57,9	59	42,1	5	25	62	5
Worms	281	203	72,2	109	53,7	94	46,3	9	24	45	-
Zweibrücken	207	153	73,9	52	34,0	101	66,0	6	20	27	1
Landkreise											
Alzey-Worms	161	133	82,6	70	52,6	63	47,4	5	14	9	-
Bad Dürkheim	194	137	70,6	77	56,2	60	43,8	16	14	26	1
Donnersbergkreis	69	55	79,7	30	54,5	25	45,5	-	-	14	-
Germersheim	307	230	74,9	108	47,0	122	53,0	3	36	36	2
Kaiserslautern	207	116	56,0	48	41,4	68	58,6	-	16	65	10
Kusel	251	204	81,3	76	37,3	128	62,7	10	16	21	-
Landau-Bad Bergzabern	168	130	77,4	68	52,3	62	47,7	21	3	11	3
Mainz-Bingen	181	134	74,0	87	64,9	47	35,1	12	18	16	1
Pirmasens	164	120	73,2	47	39,2	73	60,8	8	14	22	-
RB Rheinhessen-Pfalz	4 551	3 313	72,8	1 746	52,7	1 567	47,3	163	363	662	50
Rheinland-Pfalz	9 004	6 674	74,1	3 560	53,3	3 114	46,7	327	527	1 372	104
Kreisfreie Städte	3 995	2 814	70,4	1 500	53,3	1 314	46,7	145	289	693	54
Landkreise	5 009	3 860	77,1	2 060	53,4	1 800	46,6	182	238	679	50

Berufsgruppe	Insgesamt		Abgänger aus											
			Haupt-schulen		Sonder-schulen		Real-schulen		Gymnasien		Berufs-grund-schuljahr		1- u. 2-jährigen Berufs-fachschulen	
	ins-ge-samt	weib-lich	zu-sam-men	weib-lich	zu-sam-men	weib-lich	zu-sam-men	weib-lich	zu-sam-men	weib-lich	zu-sam-men	weib-lich	zu-sam-men	weib-lich
Landwirtschafts-, Gartenbau- und Forstberufe	469	125	314	82	27	6	45	11	22	4	29	12	32	10
Metallberufe	2 197	22	1 701	11	72	5	103	-	65	2	161	-	95	4
Elektroberufe	1 157	23	711	12	7	-	149	5	100	3	58	1	132	2
Bauberufe, Bau- und Raum-ausstatter	837	82	613	36	81	3	57	20	39	12	30	3	17	8
Holzberufe	425	40	305	24	41	7	11	1	38	5	22	1	8	2
Textil- und Lederberufe	416	340	343	282	10	6	11	7	3	1	38	37	11	7
Druck- und Papierberufe	138	33	88	23	4	3	15	2	17	2	7	1	7	2
Chemie-, Physik- und Biologie-berufe; Glas-, Porzellan-, Keramikberufe	439	261	203	112	9	1	108	48	38	28	47	45	34	27
Nahrungs- und Genußmittelberufe	680	189	514	126	48	8	19	4	22	9	25	15	52	27
Kaufmännische Berufe (einschl. Verkaufsberufe), Verwaltungsberufe	4 300	3 332	2 130	1 823	42	37	611	399	237	163	361	300	919	610
Gesundheits- und Körperpflege-berufe, Sozialberufe	2 527	2 357	1 099	1 053	39	36	414	382	194	160	235	223	546	503
Hotel- und Gaststättenberufe	402	257	252	137	13	12	26	17	34	20	38	36	39	35
Hauswirtschaftsberufe	505	495	305	297	38	38	22	20	13	13	92	92	35	35
Gestaltende und künstlerische Berufe	167	102	95	60	2	2	19	10	21	9	11	7	19	14
Bergleute und Mineralgewinner	2	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
Verkehrsberufe	128	57	66	28	12	2	11	5	26	19	4	1	9	2
Insgesamt	14 789	7 715	8 740	4 106	445	166	1 621	931	869	450	1 158	774	1 956	1 288

liche Ausbildung anstreben, hatte noch keine feste Zusage für eine Lehrstelle.

Mädchen schwerer zu vermitteln

Dabei ist es für Mädchen offenbar schwieriger, einen Ausbildungsplatz zu erhalten als für Jungen. An allen Schularten, mit Ausnahme der Gymnasien, haben sie relativ seltener eine Lehrstelle gefunden als ihre Schulkameraden.

Die schlechtesten Möglichkeiten auf dem Ausbildungsstellenmarkt haben erwartungsgemäß diejenigen Schüler, die vor Erreichen eines Schulabschlusses ihre Schule verlassen. So hatten im Mai von 1 200 Hauptschülern, die aus der 7. Klassenstufe und darunter die Schule verließen und einen Ausbildungsplatz suchten, drei Fünftel noch keinen Lehrherren gefunden; und auch die Hälfte der 2 200 Schüler aus der 8. Klassenstufe, die eine Lehre anstreben wollten, war zum Erhebungszeitpunkt noch nicht vermittelt.

Allerdings wollte auch ein großer Teil der vorzeitig aus den Hauptschulen abgehenden Schüler keinen Ausbildungsplatz, sondern einen Arbeitsplatz. Ein Viertel aller Schulabgänger aus der 7. Klassenstufe und darunter und noch ein Zehntel aller Abgänger aus der 8. Klassenstufe suchten eine Arbeitsstelle ohne ein Ausbildungsverhältnis eingehen zu wollen. Auch von den abgehenden Sonderschülern suchten fast ein Drittel keinen Ausbildungs- sondern einen Arbeitsplatz.

Nur wenige gingen zum Arbeitsamt

Von den Schulabgängern, die im Mai noch einen Ausbildungsplatz suchten, hatte sich nur knapp die

Hälfte beim Arbeitsamt um eine Ausbildungsstelle bemüht. Am häufigsten meldeten sich die Realschüler, die nach dem Besuch der Abschlußklasse eine Lehre beginnen wollten. Drei Fünftel derjenigen, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten, waren beim Arbeitsamt vorstellig geworden. Auch Hauptschulabgänger aus der 9. Klassenstufe, die noch keinen Lehrherren gefunden hatten, meldeten sich häufiger beim Arbeitsamt. Dagegen hatten zum Zeitpunkt der Befragung nur wenige Gymnasiasten beim Arbeitsamt um eine Vermittlung gebeten.

Bei den Schulabgängern, die noch keine Lehrstelle gefunden hatten, zeigten sich je nach besuchter Schulart und Geschlecht teilweise unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich der Berufsgruppe, in der ein Ausbildungsverhältnis angestrebt wurde. Von den noch unvermittelten Hauptschulabgängern wurden überwiegend kaufmännische Berufe einschließlich Verkaufsberufen angestrebt. Die Jungen nannten außerdem häufig Metallberufe, die Mädchen Gesundheits- und Körperpflegeberufe. Bei den Sonderschülern überwogen in der Nennung Bauberufe und Metallberufe, die Sonderschülerinnen strebten zumeist Hauswirtschaftsberufe an. Aus Realschulen, dem Berufsgrundschuljahr, den Berufsfachschulen und dem Gymnasium abgehende Mädchen sowie Jungen aus Realschulen hatten ebenfalls kaufmännische Berufe einschließlich der Verkaufsberufe als Ausbildungsziel. Schulabgänger aus Gymnasien und Berufsfachschulen gaben außerdem häufig Elektroberufe an, die Abgänger aus dem Berufsgrundschuljahr hatten sich überwiegend für Metallberufe entschieden.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Studienwünsche der Abiturienten 1977

Die Schüler an den rheinland-pfälzischen Gymnasien, der Integrierten Gesamtschule, den Kollegs und Fachoberschulen, die zum Ende des Schuljahres 1976/77 die Hochschulreife bzw. Fachhochschulreife erlangen wollten, wurden im Februar 1977 nach ihren Studien- und Berufswünschen gefragt. Wichtig war dabei vor allem, zu erfahren, wie viele der Abiturienten und Fachoberschüler nach dem Schulabschluß studieren wollten, noch unentschlossen waren bzw. nicht die Absicht hatten, zu studieren. Außerdem interessierte, wann sich die Studienwilligen an welchen Hochschulen immatrikulieren und welches Studienfach sie zu wählen beabsichtigten.

Diese Befragung wird seit 1970 bundeseinheitlich durchgeführt. Ursprünglich war die Erhebung dazu gedacht, rechtzeitig, das heißt noch vor Beginn jedes Wintersemesters, Planungsdaten zu liefern, um eventuelle Engpässe an den Hochschulen zu vermeiden. Doch der wachsende Andrang auf die Hochschulen kann mittlerweile nicht mehr mit Hilfe kurzfristig gewonnener Daten bewältigt werden. 1976 wurde deshalb die Fragestellung geändert. Die kurz Abiturientenbefragung genannte Erhebung, die im Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen vom August 1971 rechtlich verankert ist, hat nunmehr die Aufgabe, möglichst unverfälscht von Überlegungen über Numerus-clausus-Fächer die Nachfrage der Schüler nach Studienplätzen zu ermitteln.

Infolgedessen geben die Ergebnisse der Abiturientenbefragung keinen Überblick über die zu erwartenden Anmeldungen zum Studium. Sie spiegeln lediglich wider, welche Studienabsichten die Abiturienten und Fachoberschüler zum Zeitpunkt der Befragung hatten. Diese Vorstellungen der Schüler können sich bis zum Schuljahresende noch ändern. Höchstzahlverordnungen, der zu erreichende Notendurchschnitt für Numerus-clausus-Fächer, die Situation am Arbeitsmarkt für Abiturienten, aber auch die beruflichen Perspektiven für Akademiker können die Schüler soweit beeinflussen, daß sie schließlich ganz andere Studienfächer wählen oder auch nicht mehr studieren wollen. Auch steht zum Zeitpunkt der Befragung natürlich noch nicht fest, ob alle Schüler auch den angestrebten Schulabschluß erreichen und damit ihre Studienwünsche überhaupt realisieren können.

Mit dieser Befragung werden die Absichten und Wünsche der Abschlußschüler im Sekundarbereich II deutlich. Es ist auch erkennbar, daß die Abiturienten und Fachoberschüler ihre Möglichkeiten sehr realistisch einschätzen, was sich auf die Ergebnisse der Befragung stark auswirkt.

Nur 70,5% wollen studieren

So wollen relativ immer weniger Abiturienten und Fachoberschüler ein Studium aufnehmen. 1972 hatten noch 9 von 10 Abgangsschülern des Sekundarbereichs II erklärt, studieren zu wollen. 1977 hatten

nur noch 7 von 10 der befragten Schüler diese Absicht. Obwohl sich die Zahl der in die Erhebung einbezogenen Abiturienten und Fachoberschüler seit damals um rund 3 600 auf 13 195 erhöhte, waren 1977 nur rund 680 Schüler mehr studienwillig als 1972. Die Zahl derjenigen, die sich nicht an einer Hochschule immatrikulieren wollen, hat sich im gleichen Zeitraum vervierfacht. Zum Befragungszeitpunkt gaben 1 525 Schüler aus den Abschlußklassen des Sekundarbereichs II an, nicht studieren zu wollen.

Schüler in Abschlußklassen 1971 - 1977

Jahr	Befragte Schüler		Mit Studienabsicht		Unentschlossene		Ohne Studienabsicht	
	insgesamt	weiblich	zusammen	weiblich	zusammen	weiblich	zusammen	weiblich
	Anzahl		%					
1971	6 578	2 602	85,8	83,2	8,3	6,2	5,9	7,7
1972	9 547	2 654	90,3	89,3	5,9	5,5	3,7	5,3
1973	9 271	3 362	88,2	87,6	7,6	6,5	4,3	5,9
1974	10 680	3 864	83,4	81,3	10,5	9,5	6,1	9,2
1975	10 271	3 792	78,1	73,8	12,8	12,3	9,1	13,9
1976	12 314	4 935	74,8	69,5	15,0	15,2	10,2	15,3
1977	13 195	5 486	70,5	65,9	17,9	17,9	11,6	16,2

Offensichtlich hat die Situation an den Hochschulen und am Arbeitsmarkt die Schüler in zunehmendem Maß verunsichert. Fast jeder sechste Befragte war im Februar noch unentschlossen und wußte nicht, ob er studieren wollte oder nicht. 1972 war nur jeder 17. Schüler sich noch nicht klar darüber, welchen Weg er nach dem Schulabschluß einschlagen sollte.

Während die Unentschlossenheit bei den Schülern und den Schülerinnen gleich stark ausgeprägt ist, verstärkt sich der Trend, daß die abgehenden Schülerinnen seltener studieren wollen als ihre Schulkameraden. Zwar waren gut zwei Fünftel der Befragten weiblichen Geschlechts, doch von denjenigen, die nicht an eine Hochschule wollten, waren drei Fünftel Mädchen. 1972 wollten sich noch relativ fast ebenso viele weibliche wie männliche Schüler aus dem Sekundarbereich II an einer Hochschule einschreiben. Mit zunehmender Abiturientenzahl wuchs der Abstand jedoch. 1977 hatten zwar fast drei Viertel der befragten Schüler, aber nicht einmal zwei Drittel der Schülerinnen die Absicht, zu studieren.

Lehrerberuf nur noch wenig gefragt

Unterschiedlich waren auch die Absichten der Schüler je nachdem, ob sie die Hochschulreife oder die Fachhochschulreife anstrebten. Schüler, die einen Bildungsweg zur Erlangung der Fachhochschulreife eingeschlagen hatten, wollten wesentlich häufiger studieren als Schüler, die die Hochschulreife anstrebten. Die Unentschlossenheit war auch bei den Schülern mit dem Abschlußziel Fachhochschulreife nicht so stark ausgeprägt wie bei den Abiturienten.

Doch nicht nur die Entscheidung für oder gegen ein Studium war bei den Abiturienten und Fachoberschülern schon durch die Situation an den Hochschulen und am Arbeitsmarkt stark beeinflusst. Auch die Wünsche hinsichtlich des Studienfachs orientierten sich offenbar bereits an der beruflichen Perspektive. So war beispielsweise 1972 der Lehrerberuf noch so attraktiv, daß immerhin jeder dritte Studienwillige ein Lehramtsstudium anstrebte. 1977 war an einem solchen Studium nur noch jeder siebte Studienwillige interessiert. Die sich zunehmend verschlechternden Einstellungschancen für Lehramtsanwärter ließ die Schüler des Sekundarbereichs II bei der Wahl dieses Berufs auffallend vorsichtig werden. Dabei ist die Zahl der Studienwilligen mit dem Berufsziel Lehrer für alle Schularten relativ stark zurückgegangen. Durch die steigenden Abiturientenzahlen wirkte sich dieser Rückgang absolut jedoch in erster Linie beim Lehramt an Grund- und Hauptschulen sowie beim Lehramt für Realschulen aus. Die Zahl der Studienwilligen, die an diesen Schularten als Lehrer unterrichten wollen, ist seit 1972 auf ein Drittel bzw. ein Viertel gesunken. Auch für das Lehramt an Gymnasien und an berufsbildenden Schulen hat sich ein Rückgang bemerkbar gemacht, doch ist er nicht so gravierend. Nach wie vor aber interessierten sich mehr Abiturientinnen als Abiturienten für den Lehrerberuf. 60% aller Studienwilligen, die ein Lehramt anstrebten, waren weiblichen Geschlechts.

Studienwillige mit dem Berufsziel Lehrer 1971 - 1977

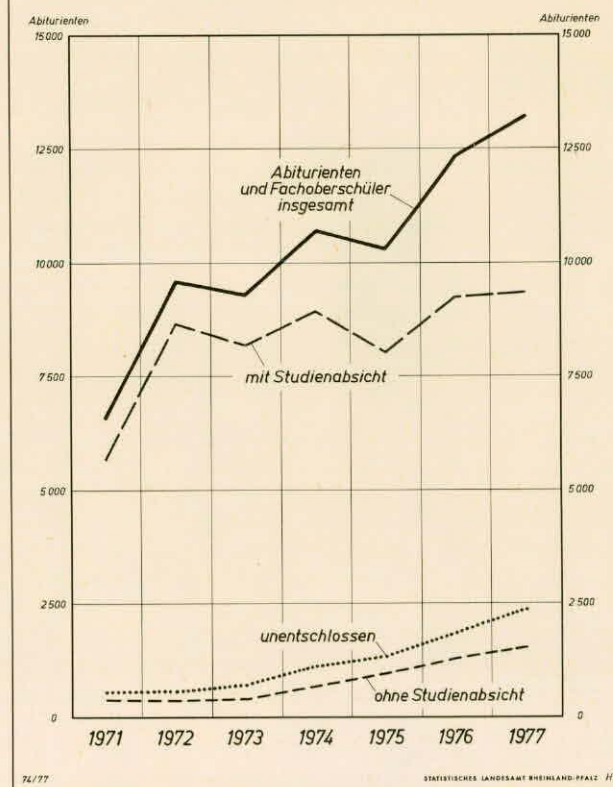
Jahr	Ins- gesamt	An Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	An Real- schulen	An Gym- nasien	An berufs- bilden- den Schulen
		%			
1971	41,3	16,6	8,4	15,0	1,2
1972	31,1	9,5	5,5	13,8	2,3
1973	27,2	9,8	3,2	11,6	2,6
1974	26,2	8,2	3,0	11,5	3,5
1975	25,4	7,2	2,1	11,3	4,7
1976	13,7	2,6	1,4	8,6	1,2
1977	13,4	3,1	1,4	8,3	0,7

Medizin an erster Stelle

Von den 6 886 Studienwilligen mit angestrebter Hochschulreife wollten sieben Zehntel ein Studium (ohne Lehramtsstudium) an einer wissenschaftlichen Hochschule, Gesamthochschule oder Kunsthochschule aufnehmen, ein Zehntel beabsichtigte, Fachhochschulstudiengänge einzuschlagen.

Von den Studienwilligen, die an einer wissenschaftlichen Hochschule ein Studium (ohne Lehramtsstudium) aufnehmen wollten, wurde am häufigsten Medizin (501) als gewünschtes Studienfach genannt, aber auch Wirtschaftswissenschaften (466) und Rechtswissenschaften (401) sowie Chemie (220), Maschinenbau (235) und Psychologie (209) wurden sehr oft angegeben. Bei den Studienwilligen mit angestrebter Hochschulreife, die an einer Fachhochschule studieren wollten, war Sozialwesen das am häufigsten gewünschte Studienfach. Auch die 2 335

Studienwünsche der Abiturienten 1971-1977



Studienwilligen, die als Schulabschluß die Fachhochschulreife erlangen wollten, nannten vielfach Sozialwesen (433) als Studienwunsch, aber auch Elektrotechnik (492), Maschinenbau (410) und Wirtschaftswissenschaften (301).

Die meisten studienwilligen Schülerinnen und Schüler wollten unmittelbar nach dem Schulabschluß mit dem Studium beginnen, und zwar neun Zehntel derjenigen, die die Fachhochschulreife anstrebten und 86% der Abiturienten.

Vier von zehn Studienwilligen aus Rheinland-Pfalz wollten auch in diesem Bundesland studieren, die übrigen zogen einen Studienort außerhalb von Rheinland-Pfalz vor. Von den in den anderen Bundesländern gelegenen Hochschulorten wurden am häufigsten solche in Nordrhein-Westfalen (16,4%) und Baden-Württemberg (15,1%) genannt. Insgesamt wollten rund 5 300 Studienwillige aus Rheinland-Pfalz außerhalb ihres Bundeslandes studieren, während aus anderen Bundesländern fast 2 200 Schüler rheinland-pfälzische Studienorte bevorzugten. Vor allem Schüler aus Hessen und Nordrhein-Westfalen, im Fachhochschulbereich auch aus dem Saarland, wollten sich an den Hochschulen des Landes immatrikulieren.

Hohe Erfassungsquote

Bei den Abiturienten und Fachoberschülern bestand offensichtlich ein Interesse daran, ihre Studienwünsche bekanntzugeben. Bei einem Vergleich der in den Mantelbogen angegebenen Schülerzahlen

je Klasse bzw. Jahrgangsstufe und den von den Befragten abgegebenen Individualbogen zeigte sich, daß 98,8% der angesprochenen Schüler auch den Bogen ausgefüllt hatte.

Sieben Zehntel der Befragten waren Schüler an Gymnasien, ein Viertel besuchte die Fachoberschule

des Landes. Die Schüler der beruflichen Gymnasien, der Kollegs und der Integrierten Gesamtschule fielen dagegen zahlenmäßig nicht so sehr ins Gewicht.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Ernteaussichten 1977

Schäden durch Spätfröste

Nach dem extrem warmen und trockenen Sommer 1976 traten im vergangenen Herbst erhebliche Niederschläge auf. Sie setzten sich in den Wintermonaten 1976/77 bis Anfang März im wesentlichen fort. Der eigentliche Winter blieb wiederum verhältnismäßig mild und war nur durch kurze Frostperioden zu Mitte und Ende Dezember mit Tiefsttemperaturen um - 15° C gekennzeichnet. Besonders die zweite Januarhälfte sowie, abgesehen von den ersten und letzten Tagen, auch der Monat Februar waren für die Jahreszeit in der Regel zu warm, so daß bereits zu dieser Zeit in den meisten Gebieten deutliches Wachstum beobachtet werden konnte. Nach leichten Niederschlägen zu Anfang März bestimmte zunächst ein osteuropäisches Hoch das Wetter in Rheinland-Pfalz mit Tageshöchsttemperaturen um 15° C. In der zweiten Märzhälfte stellte sich leicht veränderliches Wetter ein mit häufigen leichten Niederschlägen, aber weiterhin milden Temperaturen. Unter dem Einfluß eines nordeuropäischen Hochs gelangte in den letzten Märztagen polare Kaltluft in unser Gebiet und bescherte bis Ende der dritten Aprilwoche eine spätwinterliche Witterung. Ende März und besonders Ende der ersten Aprildekade sanken die nächtlichen Tiefsttemperaturen verbreitet auf Werte um - 5° C ab. Nach reger Schauertätigkeit, die in den Mittelgebirgslagen häufige Schneefälle brachte, trat zu Beginn der dritten Aprildekade eine merkliche Erwärmung ein, obwohl bis Anfang Mai immer noch leichte Bodenfröste auftraten.

Während der ersten beiden Maidekaden gestaltete sich das Wetter leicht veränderlich und nur mäßig warm. Zu Beginn der vierten Maiwoche gelangte unser Gebiet unter Hochdruckeinfluß mit allerdings teilweise sehr lebhaften Luftströmungen aus nordöstlichen Richtungen. Die Tageshöchsttemperaturen stiegen jedoch gelegentlich auf Werte von über 25° C an. Eine Winddrehung auf Nordwest brachte aber Anfang Juni wieder eine erhebliche Abkühlung und für ungünstige Lagen nochmals leichte Bodenfröste. Ende der ersten Junidekade bewirkten südliche Luftströmungen dann eine nachhaltige Erwärmung mit einer hohen Luftfeuchtigkeit, so daß häufig Gewitter mit ergiebigen Niederschlägen auftraten. Verschiedentlich kam es in dieser Zeit auch zu Unwettern, die an einigen Orten Abschwemmungen und Hagelschäden verursachten. Die Höchsttemperaturen erreichten an einzelnen

Tagen Werte um 30° C. Nach einigen kühleren Tagen stellte sich Anfang Juli hochsommerliches Wetter ein, das bis Mitte Juli anhielt und dann durch nordwestliche Luftströmungen beendet wurde. Es folgte bis Ende des Monats eine veränderliche Witterungsperiode mit nur mäßig warmen Temperaturen und häufigen, teilweise sehr ergiebigen Niederschlägen. Anfang August setzte sich wieder Hochdruckeinfluß durch, der zunächst heiteres und trockenes Sommerwetter brachte.

Günstige Entwicklung des Getreides

Die Anbauvorhaben bezüglich der Aussaat des Wintergetreides konnten im Herbst 1976 weitgehend verwirklicht werden. Nach den vorläufigen Ergebnissen der diesjährigen Bodennutzungserhebung sind die Flächen der Wintersaaten wiederum merklich ausgedehnt worden. Infolge des milden Winters und einer ausreichenden Bodenfeuchtigkeit hat sich das Wintergetreide bis zum Frühjahr gut bestockt. Da während der Frostperiode zu Ende Dezember die Saaten durch eine Schneedecke geschützt waren,

Gescheinansatz und Traubenansatz 1977

Anbaubereich Bereich	Gescheinansatz			Traubenansatz		
	schlecht	mittel	gut	schlecht	mittel	gut
	% der eingegangenen Berichte					
Ahr	-	-	100	-	-	100
Mittelrhein	-	94	6	-	60	40
Bacharach	-	100	-	-	80	20
Rhein- Burgengau	-	91	9	-	50	50
Mosel-Saar- Ruwer	-	54	46	-	55	45
Bernkastel	-	55	45	-	40	60
Obermosel	-	56	44	-	78	22
Saar- Ruwer	-	60	40	-	61	39
Zell/ Mosel	-	48	52	-	57	43
Nahe	-	54	46	-	27	73
Bad Kreuznach	-	57	43	-	24	76
Schloß Böckelheim	-	52	48	-	30	70
Rheinhessen	-	27	73	-	25	75
Bingen	-	24	76	-	27	73
Nierstein	-	22	78	-	22	78
Wonnegau	-	38	62	-	25	75
Rheinpfalz	-	35	65	-	22	78
Südliche Weinstraße	-	37	63	-	21	79
Mittelhaardt- Deutsche Weinstraße	-	33	67	-	24	76
Rheinland- Pfalz dagegen 1976	-	43	57	-	34	66
	1	23	76	-	33	67

Obstart	Endgültiger Ertrag		Vor- schätzung
	Ø	1976 ¹⁾	im Juli 1977 ¹⁾
	1971/1976		
	kg je Baum		
Äpfel, Marktbobstbau ²⁾	23 960	18 856	18 997
Äpfel, Übriger Anbau	25,4	16,6	12,8
Hoch- und Halbstämme	28,8	19,8	15,3
Niederstämme	16,7	13,0	9,8
Birnen, Marktbobstbau	.	17,2	18,7
Birnen, Übriger Anbau	.	15,6	13,9
Hoch- und Halbstämme	.	18,2	15,8
Niederstämme	.	12,0	11,2
Kirschen	22,9	16,9	20,9 ³⁾
Süßkirschen	25,2	18,8	22,7 ³⁾
Sauerkirschen	21,4	16,2	20,2 ³⁾
Pflaumen und Zwetschen	21,1	20,2	17,7
Mirabellen und Renekloden	18,4	16,3	16,8
Aprikosen	18,2	7,4	11,9
Pfirsiche	13,0	6,3	5,9
Johannisbeeren (kg je Strauch)	2,7	2,0	2,1 ³⁾
rote und weiße	2,8	2,2	2,1 ³⁾
schwarze	2,4	1,5	1,3 ³⁾
Stachelbeeren (kg je Strauch)	2,7	1,6	2,0 ³⁾
Himbeeren (kg je qm)	1,8	1,2	1,6
Erdbeeren (dt je ha)	70,1	49,5	71,9 ³⁾

1) Für den Marktbobstbau nach der Baumobsterhebung 1972 und dem Anbau in Haus- und Kleingärten (Übriger Anbau) nach der Obstbaumzählung 1965. - 2) Gesamtmenge in t. - 3) Endgültiger Ertrag.

sind auch keine nennenswerten Auswinterungsschäden eingetreten. Die anhaltend spätwinterliche Witterung hatte jedoch zur Folge, daß das Schossen des Getreides und das Ährenschieben etwas später als normal erfolgte. Die feuchtwarme Witterung im Juni förderte die Entwicklung erheblich, so daß Anfang Juli der ursprüngliche Wachstumsrückstand durchweg aufgeholt war. Heftige Gewitterregen bewirkten jedoch in Verbindung mit einem teilweise üppigen Wachstumsstand in einigen Gebieten des Landes eine Lagerung des Wintergetreides.

Das Sommergetreide wurde bei milder und trockener Witterung weitgehend bis Ende März bestellt, bevor wieder Nachfröste auftraten. Die weitere Entwicklung verlief zunächst verhalten. Mitte Mai war in den meisten Gebieten ein Rückstand gegenüber Normaljahren nicht zu verkennen. Eine weitere Verzögerung machte sich Ende Mai/Anfang Juni bemerkbar, als eine intensive Sonneneinstrahlung in Verbindung mit starken Luftströmungen eine zunehmende Austrocknung der oberen Bodenschichten verursachte. Der Rückstand wurde aber auch hier im Laufe des Monats Juni bei günstigen Witterungsbedingungen schnell aufgeholt, so daß Anfang Juli in den meisten Gebieten des Landes auch gute Bestände an Sommergetreide beobachtet werden konnten.

Die hochsommerliche Witterung der ersten Julihälfte bewirkte vor allem in den Höhengebieten eine deutliche Förderung des Wachstums und in Tallagen eine wesentliche Beschleunigung der Reife. In klimatisch begünstigten Gebieten konnte zu Beginn der zweiten Julidekade bereits Wintergerste und nach wenigen Tagen auch Winterroggen und Sommergerste geerntet werden. Infolge der dann einsetzenden niederschlagsreichen und nur mäßig

warmen Witterung kamen die Erntearbeiten aber nur langsam voran. Diese Witterungsphase wirkte sich jedoch für die Kornausbildung in Höhengebieten noch vorteilhaft aus.

Nach der ersten Vorschätzung durch die Ernteberichterstatte kann für das Jahr 1977 mit einer hohen Getreideernte gerechnet werden. Der Winterweizen wird voraussichtlich 43 dt je ha und die Wintergerste 44 dt liefern. Damit würden nicht nur die außerordentlich niedrigen Flächenleistungen des Vorjahres ganz erheblich übertroffen, sondern auch deutlich höhere Flächenleistungen als im mehrjährigen Durchschnitt erreicht. Für die Sommergerste, deren Anbau zugunsten der Wintergerste deutlich eingeschränkt wurde, können etwa 37 dt je ha erwartet werden, womit ebenfalls überdurchschnittliche Erträge anfallen würden. Unter Berücksichtigung der Anbauflächen ist mit einer Getreideernte von etwa 1,5 Mill. t zu rechnen, die damit in die Nähe der Rekordmenge des Jahres 1974 rückt. Voraussetzung wird jedoch sein, daß in der zweiten Augushälfte und Anfang September günstige Voraussetzungen herrschen, um die auf den Feldern gewachsene Ernte verlustfrei einzubringen.

Verzögerte Heuernte

Das Wachstum der Futterpflanzen setzte Ende April/Anfang Mai ein und verlief in den meisten Gebieten verhalten. Bei sonniger Witterung wurde Ende Mai der erste Schnitt durchgeführt und teilweise eingebracht. Er lieferte zunächst wegen der nur kurzen Wachstumsperiode eine verhältnismäßig geringe Menge, qualitativ aber ein hochwertiges Futter. Die dann einsetzende unbeständige Witterung mit häufigen Regenfällen brachte die Erntearbeiten längere Zeit zum Stillstand, sie bewirkte aber in den Höhengebieten eine kräftige Belebung des Wachstums. Die Heuernte konnte Anfang Juli bei hochsommerlicher Witterung verbreitet wieder aufgenommen und größtenteils bis Mitte des Monats abgeschlossen werden. Die Verzögerung hatte aber auch zur Folge, daß das Futter teilweise überständig wurde und in Verbindung mit heftigen Niederschlägen erhebliche Qualitätseinbußen erlitt. Im Gegensatz zum Vorjahr hat die erste Heuernte mengenmäßig ein günstiges Ergebnis gebracht. Je Hektar wurden etwa 53 dt Heu geerntet, womit auch die Menge im mehrjährigen Durchschnitt um etwa 8 dt oder 17% übertroffen wurde.

Die intensive Sonneneinstrahlung während der ersten Julihälfte führte nach dem Schnitt in den meisten Gebieten zunächst zu einer starken Austrocknung der Futterflächen. Die Niederschläge in der zweiten Monathälfte belebten jedoch das Wachstum, so daß Ende Juli vielerorts wieder ein günstiger Stand zu erkennen war. Für die Weiterentwicklung der Futterbestände sind daher günstige Voraussetzungen gegeben.

Die Hackfrüchte konnten teilweise bereits im März bestellt werden. Ihre Entwicklung verlief jedoch infolge der kühlen Temperaturen im April und einer zunehmenden Trockenheit um die Monatswende Mai/Juni zunächst sehr langsam. Bei den Zuckerrüben entstanden auch durch die Spätfröste

zu Ende der ersten Aprildekade in einigen Gebieten erhebliche Schäden, so daß zahlreiche Felder neu bestellt werden mußten. Nach den Niederschlägen ab Ende der ersten Junidekade zeigten die Hackfrüchte in allen Gebieten ein lebhaftes Wachstum, so daß Mitte Juli der ursprüngliche Wachstumsrückstand ausgeglichen war und vielerorts üppige Bestände zu sehen waren. Die Frühkartoffeln werden nach der ersten Vorschätzung Hektarerträge liefern, die etwa dem mehrjährigen Durchschnitt entsprechen. Nach weiteren reichlichen Niederschlägen kann Ende Juli für die übrigen Hackfrüchte mit überdurchschnittlichen Erträgen gerechnet werden.

Später Rebenaustrieb

Nachdem im März bereits in vielen Weinbaugebieten ein Schwellen der Knospen zu verzeichnen war, erfolgte der eigentliche Rebenaustrieb erst im Laufe der ersten Maiwoche und damit gut eine Woche später als in Normaljahren. Insbesondere durch Frühjahrfröste sind in einigen Lagen bemerkenswerte Schäden eingetreten, die auf knapp 10% der gesamten Rebfläche einen mittleren und auf etwa 5% einen stärkeren Umfang einnahmen. Auch die Holzausreife wurde im Frühjahr etwas geringer beurteilt als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im Gegensatz zu 1976 war jedoch in den meisten Weinbergen ausreichende Bodenfeuchtigkeit vorhanden. Entsprechend der nicht immer wachstumsfördernden Witterung entwickelten sich die Reben im Mai verhältnismäßig langsam. Die Blüte der Reben kam daher auch etwa zehn Tage später als in Normaljahren in Gang. In der Pfalz und in Rheinhessen begann sie überwiegend Ende der zweiten Junidekade, im nördlichen Landesteil vielfach erst um den 24. Juni bzw. Anfang Juli. In den Gebieten mit einer frühen Rebenblüte wurde der Ablauf zeitweise durch Regenfälle und Temperaturunterschiede gestört. Die Anfang Juli einsetzende hochsommerliche Witterung brachte die Blüte in allen Gebieten schnell zum Abschluß.

Die Blüte dauerte vor allem im südlichen Landesteil zwar etwas länger als normal, aber größtenteils nicht mehr als zehn Tage. Der Blüteverlauf wurde in knapp einem Drittel der Berichtsbezirke als gut und in etwas mehr als der Hälfte als mittel beurteilt. Der Gescheinansatz erhielt zwar nicht die Bewertung von Spitzenjahren, aber immerhin wurde er in 57% der Berichtsbezirke als gut und in 43% als mittel bezeichnet. Besonders im südlichen Landesteil sind infolge der unbeständigen Witterung während der Blüte auch gewisse Verrieselungsschäden entstanden, die aber nur in seltenen Fällen ein stärkeres Ausmaß erreichten. Der Traubenansatz, der ein wesentliches Kriterium für die Beurteilung der kommenden Entwicklung darstellt, wurde von zwei Drittel der Berichterstatte als gut bewertet.

Die hochsommerliche Witterung der ersten Julihälfte und auch die nachfolgende mäßig warme Wetterperiode mit häufigen Niederschlägen haben die Entwicklung der Trauben kräftig gefördert, so daß Ende Juli der ursprüngliche Wachstumsrückstand bis auf wenige Tage aufgeholt war. Insgesamt

Ertragserwartungen für Feldfrüchte und Futterpflanzen 1977

Fruchtart	Endgültiger Ertrag		Vor- schätzung Anfang Juli 1977
	Ø	1976	
	dt/ha		
Getreide	36,2	26,4	38,9
Winterweizen	40,4	32,2	43,8
Sommerweizen	36,6	25,0	37,4
Winterroggen	34,2	28,4	37,6
Sommerroggen	30,2	21,1	31,8
Wintermenggetreide	33,9	24,2	35,0
Wintergerste	40,4	33,3	42,7
Sommergerste	34,7	24,3	36,1
Hafer	32,0	17,6	34,6
Sommermenggetreide	32,0	18,0	34,6
Frühkartoffeln	199,1	154,2	192,3
Winterraps	23,0	16,1	24,4
Sommerraps und Rübsen	19,7	14,8	18,3
Rauhfutter ¹⁾	45,0	23,9	52,5
Klee und Klee gras	54,5	32,1	55,4
Luzerne	56,2	40,5	58,6
Wiesen und Mähweiden	44,0	23,0	52,2
Grasanbau auf dem Ackerland	45,6	23,8	54,5

1) Heuertrag des ersten Schnittes.

gesehen sind die Voraussetzungen für den Weinherbst 1977 bezüglich der Menge etwas günstiger als im Durchschnitt der letzten Jahre zu beurteilen. Auch bezüglich der Qualität bestehen derzeit Voraussetzungen für einen ansprechenden Jahrgang, wenn auch die extrem hohen Werte des letzten Jahres und teilweise auch des Jahres 1975 sicherlich nicht mehr erreicht werden können.

Wiederum Frostschäden in der Obstblüte

Infolge der milden Witterung im März setzte die Aprikosenblüte in klimatisch begünstigten Gebieten bereits zu Beginn der dritten Märzdekade ein. Die Blüte der Süßkirschen, Birnen und Frühpflaumen begann im südlichen Landesteil Anfang April zögernd, verbreitet aber erst nach der Monatsmitte. Die zunehmende Erwärmung in der letzten Aprilwoche verursachte in den meisten Gebieten auch die Blüte bei den Äpfeln, Sauerkirschen und den übrigen Obstarten. In Höhengebieten zog sich die Apfelblüte bis Ende Mai hin. Die Nachtfröste in den letzten Märztagen sowie Ende der ersten Aprildekade und in der dritten Aprilwoche haben wiederum in einigen Gebieten erhebliche Schäden in der Blüte verursacht. Die Auswirkungen sind nach dem jeweiligen Entwicklungsstand sehr unterschiedlich. Gebietsweise kam es bei einigen Arten und Sorten auch zu Totalausfällen. Betroffen wurden praktisch alle frühblühenden Obstarten und -sorten. Bei mäßig warmen Temperaturen und ausreichender Bodenfeuchtigkeit entwickelte sich das Obst zwar nach der Blüte sehr vorteilhaft, insgesamt gesehen kann aber nur mit unterdurchschnittlichen Erträgen gerechnet werden.

Die bereits endgültigen Ermittlungen erbrachten für Süßkirschen einen durchschnittlichen Baumertrag von 22,7 kg gegenüber 18,8 kg im letzten Jahre. Die Gesamtmenge belief sich auf gut 76 000 dt und war um annähernd 14 000 dt größer als im Jahre 1976. Die Sauerkirschenernte betrug rund 200 000 dt und lag um etwa ein Viertel über der geringen Menge des letzten Jahres.

Gemüseart	Endgültiger Ertrag		
	Ø	1976	1977 ¹⁾
	1971/1976		
	dt/ha		
Winterspinat	169,7	176,0	161,6
Frühjahrsspinat	158,8	156,9	140,5
Frühweißkohl	274,1	252,8	274,4
Frührotkohl	253,2	221,8	256,1
Frühwirsing	205,2	174,4	214,5
Frühlumenkohl	182,4	166,9	195,4
Frühe Möhren	213,4	205,3	218,2
Frühe Karotten		183,7	203,8
Frischerbsen	46,7	39,6	46,1
Dicke Bohnen	120,6	98,3	115,9
Frühkohlrabi	202,9	197,5	217,8
Frühjahrskopfsalat	189,2	196,8	200,0
Spargel	42,4	40,8	36,9 ²⁾
Steckzwiebeln	235,3	142,4	215,3 ²⁾
Buschbohnen	100,6	87,0	98,8 ²⁾
Stangenbohnen	122,6	107,8	124,2 ²⁾
Einlegegurken	163,0	150,5	180,2 ²⁾
Schälgurken	217,5	188,1	221,4 ²⁾
Tomaten	375,4	368,6	387,0

1) Errechnet nach den Flächen der Erhebung über den beabsichtigten Gemüseanbau vom März 1977. - 2) Vorschätzung im Juli 1977.

Mit Ausnahme der Aprikosen sind bei allen übrigen Steinobstarten Erträge zu erwarten, die etwa dem Vorjahr entsprechen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Ergebnisse von 1976 ein sehr niedriges Niveau aufwiesen. Bei Aprikosen werden die Erntemengen aber auch deutlich unter dem mehrjährigen Durchschnitt bleiben. Nach den geringen Erträgen im Vorjahr können für Äpfel und Birnen ebenfalls nur unterdurchschnittliche Erntemengen erwartet werden. Für den Marktbobstbau ist mit etwa 200 000 dt Äpfeln zu rechnen.

Die Erdbeeren erbrachten in diesem Jahr mit gut 70 dt je ha ein wesentlich höheres Ergebnis als es 1976 der Fall war. Auch der Sechsjahresdurchschnitt 1971/76 wurde noch leicht übertroffen. Die feuchtwarme Witterung im Juni mit häufigen Gewitter-

regen hat jedoch die Qualität der Früchte teilweise beeinträchtigt. Die übrigen Beerenobstarten werden mit Ausnahme der schwarzen Johannisbeeren deutlich höhere Erträge liefern als 1976.

Günstige Entwicklung der Gemüsekulturen

Das Frühgemüse konnte bis Mitte März größtenteils bei günstiger Witterung bestellt und mit Folie abgedeckt werden. Das weitere Wachstum wurde ab Ende März, im April sowie zeitweise auch noch Anfang Juni durch niedrige Temperaturen gehemmt. Ergiebige Niederschläge im Juni und eine merkliche Erwärmung haben dann das Wachstum aller Gemüsekulturen stark gefördert.

Der Winterspinat und der bereits Mitte Mai geerntete Frühjahrsspinat lieferten Hektarerträge, die sowohl unter denen des Vorjahres als auch unter dem mehrjährigen Durchschnitt lagen. Die Spargelernte kam infolge der niedrigen Temperaturen vielfach erst Mitte Mai in Gang, so daß die Hektarerträge gering blieben. Mit 36,9 dt je ha gegenüber 40,8 im Vorjahr und 42,4 dt im mehrjährigen Durchschnitt wurde der geringste Ertrag der letzten Jahre ermittelt. Da auch die Anbaufläche weiter eingeschränkt wurde, lag die Erntemenge insgesamt mit rund 16 000 dt etwa um ein Viertel unter der vorjährigen Menge. Bei den übrigen frühen Gemüsearten waren die Ernteergebnisse etwas günstiger. So brachten Frühblumenkohl, Frühkohlrabi und Frühjahrskopfsalat deutlich über den Vergleichswerten liegende Mengen.

Die mittelfrühen und späteren Gemüsearten haben sich im Laufe des Monats Juli weiterhin sehr vorteilhaft entwickelt, so daß auch für diese Arten größtenteils mit überdurchschnittlichen Erträgen gerechnet werden kann.

Dr. J. Töniges

Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1976/77

Gastgewerbeumsätze real gesunken

Auch das überwiegend warme und sonnige Sommerwetter brachte dem rheinland-pfälzischen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe im Jahre 1976 nicht die gewünschte Umsatzsteigerung. Während im Jahre 1975 mit einem durchschnittlichen Umsatzwachstum von + 5,4% das Vorjahresniveau real gehalten werden konnte, lag 1976 die Steigerungsrate mit + 2,7% weit unter den Raten der vorausgegangenen Jahre. Sogar im Krisenjahr 1974 war noch ein größeres Plus (+ 3,7%) registriert worden. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen scheint sich diese Entwicklung im Jahre 1977 jedoch nicht fortzusetzen. So erhöhte sich der Umsatz im gesamten Gastgewerbe in den Monaten Januar bis Juni gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 6,6% (Januar bis Juni 1976: + 2,2%).

Wie in den Vorjahren wies das Beherbergungs-

gewerbe wieder eine günstigere Entwicklung als die Gaststätten auf. Trotz der insgesamt günstigen Voraussetzungen fiel aber auch hier das Wachstum mit + 3,7% (1975: + 9,1%) bescheiden aus. Während vor allem die Ferien- und Erholungsheime mit einem weit überdurchschnittlichen Anstieg ihrer Umsätze (+ 14,2%) die Entwicklung positiv beeinflussten, mußten die Fremdenheime und Pensionen relativ hohe Umsatzeinbußen hinnehmen (- 11,4%). Auffällig ist dabei, daß in beiden Fällen die Übernachtungsumsätze deutlich hinter den Verpflegungsumsätzen zurückblieben. Umgekehrt verhielt es sich bei den Hotels und Gasthöfen. Hier erhöhten sich die Übernachtungsumsätze wesentlich stärker.

Der Umsatz im Gaststättengewerbe lag 1976 dagegen nur geringfügig über dem Niveau des Vorjahres (+ 1,7%). Zu dieser Entwicklung trugen vor allem die Gast- und Speisewirtschaften bei (+ 1,2%),

auf die allein mehr als 80% der im Gaststättengewerbe getätigten Umsätze entfallen. Über mangelnden Absatz in den heißen Sommermonaten konnten sich dagegen die Eisdielen nicht beklagen, deren Jahresumsatz sich um 12,9% erhöhte.

Das geringe Wachstum des Gesamtumsatzes war 1976 zudem ausschließlich auf Preissteigerungen zurückzuführen. In vielen Betriebsarten ergab sich dadurch real sogar ein erheblicher Umsatzrückgang. So hatten sich beispielsweise im August 1976 die Übernachtungspreise für Einzelzimmer gegenüber August 1975 um 6,7% erhöht. Die gängigsten Gerichte, wie Wiener Schnitzel, Schweinekotelett, Rumpsteak, Rindergoulasch und Fisch, verteuerten sich gleichzeitig zwischen 6 und 9%, Eierspeisen sogar um 14%.

Personalknappheit im Gastgewerbebereich verschärft

Der seit dem Beginn der 70er Jahre beobachtete Beschäftigtenrückgang im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe setzte sich im Jahre 1976 mit einer Veränderungsrate von - 3,6% verstärkt fort. Damit hat sich hier der Personalbestand seit 1970 insgesamt um 4,9% verringert. Am stärksten waren hiervon die Vollzeitbeschäftigten betroffen, deren Zahl gegenüber dem Vorjahr um 5,0% und gegenüber 1970 sogar um 13,9% abnahm. Aber auch die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, die sich in den Rezessionsjahren 1974/75 noch um 1,7 bzw. 2,6% erhöht hatte, ging im vergangenen Jahr um 0,7% geringfügig zurück. Gegenüber 1970 wies diese Beschäftigtenkategorie, vor allem bedingt durch die besonders hohe Zuwachsrate in den Jahren 1971 und 1972 (+ 7,8 und + 9,3%), eine Steigerung von insgesamt 20,9% auf. Die günstige Entwicklung bei den Teilzeitbeschäftigten ist dadurch zu erklären, daß die Unternehmer in Zeiten der Personalknappheit, die im Gastgewerbe trotz der Arbeitslosigkeit in den übrigen Wirtschaftsbereichen weiter zu beobachten ist, verstärkt Personen beschäftigen, die nur stundenweise zur Verfügung stehen.

Differenziert nach Betriebsarten wies die Beschäftigtenentwicklung jedoch erhebliche Unterschiede auf. Analog zum Umsatz war 1976 der Rückgang der Zahl der Vollzeitbeschäftigten gegenüber dem Vorjahr im Beherbergungsgewerbe (- 3,8%) nicht so ausgeprägt wie im Gaststättengewerbe (- 6,0%). Die Zahl der Teilzeitkräfte nahm im Beherbergungsgewerbe sogar um 1,7% zu. Ähnliche Unterschiede ergaben sich im Vergleich zu 1970. Dabei stehen einer Reduzierung der Zahl der Vollzeitkräfte im Beherbergungsbereich um 10,6% eine solche im Gaststättenbereich von 16,8% gegenüber. Die größte prozentuale Abnahme des Bestandes der beschäftigten Vollzeitkräfte wiesen die Fremdenheime und Pensionen (- 12,3%), die Gast- und Speisewirtschaften (- 7,1%) sowie die Bars, Tanz- und Vergnügungslokale (- 6,9%) auf. Bei den letzteren erhöhte sich jedoch gleichzeitig die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 13,4%. Die günstigste Entwicklung verzeichneten auch bei der Beschäftigtenzahl die Erholungs- und Ferienheime, die als einzige Betriebsart die Zahl der bei ihnen die volle

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe 1970 - 1976

Wirtschaftszweig	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Monatsdurchschnitt 1970 = 100						
Umsatz						
Beherbergungsgewerbe	107	114	118	124	136	141
Hotels	105	111	118	124	137	143
Gasthöfe	110	117	119	124	132	137
Fremdenheime und Pensionen	112	114	116	130	137	122
Erholungs- und Ferienheime	118	124	133	140	152	174
Gaststättengewerbe	106	110	115	118	121	123
Gast- und Speisewirtschaften	107	110	116	117	121	123
Cafés	105	121	127	136	147	155
Bars, Tanz- und Vergnügungslokale	102	101	101	101	93	97
Insgesamt	107	111	116	121	127	131
Beschäftigte						
Beherbergungsgewerbe	97	95	95	95	93	89
Vollzeitbeschäftigte	104	108	107	112	118	120
Teilzeitbeschäftigte	98	92	93	91	89	83
Gaststättengewerbe	111	125	124	124	125	122
Vollzeitbeschäftigte						
Teilzeitbeschäftigte						
Insgesamt	100	100	100	100	99	95
Vollzeitbeschäftigte	97	94	94	93	91	86
Teilzeitbeschäftigte	108	118	117	119	122	121

im Unternehmen übliche Arbeitszeit ableistenden Personen um 2,1% steigern konnten. Allerdings nahm auch hier die Zahl der Teilzeitkräfte mit + 14,7% wesentlich stärker zu.

Umsatzentwicklung des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes blieb hinter dem Bundesgebiet zurück

Vergleicht man die Umsatzentwicklung im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe seit 1970 mit derjenigen des gesamten Bundesgebietes, dann werden erhebliche Unterschiede sichtbar. Konnte der Umsatz im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe von 1970 bis 1976 um 30,5% gesteigert werden, lag die entsprechende Wachstumsrate im Bundesgebiet mit + 38,0% um 7,5 Punkte höher. Dabei wies das Beherbergungsgewerbe mit Veränderungsraten von + 40,6% und + 45,1% (Differenz 4,5 Punkte) einen wesentlich geringeren Abstand in der Entwicklung auf als die Gaststätten, die in Rheinland-Pfalz nur einen Zuwachs von 22,7% gegenüber + 34,6 % im Bundesgebiet (11,9 Punkte) verzeichneten. Von den Betriebsarten konnten lediglich die Cafés mit + 54,9% in Rheinland-Pfalz ein größeres Umsatzwachstum als im Bundesgebiet (+ 41,5%) vorweisen. Dagegen blieb die Umsatzentwicklung der Erholungs- und Ferienheime (42,8 Punkte), der Trink- und Imbißhallen (26,8 Punkte) und der Fremdenheime und Pensionen (26,5 Punkte) in Rheinland-Pfalz weit hinter der des gesamten Bundesgebietes zurück.

Beherbergungskapazität um 4% erhöht

Die Lage des Beherbergungsgewerbes ist vor allem von der Entwicklung des Fremdenverkehrs abhängig, für die neben der inländischen Konjunkturlage noch weitere Einflußfaktoren, wie das Reiseverhalten, das Umtauschverhältnis für Devisen sowie allgemein die Auslandskonjunktur, eine bestimmende Rolle spielen. In den 605 rheinland-pfälzischen

Gemeinden, die zur Fremdenverkehrsstatistik berichten, wurden am 1. April 1977 insgesamt 4 654 Betriebe mit 112 400 Betten gezählt. Dazu kommen noch 31 300 Betten in Privatquartieren, so daß für den Fremdenverkehr in Rheinland-Pfalz insgesamt 143 700 Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. In den 587 Gemeinden, die schon 1976 zur Fremdenverkehrsstatistik meldeten, erhöhte sich die Bettenkapazität gegenüber dem Vorjahr um 4,0%. Die 18 überwiegend im Fremdenverkehrsgebiet Eifel/Ahr gelegenen Gemeinden, die vom 1. April 1977 an neu in den Berichtskreis aufgenommen wurden, trugen mit 1 315 Betten (0,9%) zum gesamten Bettenangebot bei. Die Zahl der Beherbergungsbetriebe ohne Privatquartiere vergrößerte sich gleichzeitig um 217 oder 4,9%. Davon entfielen 46 Betriebe auf die Neugemeinden, so daß sich bei den auch im Vorjahr erfaßten Gemeinden die entsprechende Veränderungsrate auf + 3,9% belief.

Die Hotels (ohne Hotels garnis), auf die knapp 30% der Beherbergungsbetriebe entfielen, wiesen mit 32,4% den größten Anteil an der Bettenkapazität auf. Die zweitgrößte Gruppe bildeten bereits die Privatquartiere, die in Rheinland-Pfalz inzwischen 21,8% der gesamten Übernachtungsmöglichkeiten anbieten. Danach folgen Gasthäuser (16,2%), Ferienhäuser und -wohnungen (7,3%), Fremdenheime und Pensionen (6,8%) sowie Heilstätten und Sanatorien (6,5%).

Während es sich bei den Hotels meist um größere Beherbergungsbetriebe handelt - der Anteil der Betriebe mit 20 und mehr Betten betrug 68,5% -, können die Hotels garnis in die Gruppe der mittelgroßen Betriebe eingeordnet werden. Mehr als 80% von ihnen besaßen zwischen 10 und 50 Betten. Überwiegend zu den Kleinbetrieben zählen die Gasthäuser, die Pensionen sowie die Ferienhäuser und -wohnungen, die mit Anteilsätzen zwischen 80 und 85% ihren Schwerpunkt in der Größenklasse der Betriebe mit weniger als 20 Betten hatten. In der letzt genannten Betriebsart sind aber auch einige große Feriendörfer mit nahezu 1 000 Betten anzutreffen, wie z. B. in Kell (Hunsrück), Leiwen (Mosel) und Saarburg. Großbetriebe sind dagegen die Heilstätten und Sanatorien, die mit durchschnittlich 108 Betten pro Anstalt (Hotels 34 Betten) weit aus die höchste Beherbergungskapazität aufwiesen. Am gesamten Bettenbestand waren sie jedoch nur mit 6,5% beteiligt. Überwiegend als Großbetriebe können auch die Erholungs- und Ferienheime bezeichnet werden, von denen fast die Hälfte (46,8%) 50 und mehr Betten zur Verfügung stellt. Im Durchschnitt kamen die Betriebe dieser Gruppe jedoch nur auf 53 Betten.

Abgesehen von den übrigen Berichtsgemeinden einschließlich der 317 zusätzlich erfaßten Gemeinden, die als Restposition in erster Linie kleinere Fremdenverkehrsgemeinden umfassen, trugen die

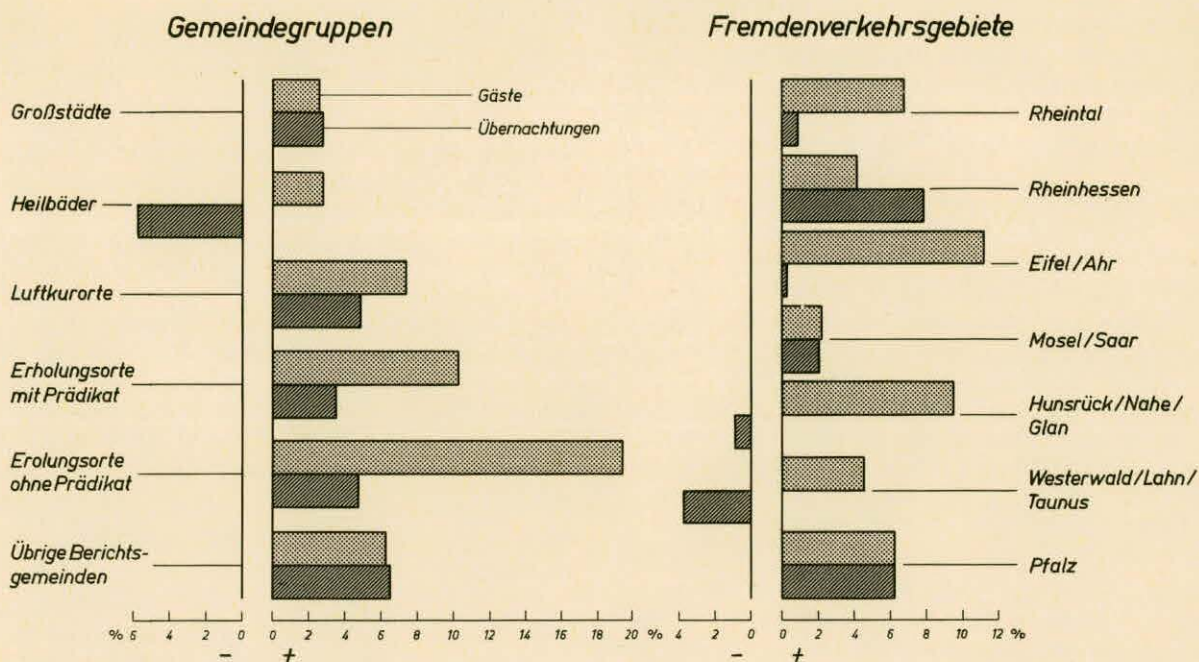
Beherbergungsbetriebe und deren Bettenkapazität in 605 Berichtsgemeinden am 1. 4. 1977
(ohne Kinderheime, Jugendherbergen und Campingplätze)

Merkmal	Berichts- gemeinden	Beherbergungsbetriebe ¹⁾					Fremdenbetten ²⁾	
		insgesamt	mit ... Betten				Anzahl	je Gemeinde
			1 - 9	10 - 19	20 - 49	50 und mehr		
		Anzahl	%				Anzahl	
Betriebsart								
Hotels	.	1 369	4,5	27,0	51,3	17,2	46 511	.
Hotels garnis	.	317	11,7	44,2	38,2	6,0	7 076	.
Gasthäuser	.	1 795	38,9	45,9	14,7	0,6	23 316	.
Pensionen und Fremdenheime	.	670	24,6	56,0	18,2	1,2	9 822	.
Erholungs- und Ferienheime	.	111	3,6	7,2	42,3	46,8	5 896	.
Heilstätten, Sanatorien u. ä.	.	86	-	7,0	24,4	68,6	9 286	.
Ferienhäuser u. ä.	.	306	69,6	11,8	9,2	9,5	10 485	.
Privatquartiere	31 315	.
Fremdenverkehrsgebiet								
Rheintal	35	687	21,4	35,2	30,6	12,8	20 667	590
Rhein Hessen	13	160	20,6	35,0	32,5	11,9	5 139	395
Eifel/Ahr	143	998	31,6	36,0	24,0	8,4	29 384	205
Mosel/Saar	84	924	19,9	40,8	31,8	7,5	34 756	414
Hunsrück/Nahe/Glan	91	528	28,2	40,0	25,4	6,4	14 824	163
Westerwald/Lahn/Taunus	120	666	23,9	40,7	26,7	8,7	17 369	145
Pfalz	119	691	27,6	35,0	28,4	9,0	21 568	181
Gemeindegruppe								
Großstädte	5	261	14,9	31,4	36,8	16,9	9 553	1 911
Heilbäder	19	776	18,8	36,3	28,4	16,5	29 324	1 543
Luftkurorte	35	456	27,6	36,6	27,6	8,1	13 727	392
Erholungsorte	112	716	27,2	38,3	26,5	8,0	21 666	193
mit Prädikat	48	351	29,1	39,0	23,6	8,3	11 539	240
ohne Prädikat	64	365	25,5	37,5	29,3	7,7	10 127	158
Übrige Berichtsgemeinden	117	1 375	22,3	36,7	32,9	8,1	44 184	378
über 5 000 Einwohner	43	712	24,9	35,4	31,3	8,4	21 821	507
unter 5 000 Einwohner	74	663	19,5	38,2	34,5	7,8	22 363	302
Zusätzlich erfaßte Gemeinden ³⁾	317	1 070	34,2	41,9	20,6	3,4	25 253	80
Insgesamt	605	4 654	25,3	37,8	28,0	8,9	143 707	238

1) Ohne Privatquartiere. - 2) Einschl. Privatquartiere. - 3) Gemeinden mit weniger als 5 000 Übernachtungen im Jahre 1970.

Entwicklung des Fremdenverkehrs in den Gemeindegruppen und Fremdenverkehrsgebieten 1976

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



76/77

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

Heilbäder mit einem Fünftel (20,4%) wieder am meisten zum gesamten Bettenangebot bei. Es folgten die Erholungsorte (15,1%), wobei diejenigen mit einem von der Landesregierung verliehenen Prädikat überwogen (53,3%), und die Luftkurorte (9,6%). An der Restposition der übrigen Berichtsgemeinden einschließlich Zusatzgemeinden, die zusammen 48,3% des Bettenbestandes ausmachten, waren die 317 zusätzlich erfaßten Gemeinden nur zu gut einem Drittel (36,4%) beteiligt, obwohl auf sie nahezu drei Viertel der Gemeinden dieser Position entfielen. Geht man dagegen vom durchschnittlichen Bettenbestand der Gemeinde aus, so stehen an erster Stelle die Großstädte (1 911 Betten), dicht gefolgt von den Heilbädern (1 543), was vor allem auf die dort ansässigen Heilstätten und Sanatorien zurückzuführen ist. Auf nur ein Fünftel des durchschnittlichen Bettenangebotes der Großstädte und ein Viertel desjenigen der Heilbäder kamen die Luftkurorte (392 Betten). Unter den übrigen Berichtsgemeinden brachten es die Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern mit 507 Betten allerdings auf ein überdurchschnittliches Bettenangebot, während die Zusatzgemeinden mit 80 Betten je Gemeinde weit darunter lagen.

Unter den Fremdenverkehrsgebieten des Landes wiesen die Gemeinden an der Mosel und Saar mit fast einem Viertel aller Betten (24,2%) die höchste Beherbergungskapazität auf, vor dem Gebiet Eifel/Ahr mit einem Fünftel (20,4%), der Pfalz (15,0%) und dem Rheintal (14,4%). Die wenigsten Betten stehen in Rheinhessen (3,6%) für den Fremdenverkehr bereit, wo sich mit 13 auch die geringste Zahl

von Berichtsgemeinden befindet. Die größten Fremdenverkehrsgemeinden hat dagegen das Rheintal mit 590 Betten je Gemeinde, noch vor Mosel/Saar (414) und Rheinhessen (395) vorzuweisen. Als das Fremdenverkehrsgebiet mit den kleinsten Durchschnittsgemeinden zeichnete sich das Gebiet Westerwald/Lahn/Taunus (145) aus, auf das mit 120 Berichtsgemeinden allerdings ein Fünftel (19,8%) aller zur Fremdenverkehrsstatistik erfaßten Gemeinden entfallen.

Mittlere Aufenthaltsdauer der Gäste geringfügig gesunken

Die Zahl der Gäste, die im Laufe des Jahres 1976 in den 288 rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden (mit mindestens 5 000 Übernachtungen im Jahre 1970) übernachteten, erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,8% auf 3,5 Mill. Die Zuwachsrate lag damit zwar unter der des Vorjahres (+ 7,0%), aber noch erheblich über derjenigen der Jahre 1972 bis 1974, die sich zwischen - 2,0 und + 1,6% bewegten. Trotz der erfreulichen Steigerung der Gästezahlen nahm die Zahl der Übernachtungen nur um 1,4% auf 13,2 Mill. DM zu. Dadurch verringerte sich die mittlere Aufenthaltsdauer der Gäste von 4,0 Tagen im Jahre 1975 auf 3,8 Tage. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres setzte sich die Entwicklung in einem etwas ausgeglichenerem Maße fort. Während der Anstieg der Gästezahl gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum mit + 3,6% etwas schwächer als 1976 ausfiel, konnte der Zuwachs der Übernachtungen auf 2,6% erhöht werden. Die verfügbare Bettenkapazität war im letzten Jahr durchschnittlich nur zu 32,2% ausgenutzt gegenüber noch

33,3% im Jahre 1975, was darauf zurückzuführen ist, daß sich der Bettenbestand zwischen April 1975 und April 1976 trotz im Jahre 1976 nahezu stagnierender Übernachtungsziffer um 5 300 oder 4,9% erhöhte. Wegen der in Rheinland-Pfalz stark ausgeprägten Sommersaison lag die Ausnutzung des Bettenangebotes in den Monaten des Sommerhalbjahres (April bis September) mit 44,9% zwar wesentlich höher als im Jahresdurchschnitt, aber noch unter dem Stand des Sommerhalbjahres 1975 (45,7%). Die Zuwachsraten der Fremdenverkehrszahlen waren wieder stark von den Ausländern bestimmt, von welchen im vergangenen Jahr 75 000 oder 11,8% mehr nach Rheinland-Pfalz kamen als im Vorjahr. Die Zahl der Ausländerübernachtungen erhöhte sich gleichzeitig um 223 000 oder 12,5% auf 2,0 Mill.

In allen 587 rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden wurden 1976 insgesamt 3,9 Mill. Gäste mit 15,1 Mill. Übernachtungen registriert. Dabei entfielen auf die 299 zusätzlich erfaßten Gemeinden, die im Jahre 1970 noch weniger als 5 000 Übernachtungen aufwiesen und daher nicht in den bundeseinheitlich abgegrenzten Berichtskreis aufgenommen wurden, nur 10,6% der Gäste und 12,3% aller Übernachtungen.

Da man bei dem Berichtskreis der Bundesstatistik, der bisher in fünfjährigen Abständen, zuletzt am 1. April 1971, neu abgegrenzt wurde, wegen der in anderen Bundesländern noch nicht abgeschlossenen Verwaltungsreformen und der angestrebten Neufassung der gesamten Beherbergungsstatistik im Jahre 1976 auf eine bundeseinheitliche Neuabgrenzung verzichtete, wurden in Rheinland-Pfalz auf Grund einer Umfrage bei allen Kreisverwaltungen des Landes diejenigen Gemeinden ermittelt, die inzwischen in den Kreis der zu erfassenden Gemeinden mit mindestens 5 000 Übernachtungen im Jahr hineingewachsen sind und bisher noch nicht zur Statistik erfaßt waren (22). Dazu kamen 9 weitere Gemeinden, denen 1976 von der Landesregierung die Anerkennung als Fremdenverkehrsgemeinde erteilt wurde. Durch eine Entlassung und mehrere Gemeindezusammenlegungen reduzierte sich die Ziffer um 5, so daß sich die Zahl der Berichtsgemeinden im Saldo um 26 erhöhte. Auf Grund dieser Veränderungen ist der Vergleich der Fremdenverkehrszahlen mit denen der vorausgegangenen Jahre gestört, so daß man sich für den Zeitvergleich auf die Daten der 288 Gemeinden des Bundesberichtskreises beschränken muß. Für regionale und funktionale Strukturanalysen eignet sich der Gesamtberichtskreis, der mehr als doppelt so viele Gemeinden umfaßt, jedoch ungleich besser.

Starker Besucherzustrom bei kürzerer Aufenthaltsdauer in der Eifel

Während in den Fremdenverkehrsgebieten Rheintal und Rheinhessen die Abweichung der Veränderungsraten der Übernachtungen gegenüber dem Vorjahr zwischen den beiden Berichtskreisen nur gering war (jeweils 0,1 Punkte), können sie in der Pfalz (5,7 Punkte) sowie in den Fremdenverkehrsgebieten Eifel/Ahr (4,1 Punkte), Westerwald/Lahn/Taunus (3,0 Punkte) und Hunsrück/Nahe/Glan (2,3 Punkte) nicht vernachlässigt werden. Aus diesem

Grunde wird dem folgenden Vergleich der Fremdenverkehrsentwicklung nur der Bundesberichtskreis zugrunde gelegt.

Wie beim Gesamtdurchschnitt unterschied sich auch in den einzelnen Fremdenverkehrsgebieten die prozentuale Veränderung der Gästezahlen zum Teil erheblich von der der Übernachtungszahlen. Die beiden Gebiete mit dem stärksten Anstieg ihres Besucherstromes im Jahre 1976 gegenüber 1975, Eifel/Ahr (+ 11,2%) und Hunsrück/Nahe/Glan (+ 9,5%), erlebten gleichzeitig eine weitgehende Stagnation ihrer Übernachtungsziffern (+ 0,3 bzw. — 0,9%). Die mittlere Aufenthaltsdauer ihrer Gäste reduzierte sich dadurch von 5,7 auf 5,2 Tage (Eifel/Ahr) bzw. von 7,8 auf 7,0 Tage (Hunsrück/Nahe/Glan). Gleichzeitig verringerte sich hier die Ausnutzung der Bettenkapazität um 1,8 Punkte auf 35,2% bzw. sogar um 3,1 Punkte auf 38,4%. Das einzige Gebiet, das seine Übernachtungszahlen (+ 7,9%) stärker steigern konnte als seine Gästezahlen (+ 4,2%) war Rheinhessen. Die Pfalz wies eine gleich starke Veränderung beider Fremdenverkehrsziffern (+ 6,3%) auf.

Mehr als ein Fünftel aller Übernachtungen an Mosel und Saar

Der Fremdenverkehr kann schon auf Grund der unterschiedlichen natürlichen Voraussetzungen nicht in allen Gebieten gleich stark ausgeprägt sein; die Gebietsergebnisse wirken sich daher auch in unterschiedlichem Maße auf das Landesergebnis aus. Gemessen am gesamten Berichtskreis (587 Gemeinden) wurden mit 3,2 Mill. oder 21,3% im Jahre 1976 die meisten Übernachtungen in dem Gebiet an Mosel und Saar gezählt. Mit 3,1 Mill. oder 20,6% folgt das Eifel-Ahr-Gebiet. Über der 2-Millionen-Grenze lagen noch die Pfalz (2,4 Mill. oder 15,7%) und das Rheintal (2,1 Mill. oder 13,8%). Die kleinste Übernachtungsziffer (680 000 oder 4,5%) und mit 2,1 Tagen gleichzeitig die geringste mittlere Aufenthaltsdauer verzeichnete Rheinhessen, das weit mehr als die übrigen Gebiete vom Geschäfts- und Durchreiseverkehr berührt wird. Die mittlere Aufenthaltsdauer hängt sehr stark von der Struktur des Fremdenverkehrs ab. So verweilen die Gäste in reinen Erholungsgebieten durchschnittlich wesentlich länger als beispielsweise in Gebieten, in denen eine Vielzahl von Sehenswürdigkeiten zwar viele Touristen anlocken, die aber höchstens zwei bis drei Tage dort verweilen. Ein typisches Beispiel hierfür stellen das Rheintal und das Moseltal dar. Obwohl dort mit 729 000 und 975 000 im Jahre 1976 die meisten Gäste gezählt wurden, ergab sich hier mit 2,9 und 3,3 Tagen nur eine unterdurchschnittliche mittlere Aufenthaltsdauer. Die Erholungsgebiete Westerwald/Lahn/Taunus und Hunsrück/Nahe/Glan verzeichneten bei einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von jeweils mehr als sechs Tagen dagegen mit 304 000 und 281 000 die geringsten Gäste ziffern unter den Fremdenverkehrsgebieten des Landes.

Rheinland-Pfalz ist mit seinen zahlreichen Sehenswürdigkeiten, wie seinen Burgen an Rhein und Mosel, weithin bekannt. Aus diesem Grunde spielt der Ausländerverkehr hier eine bestimmende Rolle.

Gäste und Übernachtungen nach Gemeindegruppen und Fremdenverkehrsgebieten 1976
(ohne Kinderheime, Jugendherbergen und Campingplätze)

Merkmal	Übernachtende Gäste			Übernachtungen			Mittlere Aufenthaltsdauer		Aus- nutzung der Betten- kapazität
	ins- gesamt	Ver- änderung zu 1975	Aus- länder	ins- gesamt	Ver- änderung zu 1975	Aus- länder	ins- gesamt	Aus- länder	
	1 000	%		1 000	%		Tage	%	
Alle 587 Berichtsgemeinden ²⁾									
<u>Fremdenverkehrsgebiet</u>									
Rheintal	729	6,6	25,5	2 085	1,0	18,6	2,9	2,1	28,1
Rheinhausen	323	4,6	29,5	683	8,0	26,7	2,1	1,9	37,4
Eifel/Ahr	596	12,7	17,2	3 108	4,4	14,8	5,2	4,5	33,0
Mosel/Saar	975	2,8	20,9	3 215	2,6	20,1	3,3	3,3	26,8
Hunsrück/Nahe/Glan	281	10,7	13,5	1 804	1,4	10,6	6,4	5,1	33,7
Westerwald/Lahn/Taunus	304	6,3	7,2	1 840	- 0,8	4,1	6,1	3,4	30,8
Pfalz	697	9,6	16,6	2 364	12,0	11,7	3,4	2,4	32,4
<u>Gemeindegruppe</u>									
Großstädte	740	2,6	32,2	1 335	2,8	29,6	1,8	1,7	38,6
Heilbäder	547	2,8	10,2	4 136	- 5,8	3,7	7,6	2,7	41,1
Luftkurorte	254	7,4	9,9	1 393	4,9	11,8	5,5	6,5	31,9
Erholungsorte	420	14,0	14,6	2 281	4,1	15,2	5,4	5,6	31,4
mit Prädikat	241	10,2	12,8	1 202	3,5	16,8	5,0	6,5	31,8
ohne Prädikat	179	19,4	17,0	1 080	4,8	13,4	6,0	4,8	31,0
Übrige Berichtsgemeinden	1 529	6,3	21,5	4 092	6,5	23,3	2,7	2,9	25,6
über 5 000 Einwohner	916	8,8	23,2	2 320	9,3	23,5	2,5	2,6	30,0
unter 5 000 Einwohner	613	2,7	19,0	1 773	3,0	22,9	2,9	3,5	21,5
Zusätzlich erfaßte Gemeinden ¹⁾	414	19,4	13,1	1 861	24,5	12,7	4,5	4,4	22,9
Insgesamt	3 904	7,1	19,5	15 099	3,7	14,9	3,9	2,9	30,6
288 Berichtsgemeinden mit mindestens 5 000 Übernachtungen 1970									
<u>Fremdenverkehrsgebiet</u>									
Rheintal	717	6,8	25,7	2 056	0,9	18,7	2,9	2,1	28,7
Rheinhausen	315	4,2	30,1	661	7,9	27,3	2,1	1,9	38,7
Eifel/Ahr	496	11,2	17,7	2 561	0,3	14,7	5,2	4,3	35,2
Mosel/Saar	913	2,2	21,1	3 037	2,1	21,1	3,3	3,3	28,1
Hunsrück/Nahe/Glan	208	9,5	14,0	1 462	- 0,9	10,4	7,0	5,2	38,4
Westerwald/Lahn/Taunus	239	4,6	6,2	1 487	- 3,8	3,4	6,2	3,4	32,4
Pfalz	602	6,3	17,5	1 974	6,3	11,3	3,3	2,1	34,2
Insgesamt	3 490	5,8	20,3	13 238	1,4	15,2	3,8	2,8	32,2

1) Gemeinden mit weniger als 5 000 Übernachtungen im Jahre 1970. - 2) Berichts-kreiserweiterung von 1975 auf 1976 um 26 Gemeinden.

So handelte es sich bei jedem fünften der in den rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren übernachtenden Gäste des Jahres 1976 um Ausländer. Für den Bundesdurchschnitt errechnet sich nur ein Anteil von 16,8%. Die mittlere Aufenthaltsdauer der Ausländer lag mit 2,9 Tagen jedoch deutlich unter derjenigen der Inländer (4,1 Tage). Die Ausländerquote war in den einzelnen Gebieten unterschiedlich hoch. So wurden nach Rheinhausen (29,5%), wo die Landeshauptstadt Mainz (35,4%) liegt, anteilmäßig die meisten Ausländer im Rheintal (25,5%) und an Mosel und Saar (20,9%) gezählt. Die höchsten absoluten Ausländerziffern erzielten die Gebiete Mosel/Saar (203 000), Rheintal (186 000) und Pfalz (116 000). Am längsten blieben die ausländischen Touristen dagegen in den Fremdenverkehrsgebieten Hunsrück/Nahe/Glan (5,1 Tage) und Eifel/Ahr (4,5 Tage).

Während die Niederländer mit einem Drittel aller Ausländer (33,6%) und nahezu der Hälfte aller Ausländerübernachtungen (47,4%) vor den USA (15,0 bzw. 9,7%), Großbritannien (12,6 bzw. 10,1%) und Belgien (11,3 bzw. 12,4%) die am meisten in Rheinland-Pfalz anzutreffende fremde Nationalität waren, lagen in den einzelnen Gebieten unterschiedliche Schwerpunkte vor. So bildeten zum Beispiel die Fremdenverkehrsgebiete Eifel/Ahr, Mosel/Saar,

Hunsrück/Nahe/Glan und Westerwald/Lahn/Taunus mit Quoten zwischen 46,1 und 61,5% (Eifel/Ahr) die traditionellen Hochburg der Holländer. Gemessen an der Zahl der Übernachtungen lagen die Anteile im Jahre 1976 hier sogar zwischen 63,7 und 66,3% (Westerwald/Lahn/Taunus). Wenn auch eine ähnlich hohe Quote von keiner anderen Nationalität erreicht wurde, so ergaben sich doch deutliche Schwerpunkte für die USA in Rheinhausen (27,9%) und in der Pfalz (28,6%), während im Rheintal jeder dritte Ausländer (33,9%) aus Großbritannien stammte.

Günstige Fremdenverkehrsentwicklung bei den Luftkurorten

Erhebliche Unterschiede bei der Fremdenverkehrsentwicklung sind auch zwischen den einzelnen Gemeindegruppen zu erkennen. Den größten Gästezuwachs erlebten im vergangenen Jahr mit + 14,0% die Erholungsorte, wobei die Entwicklung bei den Erholungsorten mit Prädikat (+ 10,2%) hinter der Erholungsorte ohne Prädikat (+ 19,4%) deutlich zurückblieb. Die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich hier wegen der geringeren Verweildauer der Gäste jedoch nicht in gleichem Maße (+ 3,5 und + 4,8%). Einen relativ günstigen Verlauf bei den Gäste- und Übernachtungszahlen verzeichneten die Luftkurorte (+ 7,4 und + 4,9%) sowie die übrigen

Berichtsgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern (+ 8,8 und 9,3%). Dagegen kamen die Heilbäder trotz steigender Gästezahlen (+ 2,8%) nicht mehr an das hohe Übernachtungsvolumen der Vorjahre heran. Vor allem bedingt durch den Rückgang der Zahl der Sozialkurgäste verringerte sich hier die Übernachtungszahl um 5,8%.

Mit fast einem Drittel (32,2%) aller übernachtenden Fremden hatten die fünf Großstädte des Landes die höchste Ausländerquote. Hierzu trugen die Städte Ludwigshafen (39,7%), Koblenz (37,3%) und Mainz (35,4%) mit überdurchschnittlichen Anteilsätzen bei. Wegen der geringeren mittleren Aufenthaltsdauer der Ausländer lag der Anteil der Übernachtungen mit 29,6% unter dem der Gäste. Einen überdurchschnittlichen Ausländeranteil wiesen nur noch die übrigen Berichtsgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern auf. Mit 23,2 und 23,5% erreichte er bei den Gästen und Übernachtungen etwa die gleiche Höhe. Die ausländischen Gäste blieben hier

mit 2,6 Tagen im Durchschnitt sogar etwas länger als die Deutschen. Relativ die wenigsten Ausländer wurden in den Luftkurorten und Heilbädern des Landes gezählt. Mit 9,9 bzw. 10,2% der Gäste und 11,8 bzw. 3,7% der Übernachtungen lag deren Anteil noch deutlich unter dem der übrigen Berichtsgemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern (19,0 bzw. 22,9%), wo die durchschnittliche Verweildauer der Ausländer mit 3,5 Tagen die der Inländer mit 2,7 Tagen deutlich übertraf.

Die Niederländer bevorzugten die Erholungs- und Luftkurorte. Aus diesem Nachbarland kamen 67,9 bzw. 52,4% der dort registrierten Ausländer. Wegen der recht hohen Aufenthaltsdauer der Holländer, die in Rheinland-Pfalz ihren Erholungsurlaub verbringen, lagen die Anteile bei den Übernachtungen mit 73,1 bzw. 66,7% auch entsprechend höher. Am längsten blieben die Niederländer in den Luftkurorten und Erholungsorten mit Prädikat, wo auf sie 79,2% aller Ausländerübernachtungen ent-

Angekommene Ausländer und Übernachtungen in 587 Gemeinden nach Fremdenverkehrsgebieten und Gemeindegruppen 1976
(ohne Kinderheime, Jugendherbergen und Campingplätze)

Merkmal	Ausländer- insgesamt	Nieder- lande	USA	Groß- britannien	Belgien	Frank- reich	Dänemark	Schweiz
	1 000	%						
Übernachtende Gäste								
<u>Fremdenverkehrsgebiet</u>								
Rheintal	186	19,2	14,9	33,9	7,7	9,1	2,0	1,9
Rheinessen	95	9,8	27,9	5,7	3,4	12,6	0,9	4,6
Eifel/Ahr	102	61,5	4,3	2,3	22,4	2,9	0,7	1,2
Mosel/Saar	204	48,5	6,9	5,1	17,5	8,7	3,2	2,4
Hunsrück/Nahe/Glan	38	46,1	19,5	4,3	6,9	7,4	1,6	3,3
Westerwald/Lahn/Taunus	22	56,5	4,2	6,5	9,5	8,8	1,8	3,4
Pfalz	116	16,9	28,6	10,1	4,4	12,7	2,4	3,7
<u>Gemeindegruppe</u>								
Großstädte	238	9,5	26,3	12,4	4,8	15,3	1,0	3,5
Heilbäder	56	31,8	22,5	12,4	10,0	5,7	1,8	2,8
Luftkurorte	25	52,4	8,1	5,3	20,2	4,3	1,7	2,2
Erholungsorte	61	67,9	6,1	2,6	11,7	3,7	2,6	1,9
mit Prädikat	31	66,4	9,9	2,7	9,8	4,1	2,1	1,6
ohne Prädikat	30	69,5	2,4	2,5	13,6	3,2	3,1	2,1
Übrige Berichtsgemeinden	329	40,5	9,1	16,6	14,6	6,8	2,4	2,2
über 5 000 Einwohner	213	36,0	11,3	18,8	12,1	8,2	2,3	2,5
unter 5 000 Einwohner	116	48,7	5,2	12,7	19,3	4,3	2,5	1,7
Zusätzlich erfaßte Gemeinden ¹⁾	54	51,6	6,0	4,1	15,8	7,0	4,5	2,5
I n s g e s a m t	763	33,6	15,0	12,6	11,3	9,1	2,1	2,7
Übernachtungen								
<u>Fremdenverkehrsgebiet</u>								
Rheintal	388	23,3	8,9	40,1	8,9	6,4	2,5	1,4
Rheinessen	182	7,8	25,1	7,2	3,2	9,9	1,0	5,9
Eifel/Ahr	458	63,7	4,2	1,8	22,0	2,7	0,5	1,0
Mosel/Saar	674	64,5	3,2	3,5	16,5	4,4	2,1	1,3
Hunsrück/Nahe/Glan	191	64,7	13,1	1,9	4,6	5,0	1,7	1,6
Westerwald/Lahn/Taunus	75	66,3	4,0	3,6	10,0	5,4	1,2	2,5
Pfalz	276	21,8	24,5	7,6	3,6	11,4	3,9	3,0
<u>Gemeindegruppe</u>								
Großstädte	394	9,6	21,7	15,0	4,4	12,4	1,0	4,2
Heilbäder	151	37,1	15,5	11,9	12,2	5,3	2,2	2,5
Luftkurorte	165	66,7	10,3	2,6	13,0	2,7	1,1	1,0
Erholungsorte	346	73,1	3,3	1,8	12,3	3,5	1,8	1,3
mit Prädikat	202	79,2	4,2	1,3	8,3	2,7	1,6	0,8
ohne Prädikat	144	64,7	2,1	2,5	17,8	4,5	2,0	2,1
Übrige Berichtsgemeinden	952	48,4	7,1	14,2	15,3	4,8	1,8	1,4
über 5 000 Einwohner	545	41,9	10,6	16,8	12,4	5,9	1,7	1,6
unter 5 000 Einwohner	407	57,0	2,5	10,7	19,3	3,3	2,1	1,1
Zusätzlich erfaßte Gemeinden ¹⁾	236	62,5	5,1	2,2	13,7	4,7	4,3	1,3
I n s g e s a m t	2 244	47,4	9,7	10,1	12,4	5,8	1,9	1,9

1) Gemeinden mit weniger als 5 000 Übernachtungen im Jahre 1970.

Gäste und Übernachtungen in ausgewählten Gemeinden 1976
(ohne Kinderheime, Jugendherbergen und Campingplätze)

Gemeinde	Übernachtende Gäste				Übernachtungen			
	insgesamt		Ausländer		insgesamt		Ausländer	
	1 000	Ver- änderung zu 1975	Anteil	Ver- änderung zu 1975	1 000	Ver- änderung zu 1975	Anteil	Ver- änderung zu 1975
			%				%	
<u>Rheintal</u>								
Boppard	92	15,2	27,8	65,8	363	- 5,7	14,2	37,2
Koblenz	200	3,3	37,3	- 1,9	298	0,2	37,0	1,8
Lahnstein	70	37,1	18,3	30,2	181	29,3	16,6	22,2
Bad Breisig	24	1,6	2,8	- 32,1	145	- 3,5	1,0	- 43,9
Vallendar	29	8,7	9,5	91,2	124	9,5	5,3	166,7
Bad Hönningen	21	- 22,3	0,5	- 31,8	105	- 6,9	0,3	- 38,6
Andernach	34	26,7	44,9	58,0	100	19,5	24,4	80,2
Remagen	29	20,5	31,3	31,3	91	20,5	36,7	58,7
Kamp-Bornhofen	18	8,3	21,2	- 9,5	84	- 10,9	19,4	- 11,2
Oberwesel	21	2,9	21,6	8,7	68	3,8	21,3	- 1,2
St. Goarshausen	21	3,0	41,7	12,0	67	- 3,6	49,2	8,5
<u>Rheinhessen</u>								
Mainz	203	5,1	35,4	8,7	472	11,7	30,2	16,4
Bingen	37	0,4	22,4	45,4	67	- 4,0	18,4	32,8
<u>Eifel/Ahr</u>								
Bad Neuenahr-Ahrweiler	99	0,5	7,7	21,1	790	- 12,1	3,4	30,8
Daun	29	5,4	10,9	- 5,4	200	4,4	9,6	- 4,7
Manderscheid	16	4,9	7,5	2,0	160	- 0,6	3,2	4,1
Bollendorf	26	157,0	52,2	327,6	146	19,7	40,7	35,1
Gerolstein	22	30,3	28,7	19,5	118	10,7	47,7	9,9
Prüm	18	0,4	21,7	- 17,2	99	5,4	13,5	- 24,6
Altenahr	41	3,1	28,5	12,6	88	- 2,4	29,5	3,5
Mayen	28	22,8	21,1	65,3	71	25,7	22,5	49,1
<u>Mosel/Saar</u>								
Cochem	137	9,5	37,2	14,9	365	13,6	39,8	20,4
Bernkastel-Kues	101	2,5	20,6	- 5,0	365	1,9	13,7	- 16,8
Bad Bertrich	19	- 6,1	2,5	10,7	352	- 9,5	0,7	37,5
Trier	186	0,6	23,1	9,9	292	- 1,4	20,7	2,1
Kroev	26	- 10,7	29,5	- 39,5	168	- 4,1	41,3	- 16,7
Traben-Trarbach	34	- 5,4	10,2	- 1,8	131	- 2,7	6,8	1,3
Saarlautern	13	30,4	46,9	40,4	89	17,5	58,1	15,3
Zell	24	6,0	9,4	0,3	80	2,9	7,0	3,9
Treis-Karden	22	- 8,2	17,6	8,9	78	38,6	25,8	50,1
Loef	16	- 11,1	24,1	- 10,7	73	- 1,5	29,3	1,3
Leiwen	8	- 21,0	58,9	19,7	69	- 13,6	75,4	17,1
<u>Hunsrück/Nahe/Glan</u>								
Bad Kreuznach	52	12,0	14,6	18,5	485	- 3,2	3,2	1,3
Bad Münster-Ebernburg	27	- 3,5	1,8	32,7	370	- 11,1	0,4	18,3
Kell	12	19,7	47,3	33,7	126	30,9	60,9	77,6
Sobernheim	7	3,4	3,5	46,5	76	5,8	2,6	8,4
Idar-Oberstein	40	6,0	17,7	16,2	74	10,6	26,0	24,4
<u>Westerwald/Lahn/Taunus</u>								
Bad Ems	18	- 18,6	3,4	31,0	279	- 17,0	1,1	18,0
Nassau	12	1,9	5,6	- 10,1	138	- 1,4	2,9	- 1,8
Rengsdorf	17	10,4	0,8	- 28,9	102	3,4	0,5	- 13,9
Bad Marienberg	13	- 1,5	0,9	- 37,8	101	- 6,6	0,4	- 62,0
<u>Pfalz</u>								
Bad Bergzabern	24	0,1	2,8	91,7	216	- 3,4	1,0	88,8
Ludwigshafen a. Rhein	97	- 0,3	39,7	- 7,0	162	- 9,2	33,6	- 14,2
Neustadt	38	1,4	6,4	- 7,4	153	9,5	4,6	41,9
Bad Dürkheim	41	0,1	5,9	- 20,0	128	27,6	3,2	- 18,8
Kaiserslautern	54	3,7	18,8	- 11,3	111	6,5	24,1	- 8,4
Gossersweiler-Stein ¹⁾	11	.	27,9	.	92	.	32,2	.
Annweiler	18	24,0	5,4	28,5	89	23,6	5,5	30,0
Deidesheim	35	3,3	1,9	- 1,1	82	8,5	2,3	4,8
Trippstadt	14	65,5	6,2	46,7	64	22,4	6,4	24,7

1) Angaben vom 1.4. - 31.12.1976.

fielen. Die Amerikaner (26,3%), Franzosen (15,3%) und Engländer (12,4%) besuchten am häufigsten die Großstädte, während die Niederländer hier nur auf einen Anteil von 9,5% kamen. Einen relativ hohen Anteil an den Auslandsgästen verbuchten die Engländer mit 18,8% außerdem noch in den übrigen Berichtsgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern, während die Belgier neben den Holländern vor allem die Luftkurorte (20,2%) und die übrigen Berichtsgemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern (19,3%) als Ferienorte wählten.

Bad Neuenahr-Ahrweiler erreichte wieder höchste Zahl der Übernachtungen

Als die - gemessen an der Übernachtungszahl - bedeutendsten rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgemeinden erwiesen sich 1976 wieder die beiden Heilbäder Bad Neuenahr-Ahrweiler (790 000) und Bad Kreuznach (485 000) sowie die Landeshauptstadt Mainz (472 000). An dieser Reihenfolge änderte sich nichts, obwohl in Bad Neuenahr-Ahrweiler (- 12,1%) und in Bad Kreuznach (- 3,2%) die Übernachtungen wie in fast allen Heilbädern zum Teil erheblich zurückgegangen sind. Zu diesem Rückgang trugen ausschließlich die Inländer bei, während die Ausländerübernachtungen vor allem in Bad Neuenahr-Ahrweiler (+ 30,8%) zugenommen haben. Da der Ausländeranteil in den beiden

Heilbädern mit 3,4 bzw. 3,2% sehr gering ist, übte deren Entwicklung auch so gut wie keinen Einfluß auf die Gesamtentwicklung aus. Anders verhielt es sich jedoch in Mainz, wo ein Plus der Ausländerübernachtungen von 16,4% bei einer Ausländerquote von 30,2% mit zu einem Anstieg der Gesamtzahl der Übernachtungen gegenüber dem Vorjahr um 11,7% führte. Während in Bad Neuenahr-Ahrweiler die Zahl der übernachtenden Gäste stagnierte (+ 0,5%), war in Bad Kreuznach trotz des Rückgangs der Übernachtungen hier eine beträchtliche Steigerung um 12,0% zu beobachten. Gemessen an der Zahl der Gäste führten nach Mainz (203 000) Koblenz (200 000) und Trier (186 000). Wegen der dort üblichen relativ niedrigen mittleren Aufenthaltsdauer der Gäste kamen diese bei den Übernachtungen jedoch erst an neunter und zehnter Stelle, und zwar nach Bad Münster am Stein-Ebernburg (370 000 Übernachtungen), Cochem, Berncastel-Kues (jeweils 365 000), Boppard (363 000) und Bad Bertrich (352 000). Unter den 50, gemessen an den Übernachtungen, bedeutendsten Gemeinden des Landes hatte der Weinort Leiwien an der Mosel mit drei Viertel (75,4%) weitaus den größten Ausländeranteil an den Übernachtungen. Mehr als die Hälfte wiesen außerdem Kell im Hunsrück (60,9%) und Saarburg (58,1%) auf.

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Hochbautätigkeit 1976

Struktureller Wandlungsprozeß im Wohnungsbau dauert an

Im Jahre 1976 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 25 365 Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnungsbau fertiggestellt, gegenüber 26 872 im Jahr zuvor. Nachdem schon 1974 eine Reduzierung der errichteten Wohnungen um 14% und 1975 um 19% verzeichnet worden war, war für 1976 erneut ein um 1 507 Wohnungen oder 5,6% niedrigeres Ergebnis als im Vorjahr zu registrieren. Seit 1953 ist bisher nur einmal, und zwar im Jahre 1970, eine geringere Zahl von Baufertigstellungen ermittelt worden. Gemessen am umbauten Raum, an dem die quantitative Wohnungsbauleistung exakter verfolgt werden kann, belief sich die Produktionseinschränkung im Wohnungsbau im Berichtsjahr jedoch nur auf 0,7%, nachdem sie 1975 nicht weniger als 16% und 1974 immerhin 12% ausgemacht hatte. Von den im Jahre 1976 fertiggestellten Wohnungen entfielen 22 670 auf neuerrichtete Wohngebäude, die übrigen 2 695 Wohnungen wurden durch den Um- oder Ausbau bestehender Gebäude und in neuen Nichtwohngebäuden bereitgestellt. Vergleichsweise sei erwähnt, daß 1976 im Bundesgebiet erneut ein stärkerer Produktionsrückgang im Wohnungsbau zu verzeichnen war als in Rheinland-Pfalz. Im Berichtsjahr wurden im Bundesgebiet insgesamt nur noch 392 380 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohnungsbau fertiggestellt, das sind 10,2% weniger als im Jahr zuvor.

Die Entwicklung im Hochbau war auch 1976 durch ein Andauern des strukturellen Wandlungsprozesses

geprägt, welcher vor allem den Wohnungsbau betraf. Der Schrumpfungsprozeß wurde allerdings von einigen positiven Einflußfaktoren gemildert, zu denen neben einer gewissen Konjunkturbelebung die vor allem im Hochbau spürbaren Auswirkungen der verschiedenen Konjunkturförderungsprogramme zählen. Das im August 1975 von Bund und Ländern beschlossene weitere Ausgabenprogramm galt der Altbaumodernisierung und sah Investitionen für den Straßenbau und den staatlichen Hochbau vor. Die in Rheinland-Pfalz im Jahre 1976 fertiggestellten Wohnungen, welche einen gestiegenen Anteil an solchen in Ein- und Zweifamilienhäusern aufzuweisen haben, dürften zu einer weiteren qualitativen Verbesserung des Wohnungsbestandes beigetragen haben. Hinzu kommt eine wachsende Anzahl von Altbaumodernisierungen.

Die Modernisierung von Altwohngebäuden wurde 1976 mit der Förderung von 2 900 Wohnungen in Familienheimen und 1 800 Mietwohnungen fortgesetzt. Das 1975 aufgelegte Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen ist in Rheinland-Pfalz vorwiegend im Berichtsjahr bauwirksam geworden. Die Zahl der geförderten Wohnungen belief sich beim Sonderprogramm Wohnungsmodernisierung auf 16 316 und beim Sonderprogramm Bausparzwischenfinanzierung auf 5 175. Im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms 1976 wurden 33 Sanierungs- und drei Entwicklungsmaßnahmen gefördert. Die Gesamtkosten des Programms von 56,6 Mill. DM wurden zu je einem Drittel aus Bundes-, Landes- und Gemeindemitteln aufgebracht.

Baufertigstellungen im Wohnbau (Errichtung neuer Gebäude) nach Gemeindegrößenklassen und Gebäudearten 1976

Gemeindegrößenklasse	Gebäude		Wohnungen		Räume			Wohnfläche		Umbauter Raum	Veranschlagte reine Baukosten	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	je Wohnung	1 000 qm	qm je Wohnung	1 000 cbm	1 000 DM	DM je Wohnung
Insgesamt												
unter 2 000 Einwohner	5 925	44,4	7 318	32,3	38 766	36,1	5,3	823,0	112,5	5 316,8	916 912,6	125 296
2 000 - 5 000 "	2 437	18,3	3 448	15,2	17 420	16,2	5,1	372,1	107,9	2 331,0	420 164,8	121 858
5 000 - 20 000 "	2 517	18,9	4 705	20,7	21 673	20,2	4,6	454,3	96,6	2 702,0	496 883,6	105 608
20 000 - 50 000 "	947	7,1	2 174	9,6	9 489	8,8	4,4	202,5	93,1	1 150,0	213 946,9	98 412
50 000 - 100 000 "	547	4,1	998	4,4	4 629	4,3	4,6	97,6	97,8	569,2	103 641,9	103 850
100 000 und mehr "	965	7,2	4 027	17,8	15 444	14,4	3,8	342,6	85,1	1 836,9	358 637,7	89 058
Insgesamt	13 338	100,0	22 670	100,0	107 421	100,0	4,7	2 292,1	101,1	13 905,9	2 510 187,5	110 727
Einfamilienhäuser												
unter 2 000 Einwohner	4 732	46,7	4 732	46,7	27 361	46,7	5,8	588,0	124,3	3 986,8	694 195,0	146 702
2 000 - 5 000 "	1 876	18,5	1 876	18,5	10 818	18,5	5,8	234,0	124,7	1 571,6	286 129,0	152 521
5 000 - 20 000 "	1 872	18,5	1 872	18,5	10 781	18,4	5,8	233,7	124,8	1 544,9	289 556,9	154 678
20 000 - 50 000 "	684	6,7	684	6,7	3 939	6,7	5,8	86,7	126,8	565,4	107 700,7	157 457
50 000 - 100 000 "	414	4,1	414	4,1	2 349	4,0	5,7	51,2	123,7	329,7	61 909,4	149 540
100 000 und mehr "	563	5,5	563	5,5	3 314	5,7	5,9	73,3	130,2	461,3	90 482,7	160 715
Zusammen	10 142	100,0	10 141	100,0	58 562	100,0	5,8	1 266,9	124,9	8 459,7	1 529 973,7	150 870
Zweifamilienhäuser												
unter 2 000 Einwohner	1 089	44,1	2 178	44,1	9 800	44,2	4,5	203,3	93,3	1 164,6	194 504,0	89 304
2 000 - 5 000 "	446	18,1	892	18,1	4 072	18,3	4,6	85,6	96,0	501,7	87 480,4	98 072
5 000 - 20 000 "	469	19,0	938	19,0	4 177	18,8	4,5	87,8	93,6	513,6	93 916,4	100 124
20 000 - 50 000 "	183	7,4	366	7,4	1 593	7,2	4,4	34,6	94,5	207,7	38 319,1	104 697
50 000 - 100 000 "	86	3,5	172	3,5	772	3,5	4,5	16,0	93,0	94,7	16 139,0	93 831
100 000 und mehr "	195	7,9	390	7,9	1 785	8,0	4,6	39,3	100,8	233,0	45 021,2	115 439
Zusammen	2 468	100,0	4 936	100,0	22 199	100,0	4,5	466,6	94,5	2 715,3	475 380,1	96 309
Mehrfamilienhäuser												
unter 2 000 Einwohner	104	14,3	408	5,4	1 605	6,0	3,9	31,7	77,7	165,4	28 213,6	69 151
2 000 - 5 000 "	115	15,8	680	9,0	2 530	9,5	3,7	52,5	77,2	257,7	46 555,4	68 464
5 000 - 20 000 "	176	24,1	1 895	25,0	6 715	25,2	3,5	132,8	70,1	643,5	113 410,3	59 847
20 000 - 50 000 "	80	11,0	1 124	14,8	3 957	14,8	3,5	81,2	72,2	376,9	67 927,1	60 433
50 000 - 100 000 "	47	6,4	412	5,4	1 508	5,7	3,7	30,4	73,8	144,8	25 593,5	62 120
100 000 und mehr "	207	28,4	3 074	40,4	10 345	38,8	3,4	230,0	74,8	1 142,6	223 133,8	72 587
Zusammen	729	100,0	7 593	100,0	26 660	100,0	3,5	558,6	73,6	2 730,9	504 833,7	66 487

Am Jahresende 1976 stellte sich in Rheinland-Pfalz die Zahl der bereits von den Baubehörden genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen auf 44 151; das sind 5 054 oder 10,3% weniger als Ende 1975. Etwas mehr als die Hälfte der Wohnungen befand sich bereits unter Dach, während knapp ein Fünftel noch nicht unter Dach und ein Viertel noch nicht begonnen war.

Die Zahl der erteilten Baugenehmigungen für Wohnungen, welche 1974 um 33% und 1975 um 19% niedriger ausgefallen war als im jeweiligen Vorjahr, erhöhte sich im Berichtsjahr um 8,2% auf 23 226. Die genehmigten Wohngebäude nahmen infolge des gestiegenen Anteils an Ein- und Zweifamilienhäusern in stärkerem Maße zu, und zwar um 20% auf 13 444. Unter Berücksichtigung der bisher vorliegenden Daten dürfte die Wohnungsbauleistung 1977 etwa das Vorjahresergebnis erreichen.

Der Bestand an Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden erhöhte sich 1976 um 24 446. Damit belief sich der gesamte Wohnungsbestand in Rheinland-Pfalz am Jahresende 1976 auf 1 399 549. Zu diesem Zeitpunkt kamen durchschnittlich 384 Wohnungen auf jeweils 1 000 Einwohner. Am günstigsten war die Wohnungsversorgung in den kreisfreien Städten Pirmasens und Kaiserslautern, wo 466

bzw. 448 Wohnungen auf 1 000 Einwohner entfielen. Angesichts des günstigen Standes in der Wohnungsverorgung dürfte in den kommenden Jahren weniger die Verbesserung der Wohnungsverorgung in quantitativer, sondern mehr noch als bisher in qualitativer Hinsicht im Vordergrund stehen. Darauf deuten nicht zuletzt die Produktionszunahme im Einfamilienhausbau und die Altbaumodernisierung hin.

Bau von Einfamilienhäusern dominiert

In Rheinland-Pfalz wurden 1976 insgesamt 13 338 Wohngebäude fertiggestellt, das sind 668 oder 5,3% mehr als im Vorjahr. Während der Bau von Mehrfamilienhäusern zurückging, ergab sich bei den Ein- und Zweifamilienhäusern erstmals seit 1973 eine Zunahme, und zwar um 850 auf 12 609. Die Zahl der in Mehrfamilienhäusern errichteten Wohnungen belief sich nur noch auf 7 593, das sind 2 242 weniger als im Jahr zuvor. Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern erfuhren dagegen eine Zunahme um 677 auf 15 077. Befanden sich noch 1973 in jeder der beiden Gebäudekategorien annähernd gleich viele Wohnungen, so erreichten im Berichtsjahr die Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern einen Anteil von nahezu zwei Drittel. Nicht weniger als 10 141 Wohnungen entfielen auf Einfamilienhäuser, das sind mehr als 1973, dem Jahr mit

dem bisher höchsten Produktionsergebnis. Die Entscheidung zum Bau eines Eigenheims hängt ganz überwiegend von der Gelegenheit zum Kauf eines geeigneten Grundstückes, der Höhe der Hypothekenzinsen und der Fälligkeit der Bauspargelder ab. Rezession und zunehmende Arbeitslosigkeit wirkten sich also bislang nur wenig hemmend auf die Nachfrage aus. Die Wohnungsbaugesellschaften schränkten dagegen ihre Neubautätigkeit stark ein, nicht zuletzt wegen des hohen Bestandes an nicht verkauften oder nicht vermieteten Wohnungen. Auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme der 7½prozentigen Investitionsprämie wurde nur wenig genutzt.

Nur wenig verringerter Baukostenanstieg je Wohnung

Die veranschlagten reinen Baukosten je Wohnung in Ein- und Zweifamilienhäusern, welche 1974 um 9,5% und 1975 um 10% angestiegen waren, erfuhren auch 1976 eine deutliche Zunahme, und zwar um 11 500 DM oder 9,4% auf 133 000 DM. Etwas niedriger fiel erneut der Kostenanstieg für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern aus, die sich durchschnittlich um 7,7% auf 66 500 DM verteuerten. Anders als im Jahr zuvor waren im Berichtsjahr sowohl Ein- und Zweifamilienhäuser als auch Mehrfamilienhäuser am teuersten in den Großstädten. Hinzuweisen ist hierbei darauf, daß der Preisindex für Wohngebäude von Februar 1975 auf Februar 1976 nur um 2,1% anstieg und sich von Februar 1976 auf Februar 1977 um 4,8% erhöhte. Dies deutet darauf hin, daß im Berichtsjahr nicht nur größere, sondern auch besser ausgestattete Wohnungen fertiggestellt wurden.

Knapp die Hälfte aller Einfamilienhäuser wurde in Gemeinden unter 2 000 Einwohner gebaut, in Großstädten dagegen nur ein Zwanzigstel; nahezu die gleiche Relation in den einzelnen Gemeindegrößenklassen konnte auch für Zweifamilienhäuser beobachtet werden. Mehrfamilienhäuser wurden wiederum bevorzugt in Großstädten errichtet. Die Quoten an Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, welche auf die einzelnen Gemeindegrößenklassen

entfielen, wichen nur wenig von den im Jahr zuvor ermittelten ab. Ein Vergleich der absoluten Zahlen zeigt jedoch, daß in den Großstädten der Rückgang am stärksten war; dort wurden 1 249 Wohnungen weniger gebaut.

Die durchschnittliche Wohnfläche der neuerrichteten Wohnungen erhöhte sich abermals, und zwar um 3,9 auf 101,1 qm. Auch die durchschnittliche Zahl der Räume (einschließlich Küche) je Wohnung erfuhr einen geringfügigen Anstieg auf 4,7. Die Einfamilienhäuser verfügen derzeit durchschnittlich über 5,8 Räume und 124,9 qm Wohnfläche je Wohnung. Deutlich kleiner sind die Wohnungen in Zweifamilienhäusern (4,5 Räume und 94,5 qm Wohnfläche) sowie in Mehrfamilienhäusern (3,5 Räume und 73,6 qm Wohnfläche).

Drei Viertel aller Bauherren sind private Haushalte

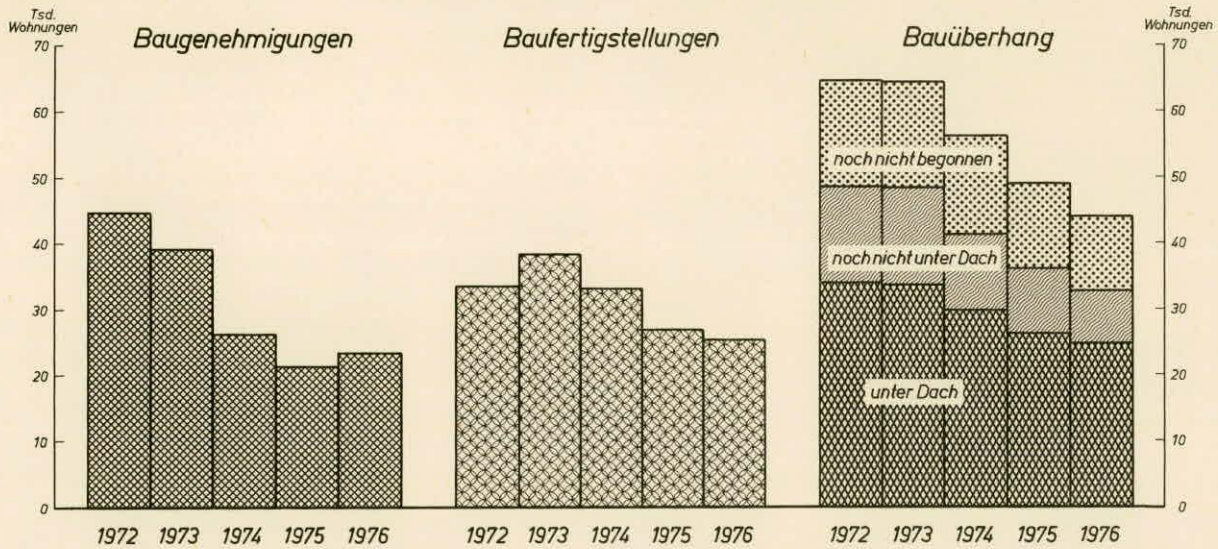
Für den Eigenheimbau dürfte weiterhin ein relativ starker Bedarf bestehen. Nachdem sich im Jahre 1975 der Anteil der privaten Haushalte an den Bauherren insgesamt auf fast zwei Drittel erhöht hatte, stieg er im Berichtsjahr abermals an, und zwar auf mehr als sieben Zehntel. Während bei allen anderen Bauherrengruppen rückläufige Anteile ermittelt wurden, verzeichnete die Zahl der privaten Haushalte sogar eine absolute Zunahme um 516 auf 16 401. Auch Eigentumswohnungen dürften künftig mehr an Bedeutung gewinnen, wobei allerdings vorwiegend günstige Wohnlagen die Nachfrage beeinflussen werden. Von den übrigen Bauherren sind die Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen sowie die sonstigen Wohnungsunternehmen am bedeutendsten; erstere bauten im Berichtsjahr jedoch nur noch 2 316 Wohnungen, das sind 765 weniger als im Vorjahr. Damit sank deren Anteil an den Bauherren insgesamt von 13 auf 10%. Die sonstigen Wohnungsunternehmen errichteten mit 2 667 Wohnungen 570 weniger als im Vorjahr und erreichten ebenfalls nur noch eine Quote von einem Zehntel an den Bauherren insgesamt.

Wohnungszugang im Wohnbau nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen, Regierungsbezirken und Wohnungsgröße 1976

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Wohnungen	Mit ... Räumen									
		1 und 2		3		4		5 und 6		7 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen)	996	246	24,7	258	25,9	239	24,0	188	18,9	65	6,5
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	2 316	241	10,4	560	24,2	656	28,3	798	34,5	61	2,6
Sonstige Wohnungsunternehmen	2 671	507	19,0	590	22,1	711	26,6	783	29,3	80	3,0
Öffentliche Bauherren	346	177	51,2	40	11,6	54	15,6	61	17,6	14	4,0
Private Haushalte	18 595	994	5,4	1 979	10,6	3 802	20,5	9 009	48,4	2 811	15,1
unter 2 000 Einwohner	8 329	329	4,0	832	10,0	1 544	18,5	4 214	50,6	1 410	16,9
2 000 - 5 000 "	3 826	212	5,5	400	10,5	835	21,8	1 844	48,2	535	14,0
5 000 - 20 000 "	5 117	485	9,5	699	13,7	1 177	23,0	2 227	43,5	529	10,3
20 000 - 50 000 "	2 290	200	8,7	464	20,3	575	25,1	838	36,6	213	9,3
50 000 - 100 000 "	1 138	104	9,1	166	14,6	277	24,4	478	42,0	113	9,9
100 000 und mehr "	4 224	835	19,8	866	20,5	1 054	24,9	1 238	29,3	231	5,5
Koblenz	9 312	706	7,6	1 125	12,1	2 035	21,8	4 216	45,3	1 230	13,2
Trier	2 871	211	7,3	398	13,9	565	19,7	1 246	43,4	451	15,7
Rheinhausen-Pfalz	12 741	1 248	9,8	1 904	14,9	2 862	22,5	5 377	42,2	1 350	10,6
I n s g e s a m t	24 924	2 165	8,7	3 427	13,7	5 462	21,9	10 839	43,5	3 031	12,2

Bautätigkeit 1972-1976

Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau



75/77

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

In Rheinhessen-Pfalz relativ rege Bautätigkeit

In den einzelnen Verwaltungsbezirken ergaben sich teilweise über mehrere Jahre hinweg Schwerpunkte der regionalen Bautätigkeit. Die Analyse der fertiggestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden in der Unterteilung nach kreisfreien Städten und Landkreisen ergab erneut, daß mit 1 796 Wohnungen in der Landeshauptstadt Mainz die absolut meisten hinzukamen. Im Jahr zuvor waren dort sogar 2 851 Wohnungen errichtet worden. Unter den kreisfreien Städten folgen im Berichtsjahr Kaiserslautern (820 Wohnungen) und Ludwigshafen (685). In den einzelnen Landkreisen wurden die meisten Wohnungen gebaut im Westerwaldkreis (1 340), in den Landkreisen Neuwied (1 271), Mainz-Bingen (1 139) und im Rhein-Hunsrück-Kreis (1 080). Sowohl im Westerwaldkreis als auch im Landkreis Neuwied konnte auch in den vorhergehenden Jahren eine überdurchschnittlich rege Bautätigkeit beobachtet werden. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen je 1 000 Einwohner war unter den kreisfreien Städten mit 9,8 am höchsten in Mainz, danach folgten Frankenthal (8,3) und Kaiserslautern (8,2). Im Jahre 1975 hatten Frankenthal (19,2) und Mainz (15,5) an der Spitze gelegen. Bei den Landkreisen lag der Rhein-Hunsrück-Kreis mit 12,1 neuerrichteten Wohnungen je 1 000 Einwohner vorn, gefolgt von Daun (11,8) und Germersheim (11,1). Der Landkreis Germersheim gehört schon seit längerer Zeit zu den regionalen Schwerpunkten der Bautätigkeit, während von den Landkreisen des Regierungsbezirks Trier allein Daun in den beiden letzten Jahren eine relativ rege Bautätigkeit zu verzeichnen hatte. Erneut zeigte sich auch, daß innerhalb der drei Regierungsbezirke in Rheinhessen-Pfalz die meisten Wohnungen, bezogen auf 1 000 Einwohner, fertiggestellt wurden.

Produktionserhöhung im Fertigteilbau

Der Fertigteilbau, dessen Bedeutung schon seit vielen Jahren ständig zunimmt, wurde auch im Berichtsjahr von der rezessiven Entwicklung im Hochbau weniger beeinträchtigt. In Rheinland-Pfalz beliefen sich die im Fertigteilbau erstellten Gebäude beim Wohnbau auf 1 227 (+ 11%) mit 1 417 Wohnungen (- 5,3%). Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern mit entsprechend größeren Wohnungen deutlich zugenommen hat, während insgesamt nur 5 Mehrfamilienhäuser erstellt wurden, gegenüber 21 im Jahr zuvor. Gemessen am umbauten Raum verzeichnete der Fertigteilbau bei Wohnbauten abermals eine Zunahme, und zwar um 2,4%. Somit wurden 9,2% aller Wohnneubauten in Fertigteilbauweise errichtet, gegenüber 8,8% im Vorjahr. Im Jahre 1972 hatte der Anteil erst 5,1% ausgemacht. Im Nichtwohnbau wurden im Berichtsjahr 251 Gebäude mit 1,6 Mill. cbm umbauten Raum und einer Nutzfläche von 275 400 qm fertiggestellt; dagegen waren es im Vorjahr nur 217 Gebäude mit 1,1 Mill. cbm umbautem Raum und 209 600 qm Nutzfläche. Im Nichtwohnbau erreichte der in Fertigteilbauweise produzierte umbaute Raum einen beachtlich hohen Anteil von 16%; im Jahre 1975 hatte die Quote hier erst 10,2% betragen. Von den Nichtwohngebäuden in Fertigteilbauweise sind nicht weniger als 133 gewerbliche Betriebsgebäude; ihr Anteil an den insgesamt errichteten Betriebsgebäuden belief sich jedoch nur auf 10,5%. Hingegen wurden von den insgesamt gebauten 41 Schulen immerhin 9 in Fertigteilbauweise erstellt, das ist mehr als ein Fünftel.

Auch im sozialen Wohnungsbau mehr Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern

Die folgenden Ausführungen beinhalten nur den

Wohnungszugang im Wohnbau (Errichtung neuer Gebäude)
nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen
und Ausstattung der Wohnungen 1976

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Ins- ge- samt	Mit		Mit	
		Ofenheizung		Zentralheizung	
		zu- sam- men	mit Bad	zu- sam- men	mit Bad
	Anzahl	%			
Unternehmen (ohne Woh- nungsunternehmen)	952	0,3	0,3	99,7	99,7
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungs- unternehmen	2 316	0,3	0,3	99,7	99,7
Sonstige Wohnungsunter- nehmen	2 667	0,1	0,1	99,9	99,8
Öffentliche Bauherren	334	10,8	10,8	89,2	89,2
Private Haushalte	16 401	1,8	1,8	98,2	98,1
unter 2 000 Einwohner	7 318	2,3	2,3	97,7	97,6
2 000 - 5 000 "	3 448	1,7	1,7	98,3	98,3
5 000 - 20 000 "	4 705	0,7	0,7	99,3	99,2
20 000 - 50 000 "	2 174	2,3	2,3	97,7	97,5
50 000 - 100 000 "	998	0,5	0,5	99,5	99,4
100 000 und mehr "	4 027	0,6	0,6	99,4	99,4
Koblenz	8 335	1,2	1,2	98,8	98,7
Trier	2 667	1,3	1,3	98,7	98,6
Rheinhausen-Pfalz	11 668	1,7	1,7	98,3	98,2
I n s g e s a m t	22 670	1,5	1,5	98,5	98,4

sogenannten traditionellen öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau. Unberücksichtigt bleibt der 1968 eingeführte sogenannte Zweite Förderungsweg, der solchen Personen den Bezug steuerbegünstigter Wohnungen ermöglichen soll, die wegen Überschreitung der Einkommensgrenzen keine Sozialwohnungen erhalten können und auch nicht in der Lage sind, die Miete für eine nicht subventionierte steuerbegünstigte Wohnung aufzubringen. Verglichen mit dem traditionellen öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau wurden auf diesem Wege in den vergangenen Jahren erheblich weniger Wohnungen gebaut; 1976 waren es 2 101.

Ebenso wie im gesamten Wohnungsbau ergab sich auch im sozialen Wohnungsbau seit 1974 eine - wenn auch weniger stark ausgeprägte - rückläufige Entwicklung. Nachdem im sozialen Wohnungsbau 1974 eine Reduzierung der errichteten Wohnungen um 9,8% und 1975 um 4,1% ermittelt worden war, trat im Berichtsjahr eine Produktionseinschränkung um 252 Einheiten oder 6,4% auf 3 704 ein. Der Anteil an den insgesamt in Rheinland-Pfalz gebauten Wohnungen blieb mit 15% konstant, fiel jedoch

etwas höher aus als in den weiter zurückliegenden Jahren. Die Auswirkungen des sozialen Wohnungsbaus zur Stützung der Bautätigkeit sind insgesamt jedoch nur von geringer Bedeutung gewesen. Was die Bauherren anbelangt, verringerte sich wiederum die Bedeutung der Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen, während private Haushalte bei 2 039 Wohnungen als Bauherren auftraten, womit deren Anteil von 43% auf 55% anstieg. In neuerrichteten Ein- und Zweifamilienhäusern befinden sich 1 814 Wohnungen, das sind 296 mehr als im Vorjahr, in Mehrfamilienhäusern wurde dagegen eine Reduzierung um 588 auf 1 791 festgestellt. Damit setzte sich auch im sozialen Wohnungsbau eine schon im Vorjahr beobachtete Entwicklung zum bevorzugten Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern fort. Dementsprechend erhöhte sich die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung von 88 auf 95,2 qm; sie blieb jedoch um 5,9 qm niedriger als die ebenfalls gestiegene durchschnittliche Wohnfläche im gesamten Wohnungsbau. Die veranschlagten reinen Baukosten je Wohnung, welche 1974 um 7% und 1975 um 14% zugenommen hatten, stiegen im Berichtsjahr um 22% auf 102 900 DM. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Anteil der teureren Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat.

Produktionsrückgang im Nichtwohnbau setzt sich fort

Anders als im Wohnbau setzte sich im rheinland-pfälzischen Nichtwohnbau der Prozeß eines weiteren Produktionsrückgangs auch 1976 fort; er war allerdings in den beiden davorliegenden Jahren weniger stark ausgeprägt als im Wohnungsbau, hatte aber schon 1973, ein Jahr früher als im Wohnungsbau, begonnen. Im Nichtwohnbau wurden 2 615 Gebäude errichtet, gegenüber 2 584 im Vorjahr. Der umbaute Raum schrumpfte um 9,2% auf 9,8 Mill. cbm und die Nutzfläche um 8,5% auf 1,78 Mill. qm. Den für die neuerrichteten Gebäude im Wohnbau insgesamt veranschlagten reinen Baukosten in Höhe von 2,51 Mrd. DM standen Investitionen im Nichtwohnbau gegenüber, die 1,42 Mrd. DM ausmachten. Im Jahre 1975 hatten die veranschlagten reinen

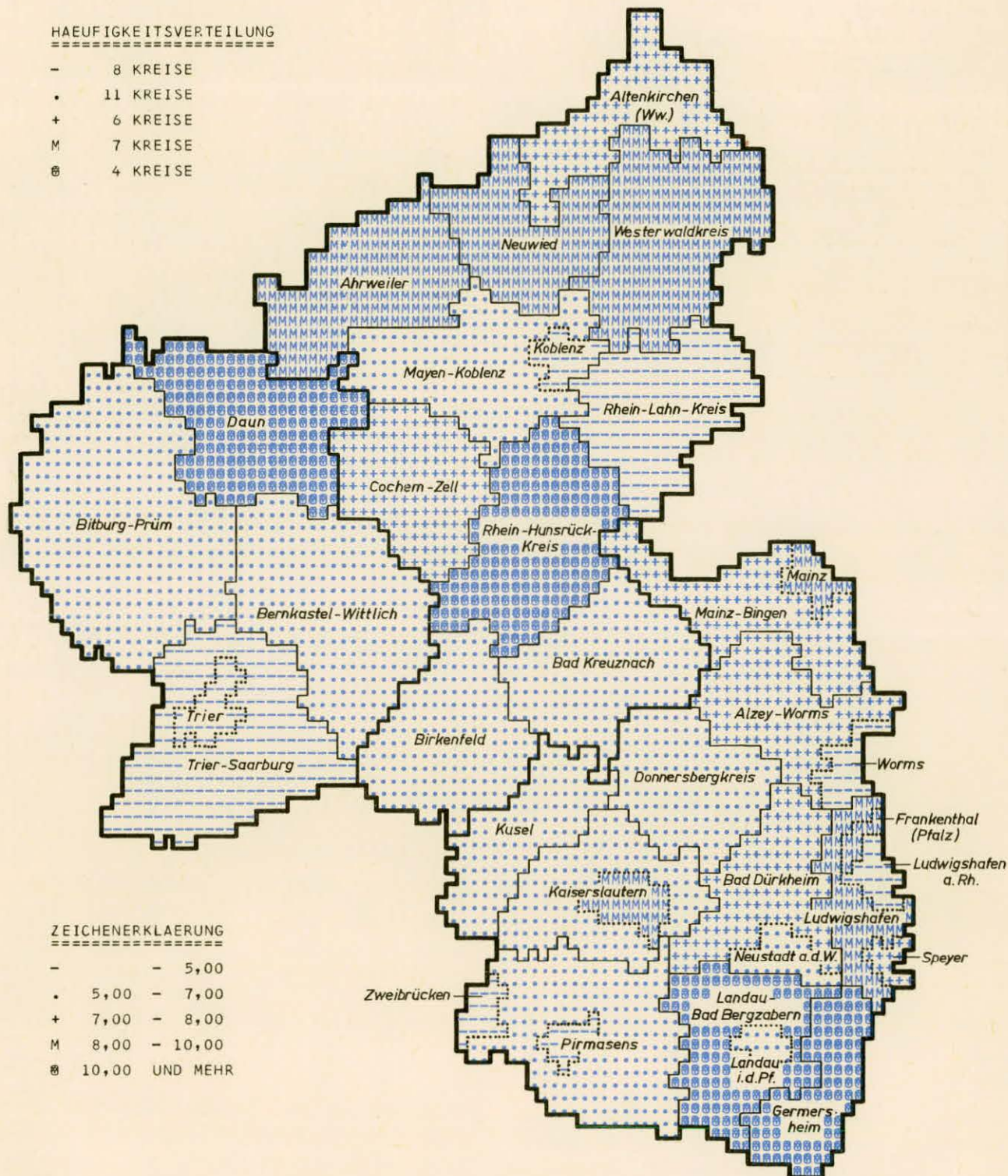
Wohnungszugang im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (ohne Nichtwohnbau) nach Bauherren,
Gemeindegrößenklassen und Wohnungsgröße 1976

Bauherr Gemeindegrößenklasse	Woh- nungen	Mit ... Räumen								Wohn- räume
		1 und 2		3		4		5 und mehr		
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wirtschaftsunternehmen und öffentliche Verwaltungen	585	76	13,0	163	27,9	177	30,2	169	28,9	2 234
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	1 080	150	13,9	258	23,9	339	31,4	333	30,8	4 187
Private Haushalte	2 039	40	2,0	188	9,2	276	13,5	1 535	75,3	10 964
unter 2 000 Einwohner	872	20	2,3	49	5,6	80	9,2	723	82,9	4 906
2 000 - 5 000 "	440	12	2,7	61	13,9	78	17,7	289	65,7	2 258
5 000 - 20 000 "	678	12	1,7	111	16,4	172	25,4	383	56,5	3 281
20 000 - 50 000 "	516	71	13,7	114	22,1	103	20,0	228	44,2	2 167
50 000 - 100 000 "	313	20	6,4	68	21,7	88	28,1	137	43,8	1 347
100 000 und mehr "	885	131	14,8	206	23,3	271	30,6	277	31,3	3 426
I n s g e s a m t	3 704	266	7,2	609	16,4	792	21,4	2 037	55,0	17 385

Fertiggestellte Wohnungen je 1000 Einwohner 1976

HÄUFIGKEITSVERTEILUNG

-	8 KREISE
.	11 KREISE
+	6 KREISE
M	7 KREISE
⊗	4 KREISE



ZEICHENERKLÄRUNG

-	5,00
.	5,00 - 7,00
+	7,00 - 8,00
M	8,00 - 10,00
⊗	10,00 UND MEHR

Gebäudeart Bauherr Gemeindegrößenklasse	Gebäude	Wohnungen	Brutto- wohn- fläche	Nutzfläche		Umbauter Raum		Veranschlagte reine Baukosten	
				ins- gesamt	je Gebäude	ins- gesamt	je Gebäude	ins- gesamt	je cbm umbauten Raumes
	Anzahl		1 000 qm	qm	1 000 cbm	cbm	1 000 DM	DM	
Anstaltsgebäude	87	32	1,3	158,0	1 816	791,5	9 098	207 567,6	262
Bürogebäude	127	69	6,3	141,9	1 117	774,4	6 098	188 630,5	244
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	702	1	0,1	221,3	315	1 035,6	1 475	65 266,1	63
Gewerbliche Betriebsgebäude	1 266	284	28,5	840,2	664	4 957,7	3 916	517 820,7	104
Schulen	41	2	0,2	125,9	3 071	651,8	15 898	151 504,4	232
Sonstige Nichtwohngebäude	392	38	3,0	292,5	746	1 624,1	4 143	291 881,4	180
Unternehmen und freie Berufe	2 120	360	33,5	1 224,1	577	6 929,6	3 269	798 122,3	115
Land- und Forstwirtschaft	672	1	0,1	213,1	317	1 000,8	1 489	62 525,7	62
Produzierendes Gewerbe	524	61	6,6	393,2	750	2 424,3	4 627	200 263,2	83
Handel, Geld und Versicherungs- wesen, Dienstleistungen	869	291	26,0	560,8	645	3 161,6	3 638	477 415,7	151
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	55	7	0,8	57,0	1 036	342,9	6 235	57 917,7	169
Öffentliche Bauherren	412	49	4,2	534,8	1 298	2 798,6	6 793	608 420,4	217
Gemeinden und Gemeindeverbände	208	13	1,3	249,1	1 198	1 199,1	5 765	262 399,1	219
Andere Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	126	12	1,2	188,7	1 498	1 130,2	8 970	234 724,0	208
Organisationen ohne Erwerbscharakter	78	24	1,7	97,0	1 244	469,3	6 017	111 297,3	237
Private Haushalte	83	17	1,7	20,9	252	106,9	1 288	16 128,0	151
unter 2 000 Einwohner	1 058	78	8,7	361,5	342	1 863,4	1 761	192 654,9	103
2 000 - 5 000 "	380	66	5,5	230,0	605	1 304,3	3 432	140 795,2	108
5 000 - 20 000 "	487	116	9,7	454,1	932	2 377,7	4 882	362 186,8	152
20 000 - 50 000 "	251	34	3,5	205,6	819	1 241,0	4 944	180 419,4	145
50 000 - 100 000 "	141	20	2,0	165,5	1 174	897,1	6 362	120 357,1	134
100 000 und mehr "	298	112	10,0	363,1	1 218	2 151,6	7 220	426 257,3	198
Insgesamt	2 615	426	39,4	1 779,8	681	9 835,1	3 761	1 422 670,7	145

Baukosten im Wohnbau 2,36 Mrd. DM und im Nichtwohnbau 1,47 Mrd. DM betragen. 1973, im Jahr mit dem bisher höchsten Fertigstellungsergebnis im Wohnungsbau, beliefen sich die entsprechenden Werte auf 2,73 bzw. 1,36 Mrd. DM. Im Berichtsjahr stiegen die veranschlagten reinen Baukosten je Kubikmeter umbauten Raumes im Nichtwohnbau um 6,6% auf 145 DM. Im Wohnbau ergab sich eine nur wenig höhere Zunahme um 7,2% auf 181 DM. Von den

einzelnen Gebäudearten verzeichneten stärkere Erhöhungen der veranschlagten reinen Baukosten je Kubikmeter umbauten Raumes die Anstaltsgebäude (+ 19 DM), Bürogebäude (+ 17 DM) und gewerbliche Betriebsgebäude (+ 16 DM), Verbilligungen erfuhren sonstige Nichtwohngebäude (— 12 DM) und Schulen (— 9 DM).

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Vermögensmillionäre 1974

Erste vorläufige Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik

Vermögensteuerstatistiken sind gemäß dem Steuerstatistischen Gesetz vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665) jeweils in Verbindung mit der Hauptveranlagung der Vermögensteuer durchzuführen. Im Anschluß an die Statistik von 1972 werden jetzt erste Ergebnisse der auf der Hauptveranlagung zum 1. Januar 1974 basierenden Vermögensteuerstatistik vorgelegt. Im allgemeinen finden Vermögensteuer-Hauptveranlagungen in Abständen von drei Jahren statt. Durch das Gesetz zur Reform des Vermögensteuerrechts und zur Änderung anderer Steuergesetze (Vermögensteuerreformgesetz) vom 17. April 1974 (BGBl. I S. 949) wurde jedoch ab dem Veranlagungsjahr 1974 das novellierte Vermögensteuergesetz (VStG) wirksam, dessen § 24 bestimmt, daß - abweichend von dem in § 15 VStG festgelegten dreijährigen Turnus - bereits auf den 1. Januar 1974 eine Hauptveranlagung der Vermögensteuer durchzuführen ist. Somit reduzierte sich auch die Erhebungsperiodizität der an die Hauptveranlagung gekoppelten Statistik einmalig auf zwei Jahre.

Die Vorverlegung des Hauptveranlagungszeitpunktes erfolgte zum einen wegen der Änderungen des Vermögensteuerrechts, wie sie sich in der Neufassung des VStG 1974 niederschlugen, und zum anderen auf Grund der Neuregelung hinsichtlich der bei der Vermögensbesteuerung zu Grunde zu legenden Einheitswerte des Grundbesitzes. Denn durch das Vermögensteuerreformgesetz war unter anderem auch das Bewertungsgesetz insofern modifiziert worden, als ein neuer § 124 eingefügt wurde. Dieser Paragraph bestimmt, daß die auf der Basis der Hauptfeststellung zum 1. Januar 1964 festgestellten Einheitswerte des Grundvermögens sowie des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens erstmals bei der Vermögensbesteuerung des Veranlagungsjahres 1974 anzuwenden seien. Insofern wurden die Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1974 mit besonderem Interesse erwartet, um feststellen zu können, in welcher Weise sich die Änderungen des Steuerrechts auf die Besteuerung der Vermögen ausgewirkt haben.

Die wichtigsten ab 1974 wirksamen Änderungen des VStG sind die Erhöhung der persönlichen Freibeträge von 20 000 auf 70 000 DM und die Verdoppelung der Altersfreibeträge (§ 6 VStG), die Senkung des Vermögensteuersatzes von 1% auf 0,7% bzw. von 0,75% auf 0,55% (§ 10 VStG) sowie die Neuregelung der Zusammenveranlagung der Haushaltsmitglieder (§ 14 VStG). Größere Auswirkungen insbesondere auf Umfang und Zusammensetzung des steuerlichen Gesamtvermögens der Vermögensteuerpflichtigen wurden - vor allem bei den im vorliegenden Beitrag dargestellten Millionenvermögen - von der Einführung der neuen Einheitswerte des Grundbesitzes erwartet. Der Grundbesitz war jahrelang mit den überholten Wertansätzen der vorangegangenen Einheitsbewertung von 1935 in die Vermögensbesteuerung eingegangen. Nach den Ergebnissen der Einheitswertstatistiken des Grundbesitzes zum 1. Januar 1964 belief sich in Rheinland-Pfalz der durchschnittliche Anstieg der Einheitswerte gegenüber der Hauptfeststellung von 1935 beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen auf 21% und beim Grundvermögen immerhin auf 195%.

Bei den in dieser Veröffentlichung vorgelegten Zahlen über Vermögen und Besteuerung der Vermögensmillionäre handelt es sich um erste Ergebnisse, die auf Grund einer manuellen Vorwegaufbereitung über diesen insbesondere interessierenden Personenkreis gewonnen wurden. In die Aufbereitung wurden alle unbeschränkt vermögenssteuerpflichtigen natürlichen Personen einbezogen, die zum Hauptveranlagungsstichtag 1. Januar 1974 über ein steuerliches Gesamtvermögen von 1 Mill. DM und mehr verfügten. Gesamtvermögen ist das um bestimmte Abzüge - primär die Schulden, Hypothekengewinnabgabe und Vermögensabgabe - verminderte Rohvermögen. Dieses wiederum setzt sich aus der Summe der vier in Betracht kommenden Vermögensarten (land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grundvermögen, Betriebsvermögen, sonstiges Vermögen) zusammen. Die persönlichen Freibeträge einschließlich der Altersfreibeträge (§ 6 VStG) werden erst nach der Ermittlung des Gesamtvermögens abgesetzt; dies ergibt dann das steuerpflichtige Vermögen (§ 9 VStG).

Die steuerliche und damit auch die statistische Erfassung der vermögenssteuerpflichtigen natürlichen Personen erfolgt nach dem Wohnsitzprinzip (§§ 73, 73 a AO), unabhängig davon, wo sich die der Besteuerung unterliegenden Vermögenswerte, zum Beispiel Grundstücke oder Betriebe, befinden. Bei einem Zeitvergleich der vermögenssteuerstatistischen Ergebnisse ist daher zu beachten, daß sich die Zahl der je Gebietseinheit, beispielsweise auf Landesebene, nachgewiesenen Vermögensmillionäre auch durch Fort- und Zuzüge verändert haben kann.

Verdoppelung der Vermögensmillionäre

In Rheinland-Pfalz waren am 1. Januar 1974 insgesamt 1 590 natürliche Personen bzw. Haushalte wohnhaft, deren steuerliches Gesamtvermögen sich jeweils auf mindestens 1 Mill. DM belief. Damit hat

sich die Zahl der sogenannten Vermögensmillionäre innerhalb von zwei Jahre nahezu verdoppelt (+ 95,6%). Nachdem der zahlenmäßige Anstieg der Besitzer von Großvermögen zwischen 1963 und 1972 rückläufige Zuwachsraten aufwies (1963-66: + 31,6%; 1966-69: + 27,7%; 1969-72: + 16,8%), kann die - sich in diesem Fall auch nur auf einen Zweijahreszeitraum beziehende - extrem hohe Veränderungsrate sicher nur zum geringeren Teil auf das normale Hineinwachsen von Steuerpflichtigen in höhere Vermögenskategorien zurückgeführt werden. Vielmehr zeigen sich hier die Auswirkungen der vorerwähnten Steuerrechtsänderungen. Dabei hatten die Modifizierungen des VStG wie die erhöhten Freibeträge oder die Neuregelung der Zusammenveranlagung so gut wie keinen Einfluß auf die Zahl der ermittelten Steuerpflichtigen mit Millionenvermögen; entscheidend dürfte dagegen die erstmalige Anwendung der zum 1. Januar 1964 ermittelten und auf den 1. Januar 1974 fortgeschriebenen Einheitswerte des Grundbesitzes gewesen sein, zumal sich beim Grundvermögen und den wie Grundvermögen zu bewertenden Betriebsgrundstücken (§ 99 Abs. 1 Nr. 1 BewG) noch eine zusätzliche Erhöhung des Wertansatzes insofern ergab, als dieser Grundbesitz gemäß § 121 a BewG bei der Vermögensbesteuerung mit 140% der Einheitswerte 1964 anzusetzen war. Infolge der gegenüber 1935 zum Teil nicht unerheblich angehobenen Einheitswerte des Grundbesitzes hat sicherlich eine größere Zahl von Vermögensteuerpflichtigen mit ihrem Gesamtvermögen am 1. Januar 1974 erstmals die Grenze von 1 Mill. DM überschritten und damit die Verdoppelung der Zahl der Vermögensmillionäre gegenüber der vorangegangenen Hauptveranlagung von 1972 primär bewirkt. Diese Annahme wird gestützt durch die überdurchschnittliche Steigerungsrate sowohl des Anteils des Grundbesitzes am Rohvermögen als auch der in die unterste Vermögensgrößenklasse (1 bis 2,5 Mill. DM) fallenden Steuerpflichtigen.

Das VStG (§ 14) kennt die Zusammenveranlagung von Haushaltsmitgliedern, das heißt bei Vorliegen der unbeschränkten Steuerpflicht aller Beteiligten werden Ehegatten, die nicht dauernd getrennt leben, ebenso zusammen veranlagt wie Ehegatten und Kinder, wenn sie eine Haushaltsgemeinschaft bilden. Dies gilt im Normfall für Kinder bis zu 18 Jahren bzw. - wenn sie unverheiratet sind und eine Berufsausbildung absolvieren - bis zu 27 Jahren, wobei die den Kindern zustehenden Freibeträge vom Familienvermögen absetzbar sind. Infolge dieser Haushaltsbesteuerung bietet es sich an, die Zahl der Großvermögen in Relation zur Gesamtzahl aller Haushalte zu setzen. Danach entfiel 1974 in Rheinland-Pfalz auf 840 Haushalte jeweils ein Millionenvermögen (1972: auf gut 1 500 Haushalte).

Das Gesamtvermögen aller 1 590 Vermögensmillionäre belief sich zum Hauptveranlagungszeitpunkt auf 4 708 Mill. DM. Die Steigerungsrate gegenüber 1972 lag mit + 77,6% deutlich unter dem zahlenmäßigen Anstieg der Großvermögensbesitzer. Dies

erklärt sich aus der über dem Durchschnitt liegenden Zunahme der kleineren Millionenvermögen. Entsprechend dieser Entwicklung verringerte sich im Vergleich zu 1972 auch das durchschnittliche Gesamtvermögen je Steuerpflichtigen von 3,3 auf 3,0 Mill. DM, das entspricht einem Rückgang um 9,2%.

Kleinere Millionenvermögen dominieren zahlenmäßig

Die Größenstruktur der Millionenvermögen ist gekennzeichnet durch ein starkes Übergewicht der auf die unterste Vermögensgruppe entfallenden Vermögensmillionäre, denn 1169, das sind annähernd drei Viertel (73,5%) von ihnen, verfügten nur über ein Vermögen von maximal 2,5 Mill. DM. Gegenüber 1972, als ihr Anteil nur bei 68,4% lag, ist die Zahl dieser Steuerpflichtigen nicht nur absolut, sondern mit + 110,3% auch relativ weitaus stärker angestiegen als die der übrigen Vermögensgruppen. Die Besitzer der kleineren Millionenvermögen vereinigten 36,5% des Vermögens aller Millionäre auf sich, das ergibt einen Betrag von 1,5 Mill. DM je Fall. Für 268 oder etwa ein Sechstel aller Vermögensmillionäre weist die Statistik ein Vermögen zwischen 2,5 und 5 Mill. DM aus; dabei entfiel ein knappes Fünftel des gesamten Großver-

mögens auf diese Gruppe, deren Durchschnittsvermögen 3,4 Mill. DM betrug. Zwischen 5 und 10 Mill. DM Vermögen wurde von 90 Steuerpflichtigen gehalten; ihr zahlenmäßiger Anteil war mit 5,7% deutlich niedriger als ihre Quote am gesamten Millionenvermögen (13,2%). 45 Vermögensteuerpflichtige - das sind 2,8% (1972: 3,1%) aller Vermögensmillionäre - wiesen ein Vermögensvolumen zwischen 10 und 20 Mill. DM auf; ihr Durchschnittsvermögen lag bei 13,8 Mill. DM. Bemerkenswert ist, daß immerhin 18 natürliche Personen bzw. Haushalte über Vermögenswerte in Höhe von 20 Mill. DM und mehr verfügten, wobei das je Fall errechnete Durchschnittsvermögen mit 46,4 Mill. DM sogar beträchtlich über der Untergrenze dieser nach oben offenen Größenklasse liegt. Die Besitzer der Größtvermögen vereinigten 17,7% des Gesamtvermögens auf sich.

Stärkeres Gewicht des Grundvermögens

Die ab 1974 wirksam gewordenen bewertungsrechtlichen Änderungen blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Großvermögen. So erhöhte sich der Anteil des Grundvermögens am gesamten Rohvermögen von 2,2% im Jahre 1972 auf nunmehr 13,5%. Wenn demgegenüber der Anteil des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens

Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen
mit einem Gesamtvermögen von 1 Mill. DM und mehr am 1. 1. 1953 - 1974

Gliederungs- merkmal	Vermögen- steuerpflichtige		Roh- vermögen	Vermögensart				Gesamtvermögen		
				land- und forstwirt- schaftl. Ver- mögen	Grund- ver- mögen	Be- triebs- ver- mögen	Son- stiges Ver- mögen	insgesamt		je Steuer- pflichtigen
	Anzahl	%	Mill. DM		%			Mill. DM	%	Mill. DM
Insgesamt 1953 - 1974										
1953	50	.	181	3,7	3,2	50,6	42,5	137	.	2,7
1957	123	.	442	3,1	2,6	45,4	48,9	355	.	2,9
1960	329	.	1 246	1,5	2,3	36,1	60,1	1 069	.	3,2
1963	414	.	1 571	1,2	2,3	39,3	57,2	1 367	.	3,3
1966	545	.	1 837	1,2	2,5	38,3	58,0	1 619	.	3,0
1969	696	.	2 515	0,7	2,4	42,0	54,9	2 240	.	3,2
1972	813	.	3 066	0,5	2,2	40,3	57,0	2 651	.	3,3
1974	1 590	100,0	5 536	0,4	13,5	47,8	38,3	4 708	100,0	3,0
Vermögensgruppen nach der Höhe des Gesamtvermögens 1974										
1 - 2,5 Mill. DM	1 169	73,5	2 016	0,4	22,5	46,0	31,1	1 717	36,5	1,5
2,5 - 5 " "	268	16,9	1 084	0,3	13,1	48,3	38,3	914	19,4	3,4
5 - 10 " "	90	5,7	723	0,4	9,3	39,6	50,7	621	13,2	6,9
10 - 20 " "	45	2,8	733	0,5	8,5	40,3	50,7	621	13,2	13,8
20 und mehr " "	18	1,1	980	0,3	2,0	62,9	34,8	835	17,7	46,4
Sozio-ökonomische Gliederung 1974										
Erwerbstätige	1 402	88,2	5 082	0,4	13,2	51,3	35,1	4 304	91,4	3,1
Selbständige	1 280	80,5	4 516	0,4	13,8	56,7	29,1	3 801	80,7	3,0
Gewerbetreibende	1 148	72,2	4 038	0,1	12,4	62,1	25,4	3 424	72,7	3,0
Freiberuflich Tätige	75	4,7	199	0,1	31,9	16,6	51,4	152	3,2	2,0
Nichtselbständige	122	7,7	566	0,1	8,4	8,8	82,7	503	10,7	4,1
Angestellte	90	5,7	472	0,0	7,6	9,5	82,9	417	8,9	4,6
Nichterwerbstätige	188	11,8	454	0,2	16,5	9,0	74,3	404	8,6	2,2
Verwaltungsbezirke 1974										
Kreisfreie Städte	583	36,7	1 784	0,1	20,3	38,8	40,8	1 475	31,3	2,5
Landkreise	1 007	63,3	3 752	0,5	10,2	52,2	37,1	3 233	68,7	3,2
RB Koblenz	717	45,1	2 286	0,5	12,5	44,2	42,8	1 976	42,0	2,8
RB Trier	144	9,1	426	0,6	21,1	39,3	39,0	368	7,8	2,6
RB Rheinhessen-Pfalz	729	45,8	2 824	0,2	13,1	52,2	34,5	2 364	50,2	3,2

Veränderung der Anzahl und des Vermögens der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen
mit einem Gesamtvermögen von 1 Mill. DM und mehr 1972 - 1974

Gliederungs- merkmal	Vermögen- steuerpflichtige		Vermögensart						Gesamtvermögen			
			Grundbesitz		Betriebs- vermögen		Sonstiges Vermögen		insgesamt		je Steuerpflichtigen	
	Anzahl	Verän- derung zu 1972 in %	Mill. DM	Verän- derung zu 1972 in %	Mill. DM	Verän- derung zu 1972 in %	Mill. DM	Verän- derung zu 1972 in %	Mill. DM	Verän- derung zu 1972 in %	Mill. DM	Verän- derung zu 1972 in %
Vermögensgruppen nach der Höhe des Gesamtvermögens 1974												
1 - 2,5 Mill. DM	1 169	110,3	462	1 046,4	936	123,8	627	28,8	1 717	110,7	1,5	0,3
2,5 - 5 " "	268	71,8	145	647,4	526	112,7	415	16,4	914	69,4	3,4	- 1,4
5 - 10 " "	90	42,9	70	542,3	286	46,7	367	10,3	621	39,0	6,9	- 2,7
10 - 20 " "	45	73,1	66	669,0	295	89,6	372	46,8	621	76,0	13,8	1,7
20 und mehr " "	18	50,0	23	635,8	616	165,4	340	7,1	835	68,1	46,4	12,1
Sozio-ökonomische Gliederung 1974												
Erwerbstätige	1 402	102,9	690	822,3	2 619	112,2	1 784	21,1	4 304	80,7	3,1	- 11,0
Selbständige	1 280	114,4	642	829,4	2 568	114,9	1 316	12,5	3 801	83,5	3,0	- 14,4
Gewerbetreibende	1 148	117,0	504	941,9	2 516	115,2	1 026	13,3	3 424	89,2	3,0	- 12,8
Freiberuflich Tätige	75	102,7	64	976,3	34	85,9	103	17,8	152	70,9	2,0	- 15,7
Nichtselbständige	122	29,8	48	736,7	51	30,7	468	53,9	503	61,9	4,1	24,7
Angestellte	90	12,5	36	607,8	45	35,7	391	48,7	417	55,3	4,6	38,0
Nichterwerbstätige	188	54,1	76	913,2	41	184,0	337	23,2	404	50,6	2,2	- 2,3
Verwaltungsbezirke 1974												
Kreisfreie Städte	583	96,3	365	1 088,3	697	179,1	728	22,3	1 475	101,1	2,5	2,5
Landkreise	1 007	95,2	401	677,4	1 963	96,5	1 393	21,0	3 233	68,6	3,2	- 13,6
RB Koblenz	717	92,2	297	709,6	1 012	90,0	980	39,7	1 976	80,0	2,8	- 6,4
RB Trier	144	157,1	93	828,1	171	269,0	166	39,3	368	140,1	2,6	- 6,6
RB Rheinhessen-Pfalz	729	89,8	376	955,9	1 477	120,5	975	5,3	2 364	68,9	3,2	- 11,0
Rheinland-Pfalz	1 590	95,6	766	830,6	2 660	113,0	2 121	21,4	4 708	77,6	3,0	- 9,2

leicht von 0,5% auf 0,4% zurückging, so ist zum einen zu berücksichtigen, daß die Einheitswerte dieser Grundbesitzart 1964 weniger stark angehoben worden sind als die des Grundvermögens, bei denen zudem noch ein Zuschlag von 40% erfolgte; zum anderen ist die land- und forstwirtschaftliche Fläche in der Tendenz rückläufig, und zwar zu Gunsten des Grundvermögens. Der Wert des Grundbesitzes insgesamt - das sind also land- und forstwirtschaftliches und Grundvermögen zusammen - erhöhte sich zwischen den Vermögensteuer-Hauptveranlagungen von 1972 und 1974 um nicht weniger als 831%, wogegen die entsprechenden Zuwachsraten des Betriebsvermögens bei + 113% und die des sonstigen Vermögens bei nur + 21,4% lagen. Dem Betriebsvermögen kommt jetzt unter den Vermögensarten mit einem Anteil von 47,8% am Rohvermögen das größte Gewicht zu. Der Zuwachs um immerhin 7,5 Prozentpunkte gegenüber 1972 erklärt sich unter anderem daraus, daß auch bei den Betriebsgrundstücken - als einem Teil des Betriebsvermögens - ab 1974 die neuen und höheren Einheitswerte zum Tragen kamen. Das sonstige Vermögen, dessen Abgrenzung sich aus den §§ 110 bis 113 BewG ergibt, umfaßt vor allem die Kapitalforderungen, Zahlungsmittel, Sparguthaben und Wertpapiere, weiterhin - soweit sie bestimmte Wertgrenzen überschreiten - Schmuck- und Kunstgegenstände, Edelmetalle, Edelsteine und Luxusgegenstände. Die Frage, was als Luxusgegenstand in vermögenssteuerlicher Hinsicht gilt, ist in der Praxis nicht immer leicht zu beantworten. Das bisher schon zeitnah bewertete sonstige bzw. Kapitalvermögen belief sich 1974 auf 38,3% des gesamten Rohvermögens der Vermögensmillionäre, nachdem

es zwei Jahre zuvor noch mit einer Quote von 56,9% unter den vier Vermögensarten deutlich dominiert hatte.

Das Gewicht der einzelnen Vermögensarten differiert je nach Höhe des Vermögens, nach sozioökonomischer Zuordnung des Vermögensbesitzers und nach seinem Wohnort. So kommt dem Grundvermögen mit einem Anteil von 22,5% am gesamten Vermögen in der Vermögensgruppe 1 bis 2,5 Mill. DM die größte Bedeutung zu; dieser Prozentsatz sinkt mit steigendem Vermögen bis auf 2,0% bei Vermögen von 20 Mill. DM und mehr. In dieser höchsten Vermögensgruppe hat demgegenüber das Betriebsvermögen mit 62,9% das mit Abstand größte Gewicht. Bei den freiberuflich Tätigen spielt das Grundvermögen eine weitaus größere Rolle als bei allen anderen soziologischen Gruppen, es macht fast ein Drittel (31,9%) des Vermögens der Freiberufler aus, gegenüber 13,5% im Durchschnitt aller Vermögensmillionäre. Erwartungsgemäß ist bei den Gewerbetreibenden der Anteil des Betriebsvermögens mit 62,1% am höchsten, wohingegen sich das Vermögen der unselbständigen Erwerbstätigen und der Nichterwerbstätigen ganz überwiegend (82,7 bzw. 74,3%) aus Kapitalvermögen zusammensetzt. Erwähnt sei schließlich noch, daß das Rohvermögen der Vermögensmillionäre im Durchschnitt der kreisfreien Städte zu einem Fünftel aus Grundvermögen bestand, während diese Vermögensart in den Landkreisen durchschnittlich nur zu einem Zehntel am Millionärsvermögen beteiligt war.

Neun Zehntel der Millionäre sind erwerbstätig

Von der Gesamtheit der 1 590 Vermögensmillionäre waren 1 402 oder 88,2% erwerbstätig, die rest-

lichen 188 (11,8%) gingen keiner Erwerbstätigkeit nach. Für die Erwerbstätigen errechnete sich ein überproportionaler Anteil (91,4%) am Gesamtvermögen. Demgemäß liegt das Durchschnittsvermögen je Steuerpflichtigen bei den erwerbstätigen Vermögensbesitzern mit 3,1 Mill. DM auch deutlich über demjenigen der Nichterwerbstätigen (2,2 Mill. DM). Die weitere Aufgliederung der erwerbstätigen Vermögensmillionäre zeigt, daß die Zahl der Selbständigen (1 280) etwa zehnmal so hoch ist wie die der Nichtselbständigen (122 Steuerpflichtige); allerdings weisen letztere mit 4,1 Mill. DM ein höheres Durchschnittsvermögen auf als die Selbständigen (3,0 Mill. DM), was auf relativ hohe Vermögensbeträge der insgesamt 90 im Rahmen der Statistik ermittelten Angestellten zurückzuführen ist. Innerhalb der Gruppe der Selbständigen kamen die Gewerbetreibenden auf ein höheres durchschnittliches Vermögen (3,0 Mill. DM) als die Freiberufler (2,0 Mill. DM). Allerdings bestand das Vermögen der gewerbetreibenden Vermögensmillionäre zu annähernd zwei Dritteln aus - mehr oder weniger zweckgebundenem - Betriebsvermögen, während sich bei den freiberuflich Tätigen die Vermögenswerte zu mehr als der Hälfte (51,4%) aus sonstigem bzw. Kapitalvermögen und zu fast einem Drittel aus Grundvermögen zusammensetzte.

Über die Hälfte des Millionärsvermögens entfällt auf Rheinhessen-Pfalz

In den Regierungsbezirken Koblenz und Rheinhessen-Pfalz waren jeweils gut 45% aller Vermögensmillionäre ansässig, im Bezirk Trier hatten die restlichen 9,1% ihren Wohnsitz. Auf Rheinhessen-Pfalz entfiel allerdings mit 50,2% ein überproportionaler Anteil am Gesamtvermögen, was sich auch im höchsten Durchschnittsvermögen je Steuerpflichtigen in Höhe von 3,2 Mill. DM niederschlägt. In den Regierungsbezirken Koblenz und Trier betrug das durchschnittliche Vermögen je Fall 2,8 bzw. 2,6 Mill. DM. Auffällig ist der weit überdurchschnittliche Anteil des Grundvermögens im Bezirk Trier, der sich dort auf über ein Fünftel (21,1%) des gesamten Rohvermögens belief (Landesdurchschnitt 13,5%).

Das Betriebsvermögen dominierte dagegen deutlich in Rheinhessen-Pfalz, denn über die Hälfte (52,2%) des gesamten Vermögens bestanden hier aus dieser Vermögensart.

Knapp zwei Drittel (63,3%) der Vermögensmillionäre lebten in den Landkreisen, 36,7% in den kreisfreien Städten. In den Landkreisen war das Vermögen je Vermögensmillionär mit 3,2 Mill. DM höher als in den Städten (2,5 Mill. DM).

Die regionale Verteilung der Großvermögen spiegelt nicht unbedingt den Wohlstand oder die Wirtschaftskraft der betreffenden Verwaltungsbezirke wider, da gemäß dem Vermögensteuerrecht die regionale Zuordnung nach dem Wohnsitz des Steuerpflichtigen erfolgt, und zwar unabhängig von der Belegenheit der Vermögenswerte.

Steuerliche Belastung niedriger als 1972

Mit dem Vermögensteuerreformgesetz wurde auch der bisherige Steuersatz gesenkt. Er beträgt ab 1974 für natürliche und juristische Personen 0,7% des steuerpflichtigen Vermögens und ermäßigt sich auf 0,55%, wenn das steuerpflichtige Vermögen den Betrag der nach § 31 LAG festgesetzten Vermögensabgabeschuld nicht übersteigt (§ 10 VStG). Das steuerpflichtige Vermögen errechnet sich durch Abzug der persönlichen Freibeträge (§ 6 VStG) vom auf volle Tausend DM nach unten abgerundeten Gesamtvermögen. Nachdem diese Freibeträge gegenüber 1972 merklich erhöht worden sind, ergab sich zusammen mit der Reduzierung des Steuersatzes eine entsprechend niedrigere steuerliche Belastung des - allerdings infolge der neuen Grundbesitz-Einheitswerte teilweise höheren - Gesamtvermögens bzw. zu versteuernden Vermögens. Jedoch verlieren die für alle Vermögensteuerpflichtigen gleich hohen persönlichen Freibeträge mit steigendem Vermögen relativ an Bedeutung. Die Steuerschuld aller Vermögensmillionäre in Höhe von 30,7 Mill. DM entspricht einer steuerlichen Belastung von knapp 0,7% des steuerpflichtigen Vermögens bzw. 0,65% des Gesamtvermögens.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976				1977			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 678	3 657	3 659	3 657	3 656	3 647
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 140	2 017	2 118	2 585	2 161	1 898 ^p	2 070 ^p	2 677 ^p	2 016 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,0	6,6	7,0	8,3	7,2	6,1 ^p	6,9 ^p	8,6 ^p	6,7 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 865	2 879	2 763	2 834	2 932	3 042 ^p	2 583 ^p	2 773 ^p	3 144 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,3	9,4	9,2	9,1	9,8	9,8 ^p	8,6 ^p	9,0 ^p	10,5 ^p
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 745	3 726	3 941	3 583	3 846	3 815 ^p	3 505 ^p	3 554 ^p	3 291 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	12,2	13,1	11,5	12,8	12,3 ^p	11,7 ^p	11,5 ^p	11,0 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	61	55	64	59	61	47 ^p	42 ^p	37 ^p	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	21,3	19,2	23,2	20,3	21,6	15,7 ^p	15,8 ^p	13,1 ^p	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 881	- 847	- 1 178	- 749	- 914	- 773 ^p	- 922 ^p	- 781 ^p	- 147 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,9	- 2,8	- 3,9	- 2,4	- 3,0	- 2,5 ^p	- 3,1 ^p	- 2,5 ^p	- 0,5 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 189	7 392	7 062	6 059	6 690	7 125	7 065
Ausländer	Anzahl	1 696	1 809	1 594	1 515	1 697	1 888	1 435
Erwerbspersonen	Anzahl	3 755	3 899	4 007	3 264	3 479	4 059	3 983
* Fortgezogene	Anzahl	8 165	7 944	7 815	6 979	6 939	7 310	7 189
Ausländer	Anzahl	2 466	2 138	2 219	2 051	1 909	1 941	1 777
Erwerbspersonen	Anzahl	4 694	4 442	4 533	3 949	3 940	4 295	4 362
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 977	- 551	- 753	- 920	- 249	- 185	- 124
Ausländer	Anzahl	- 770	- 329	- 625	- 536	- 212	- 53	- 342
Erwerbspersonen	Anzahl	- 940	- 542	- 526	- 685	- 461	- 236	- 379
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 243	10 360	9 335	9 281	9 273	9 805	9 393
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	67 214	62 137	62 545	54 289	52 044	60 505	56 894	51 962	51 138
* Männer	Anzahl	43 046	35 728	36 772	30 848	29 021	31 981	28 898	25 406	24 528
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 066	1 287	641	587	602	644	540	491	476
Bauberufe	Anzahl	6 885	4 232	4 514	3 526	3 067	4 116	3 406	2 714	2 310
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	29 673	23 541	25 202	21 358	19 985	21 855	20 362	18 503	18 151
Arbeitslosenquote	%	5,1	4,8	4,8	4,1	4,0	4,6	4,3	4,0	4,0
Offene Stellen	Anzahl	11 158	11 328	12 419	13 304	13 164	11 908	11 806	11 727	12 677
Männer	Anzahl	5 924	6 645	7 056	7 381	7 489	7 428	7 399	7 200	7 837
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	233	321	409	382	306	605	563	409	464
Bauberufe	Anzahl	765	919	1 067	1 042	1 053	954	842	900	896
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	3 764	4 420	4 519	5 079	5 281	4 466	4 416	4 534	5 114
Kurzarbeiter	Anzahl	33 266	9 871	11 491	8 542	7 347	11 883	11 311	9 232	6 881
Männer	Anzahl	24 672	7 266	8 082	6 031	5 363	8 625	7 338	6 034	4 452
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	675	654	.	.	715	.	.	.	698
* Milchkühe	1 000	239	233	.	.	245	.	.	.	241
* Schweine	1 000	677	683	701	.	.	.	681	.	.
Mastschweine	1 000	224	236	215	.	.	.	211	.	.
* Zuchtsauen	1 000	73	75	80	.	.	.	77	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	47	49	52	.	.	.	50	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	16 581	17 091	14 820	14 834	16 015	15 965	14 136	13 926	13 170
* Kälber	Anzahl	826	714	953	733	651	743	851	665	455
* Schweine	Anzahl	91 212	90 886	90 647	97 615 ^x	81 907	96 319	94 024	102 242	89 595
* Hausschlachtungen	Anzahl	16 573	15 129	14 901	11 950 ^x	7 368	17 695	13 584	10 645	7 556
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	12 238	12 375	11 866	12 494	11 348	12 499	11 880	12 407	11 079
* Kälber	t	4 750	4 888	4 358	4 436	4 719	4 663	4 201	4 190	3 894
* Schweine	t	7 360	7 355	7 352	7 929	6 519	7 705	7 534	8 095	7 097
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	102	75	122	71	71	70	88	51	47
* Geflügelfleisch 8)	t	104	92	84	104	114	100	102	133	122
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	77	75	76	94	84	80	74	87	81
* an Molkereien und Händler geliefert	%	86,5	89,8	89,1	90,3	91,1	91,1	91,7	92,6	92,6
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,4	12,0	12,6	11,8	11,1	11,5	12,1	11,6

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 8) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976				1977			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	2 780	2 649	2 660	2 654	2 647	2 716	1 714	2 712	...
* Beschäftigte	1 000	374	365	363	363	363	368	367	362	...
* Arbeiter 2)	1 000	267	262	259	260	261	263	262	260	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	38 628	39 193	39 010	38 932	37 981	42 568	38 044	38 540	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	742	792	757	776	795	801	784	841	...
* Löhne	Mill. DM	457	492	474	480	488	505	485	531	...
* Gehälter	Mill. DM	285	300	284	296	307	296	299	310	...
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	67	85	90	87	87	86	86	87	...
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	96	108	106	100	100	118	101	81	...
* Stadt- und Kokereigas	Mill. cbm	1	1	1	1	1	1	1	1	...
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	95	107	105	99	99	117	100	80	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	186	204	195	189	170	237	207	201	...
* leichtes Heizöl	1 000 t	31	30	31	25	22	35	32	26	...
* schweres Heizöl	1 000 t	155	174	164	164	148	202	175	175	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	824	911	906	913	903	982	927	969	...
* Stromerzeugung (industrielle Eigenenerzeugung)	Mill. kWh	252	282	282	275	267	295	275	278	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 557	3 977	3 943	3 940	4 000	4 569	3 926	4 130	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 017	1 140	1 101	1 181	1 143	1 295	1 199	1 215	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamte Industrie	1970 = 100	113	122	128	125	124	123	128	124	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	115	127	133	128	127	128	130	127	...
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	114	125	132	128	136	126	129	126	124 ^p
* Grundstoff- und Produktions- güterindustrien	1970 = 100	113	126	133	130	128	131	125	127	125 ^p
Industrie der Steine und Erden	1970 = 100	93	100	111	115	118	90	102	105	109 ^p
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwerstoffindustrie)	1970 = 100	113	129	136	129	127	139	129	128	122 ^p
* Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	120	126	136	130	131	127	142	130	129 ^p
Maschinenbau (einschl. Büro- maschinen) und Datenverar- beitung	1970 = 100	115	122	143	122	126	125	149	122	124 ^p
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	106	116	122	119	111	119	121	116	111 ^p
Schuhindustrie	1970 = 100	68	68	72	64	37	75	69	55	41 ^p
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1970 = 100	124	139	132	128	141	120	129	135	137 ^p
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	97	95	104	107	110	94	113	111	...
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	93	96	.	.	94	96
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	144	154	.	.	150	138
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	240	233	208	172	152	330	288	280	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 544	1 750	1 706	1 637	1 686	1 795	1 710	1 689	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	582	668	654	625	686	684	653	678	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 187	1 298	1 244	1 171	1 139	1 420	1 328	1 272	...
* Gaserzeugung 4)	1 000 cbm	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0
Gasbezug 4)	Mill. cbm	150	181	171	135	122	229	206	147	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	150	169	161	129	119	213	191	139	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	71 102	68 047	68 292	68 277	68 803	67 958 ^p	68 193 ^p	68 126 ^p	68 456 ^p
Facharbeiter	Anzahl	40 440	38 763	38 684	38 724	41 170	38 265 ^p	38 567 ^p	38 433 ^p	39 838 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 648	16 061	16 445	16 449	14 560	16 037 ^p	16 022 ^p	16 175 ^p	15 064 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 779	9 046	9 657	9 737	10 112	9 487 ^p	9 453 ^p	9 711 ^p	9 972 ^p
Privater Bau	1 000	5 566	5 452	5 748	5 810	6 169	6 151 ^p	6 034 ^p	6 160 ^p	6 313 ^p
Wohnungsbau	1 000	3 765	3 607	3 831	3 925	4 082	3 933 ^p	3 965 ^p	4 015 ^p	4 069 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	93	79	70	82	115	80 ^p	93 ^p	96 ^p	143 ^p
Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 708	1 766	1 847	1 803	1 972	2 138 ^p	1 976 ^p	2 049 ^p	2 101 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	4 213	3 594	3 909	3 927	3 943	3 336 ^p	3 419 ^p	3 551 ^p	3 659 ^p
Hochbau	1 000	1 004	888	976	971	963	766 ^p	762 ^p	790 ^p	783 ^p
Tiefbau	1 000	3 209	2 706	2 933	2 956	2 980	2 570 ^p	2 657 ^p	2 761 ^p	2 876 ^p
Straßenbau	1 000	1 481	1 242	1 291	1 340	1 317	1 342 ^p	1 450 ^p	1 545 ^p	1 442 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	130	133	135	139	141	132 ^p	135 ^p	146 ^p	150 ^p
* Löhne	Mill. DM	115	117	119	123	125	115 ^p	118 ^p	128 ^p	131 ^p
* Gehälter	Mill. DM	15	16	16	16	16	17 ^p	17 ^p	18 ^p	19 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	362	327	249	280	337	306 ^p	288 ^p	292 ^p	360 ^p

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie, Energieversorgung; einschl. Handwerksunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976				1977			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	983	1 162	1 388	1 255	1 106	1 179	1 031	1 236	1 243
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	937	1 120	1 347	1 219	1 049	1 137	985	1 189	1 203
* Umbauter Raum	1 000 cbm	997	1 135	1 349	1 238	1 088	1 155	1 030	1 230	1 235
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	189	225	265	247	217	234	212	254	254
* Wohnfläche	1 000 qm	159	181	216	192	175	181	159	191	198
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	231	201	177	185	197	198	166	221	210
* Umbauter Raum	1 000 cbm	926	682	502	466	646	1 064	834	800	707
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	140	103	81	75	104	168	97	95	110
* Nutzfläche	1 000 qm	165	127	101	88	111	160	137	147	138
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 788	1 936	2 226	2 155	1 857	1 972	1 737	1 987	2 088
Öffentliche Tiefbauaufträge										
Insgesamt	Mill. DM	65	63	61	68	80	51	46	63	94
Straßenbauten (einschl. Straßenbrückenbauten)	Mill. DM	43	48	47	46	64	37	31	51	73
Übrige Tiefbauten	Mill. DM	22	15	14	22	16	14	15	12	21
Nach Ausführungszeit										
bis 3 Monate	Mill. DM	10	14	16	18	13	6	10	17	15
3 - 6 Monate	Mill. DM	17	17	11	19	29	14	12	21	20
6 - 12 Monate	Mill. DM	24	21	26	21	11	12	23	18	29
über 1 Jahr	Mill. DM	14	11	8	10	27	19	1	7	30
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 134	1 334	1 282	1 394	1 311	1 586	1 374	1 392	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	47	54	47	53	55	73	66	74	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 087	1 280	1 234	1 341	1 256	1 513	1 308	1 318	...
* Rohstoffe	Mill. DM	11	13	12	14	15	19	17	15	...
* Halbwaren	Mill. DM	63	77	68	68	82	105	74	86	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 013	1 190	1 154	1 259	1 159	1 390	1 217	1 217	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	315	398	397	458	393	465	401	409	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	697	791	757	802	766	925	816	807	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	448	578	601	638	551	1 193	598	626	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	74	96	96	97	104	133	105	106	...
Dänemark	Mill. DM	20	26	21	28	24	38	27	26	...
Frankreich	Mill. DM	145	193	211	250	180	241	182	195	...
Großbritannien	Mill. DM	51	70	66	65	60	107	73	75	...
Irland	Mill. DM	3	4	4	4	3	3	3	4	...
Italien	Mill. DM	73	95	108	100	97	126	102	105	...
Niederlande	Mill. DM	82	94	95	94	82	133	106	115	...
Österreich	Mill. DM	38	51	53	52	50	65	61	61	...
Schweiz	Mill. DM	41	53	46	64	64	58	54	50	...
USA und Kanada	Mill. DM	51	72	64	73	66	73	64	89	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	303	303	263	275	314	320	287	300	...
Ostblockländer	Mill. DM	82	84	75	79	69	73	96	56	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	688	815	808	752	826	911	828	843	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	114	138	120	119	142	172	130	164	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	574	677	688	633	684	739	698	679	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	367	440	438	420	466	517	452	454	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	87	109	102	100	121	136	123	124	...
Dänemark	Mill. DM	6	6	6	5	5	7	6	6	...
Frankreich	Mill. DM	106	126	132	120	127	152	120	111	...
Großbritannien	Mill. DM	20	20	20	23	19	22	17	18	...
Irland	Mill. DM	1	1	1	1	1	2	2	2	...
Italien	Mill. DM	61	66	69	64	65	78	73	81	...
Niederlande	Mill. DM	87	112	108	107	127	120	111	112	...
Österreich	Mill. DM	14	21	21	20	23	22	17	20	...
Schweiz	Mill. DM	11	14	14	15	17	17	14	12	...
USA und Kanada	Mill. DM	63	73	59	68	60	76	67	99	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	155	180	196	150	182	176	190	175	...
Ostblockländer	Mill. DM	22	21	26	23	20	17	11	17	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976				1977			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	104	104	102	102	103	104	104	104	103 ^p
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	158	171	174	164	163	185	179	182	176 ^p
Waren verschiedener Art	1970 = 100	179	192	182	171	170	173	183	184	176 ^p
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	158	168	171	158	170	182	181	185	182 ^p
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	148	154	172	149	135	168	153	161	142 ^p
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	163	172	172	179	165	205	182	191	181 ^p
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	159	167	144	136	132	155	151	149	143 ^p
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	127	155	178	171	167	228	197	195	191 ^p
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	118	123	126	117	116	129	125	126	121 ^p
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	120	122	124	114	120	127	125	127	124 ^p
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	109	109	123	106	97	116	105	110	97 ^p
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	122	125	126	130	120	145	128	134	127 ^p
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	123	127	110	103	100	117	114	112	107 ^p
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	96	112	129	123	120	162	139	137	133 ^p
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	99	95	97	99	99	94	98	102	99 ^p
Teilbeschäftigte	1970 = 100	122	121	124	126	123	118	125	136	125 ^p
* Umsatz	1970 = 100	127	131	130	152	144	119	140	163	148 ^p
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	136	141	145	175	167	117	159	192	174 ^p
Gaststättengewerbe	1970 = 100	121	123	120	134	127	120	126	141	130 ^p
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	275	291	263	364	370	176	271	377	373
* Ausländer	1 000	53	59	46	73	89	21	47	73	94
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 088	1 103	967	1 266	1 458	641	967	1 311	1 478
* Ausländer	1 000	149	168	118	171	244	52	115	172	262
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 441	1 565	1 441	1 729	1 615	1 747	1 466	1 818	1 712
* Güterversand	1 000 t	1 246	1 273	1 333	1 464	1 408	1 477	1 340	1 442	1 415
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 129	12 239	15 855	14 466	13 524	19 506	16 515	15 665	15 106
Krafträder und Motorroller	Anzahl	253	311	695	547	540	693	708	668	581
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	9 964	10 959	13 967	12 758	11 860	17 283	14 712	13 877	13 408
* Lastkraftwagen	Anzahl	420	519	626	650	650	726	557	606	594
Zugmaschinen	Anzahl	424	385	467	424	397	710	445	395	443
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	6 906	7 718	7 016	7 979	7 568	7 912	7 656	8 903	8 376
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 726	1 836	1 751	2 042	2 049	1 885	1 811	2 275	2 153
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 180	5 882	5 265	5 937	5 519	6 027	5 845	6 628	6 223
Verunglückte Personen	Anzahl	2 487	2 615	2 549	2 860	2 922	2 646	2 633	3 305	3 073
* Getötete	Anzahl	80	82	81	86	97	76	70	94	68
Pkw - Insassen	Anzahl	42	39	39	52	42	34	44	46	42
Fußgänger	Anzahl	19	21	18	18	20	19	11	18	10
* Verletzte	Anzahl	2 407	2 533	2 468	2 774	2 825	2 570	2 563	3 211	3 005
Pkw - Insassen	Anzahl	1 470	1 499	1 516	1 540	1 487	1 488	1 684	1 807	1 703
Fußgänger	Anzahl	280	286	235	277	251	324	232	289	270
Schwerverletzte	Anzahl	758	811	765	882	941	823	821	1 075	964
Pkw - Insassen	Anzahl	402	427	434	421	444	437	480	527	484
Fußgänger	Anzahl	129	130	97	123	108	146	119	130	120

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976				1977			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	35 078	38 399	36 093	36 102	36 874	39 438	39 655	39 937	40 467
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	34 653	37 742	35 627	35 618	36 382	38 785	38 991	39 241	39 760
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	27 654	29 978	28 536	28 447	29 005	30 935	31 159	31 431	31 980
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 999	7 764	7 091	7 172	7 377	7 850	7 832	7 810	7 788
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	7 974	8 210	8 012	7 843	8 190	8 390	8 365	8 446	8 715
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 636	7 849	7 682	7 505	7 768	8 012	8 027	8 096	8 352
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	337	362	330	338	422	378	338	350	363
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 658	4 095	3 732	3 780	3 897	4 139	4 195	4 223	4 307
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 824	3 315	2 915	2 969	3 085	3 397	3 461	3 500	3 585
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	834	780	816	811	812	741	733	723	723
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	23 022	25 436	23 884	23 996	24 295	26 256	26 431	26 572	26 745
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	17 194	18 814	17 939	17 973	18 152	19 525	19 671	19 835	20 043
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	5 828	6 622	5 945	6 023	6 143	6 731	6 760	6 737	6 702
* Einlagen von Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	31 445	34 202	31 388	32 150	31 916	34 552	34 775	35 753	35 546
Sichteinlagen	Mill. DM	4 902	5 180	4 714	5 121	5 036	5 070	5 232	5 576	5 445
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 471	4 699	4 320	4 722	4 670	4 691	4 791	5 000	4 987
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	430	481	394	400	366	380	440	576	458
Termingelder	Mill. DM	6 356	6 828	6 170	6 410	6 156	7 178	7 247	7 789	7 613
an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 238	5 626	5 055	4 936	4 834	5 860	6 073	6 069	5 953
an öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 118	1 202	1 115	1 474	1 322	1 318	1 173	1 720	1 660
* Spareinlagen	Mill. DM	20 188	22 194	20 505	20 619	20 724	22 304	22 297	22 388	22 488
bei Sparkassen	Mill. DM	11 758	12 913	11 993	12 046	12 102	12 973	12 964	13 011	13 058
** Gutschriften auf Sparkonten ⁴⁾	Mill. DM	1 140	1 086	888	880	888	1 000	916	926	967
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	827	922	864	765	785	1 051	927	846	888
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁵⁾	Anzahl	40	45	74	41	37	36	24	31	39
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	27 070	50 350	65 365	8 294	37 265	7 604	5 512	4 442	6 694
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	-	1	-	1	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 274	1 010	1 000	906	1 049	961	925	979	1 062
* Wechselsumme	1 000 DM	6 030	4 077	4 031	2 830	3 599	3 535	3 544	3 018	3 921
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	691 366	763 352	435 532	604 877	912 347	895 218	499 626	692 253	1 077 694
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	478 176	528 724	200 169	388 822	667 171	719 227	271 774	465 719	841 760
Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	307 542	347 605	200 823	381 293	254 747	232 581	252 081	419 757	280 061
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	51 829	54 855	-	153 676	-	-	-	171 583	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	114 056	114 430	2 788	- 8 322	294 563	325 727	17 546	- 11 323	377 216
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	8 831	7 550	2 641	2 832	4 639	2 486	5 340	2 493	4 231
* Körperschaftsteuer ⁶⁾	1 000 DM	47 746	59 139	- 6 083	13 019	113 222	158 433	- 3 193	54 792	180 252
Einnahmen aus der Körperschaft-steuerzerlegung	1 000 DM	8 491	7 542	-	13 790	-	-	-	59 135	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	213 190	234 628	235 363	216 055	245 176	175 991	227 852	226 534	235 934
Umsatzsteuer	1 000 DM	150 930	163 489	169 106	152 213	161 526	90 650	159 551	160 492	146 780
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	62 261	71 139	66 257	63 842	83 650	85 341	68 301	66 042	89 154
* Bundessteuern	1 000 DM	92 095	97 790	87 254	76 220	94 950	158 635	83 141	75 772	79 787
Zölle	1 000 DM	8 001	7 956	7 068	6 145	9 010	10 046	8 133	6 947	21 967
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	79 508	79 508	76 544	66 926	79 690	143 787	71 829	67 092	55 157
* Landessteuern	1 000 DM	50 390	59 305	91 250	66 618	60 655	72 489	59 280	84 704	47 832
Vermögensteuer	1 000 DM	10 942	12 549	2 040	26 915	13 304	27 918	8 021	37 050	3 303
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	26 973	28 438	31 151	26 731	27 802	29 922	35 961	29 583	28 137
Biersteuer	1 000 DM	6 152	6 555	5 600	6 578	6 734	5 791	6 356	6 253	7 278
* Gemeindesteuern ⁷⁾	1 000 DM	341 325	393 689	.	.	379 253	405 809	.	.	.
Grundsteuer A	1 000 DM	8 559	8 421	.	.	7 499	3 606	.	.	.
Grundsteuer B	1 000 DM	49 522	60 367	.	.	54 947	55 233	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	229 260	263 511	.	.	254 625	280 254	.	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	22 745	24 291	.	.	22 555	29 337	.	.	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	21 975	26 999	.	.	26 835	27 880	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976				1977				
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften											
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	462 189	506 854	374 316	397 070	560 106	601 399	404 866	438 632	618 357	
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	209 576	232 014	85 832	168 303	295 134	320 533	117 014	204 270	374 863	
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	145 506	161 897	162 404	149 081	169 175	121 438	157 222	156 313	162 800	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	15 013	15 147	38 826	3 466	847	793	47 489	2 277	907	
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	359 283	395 643	311 860	330 258	444 676	450 905	310 722	388 130	525 326	
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	208 934	231 425	85 526	167 683	294 624	319 938	115 432	203 429	374 606	
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	84 945	89 766	96 258	92 491	88 550	57 685	88 521	97 720	101 981	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	15 013	15 147	38 826	3 466	847	793	47 489	2 277	907	
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	432 664	490 662	.	.	442 932	517 299	.	.	.	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	143 527	166 429	.	.	160 679	178 966	.	.	.	
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	177 071	194 055	.	.	157 625	212 778	.	.	.	
Preise											
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1970 = 100	134,7	140,8	140,6	141,1	141,5	145,2	145,9	146,5	147,2	
* Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	130,1	136,8	137,2	138,2	139,0	142,6	144,0	145,0	146,5	
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Gebäude	1970 = 100	138,9	143,7	.	143,7	.	.	.	150,9	.	
Löhne und Gehälter											
Arbeiter											
in Industrie, Hoch- und Tiefbau											
Bruttowochenverdienste	DM	397	433	426	.	.	.	457	.	.	
* Männliche Arbeiter	DM	425	464	456	.	.	.	490	.	.	
* Facharbeiter	DM	451	487	482	.	.	.	516	.	.	
* Angelernte Arbeiter	DM	406	445	439	.	.	.	472	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	349	381	372	.	.	.	400	.	.	
* Weibliche Arbeiter	DM	279	303	300	.	.	.	321	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	266	292	288	.	.	.	313	.	.	
Bruttostundenverdienste	DM	9,59	10,23	10,14	.	.	.	10,88	.	.	
* Männliche Arbeiter	DM	10,15	10,82	10,72	.	.	.	11,50	.	.	
* Facharbeiter	DM	10,71	11,42	11,32	.	.	.	12,11	.	.	
* Angelernte Arbeiter	DM	9,78	10,40	10,32	.	.	.	11,08	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	8,36	8,89	8,77	.	.	.	9,46	.	.	
* Weibliche Arbeiter	DM	7,13	7,61	7,54	.	.	.	8,10	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	6,81	7,30	7,21	.	.	.	7,86	.	.	
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,3	42,1	42,0	.	.	.	42,0	.	.	
* Männliche Arbeiter	Std.	41,8	42,4	42,5	.	.	.	42,6	.	.	
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,0	39,9	39,7	.	.	.	39,6	.	.	
Angestellte											
Bruttomonatsverdienste	DM	2 037	2 171	2 137	.	.	.	2 302	.	.	
in Industrie und Handel zusammen	DM	1 809	1 933	1 907	.	.	.	2 051	.	.	
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 238	2 380	2 350	.	.	.	2 517	.	.	
männlich	DM	1 423	1 521	1 498	.	.	.	1 619	.	.	
weiblich	DM	2 591	2 746	2 689	.	.	.	2 893	.	.	
* Technische Angestellte	DM	2 655	2 811	2 752	.	.	.	2 967	.	.	
männlich	DM	1 757	1 874	1 837	.	.	.	1 943	.	.	
weiblich	DM	2 369	2 528	2 475	.	.	.	2 677	.	.	
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 107	2 265	2 221	.	.	.	2 408	.	.	
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 485	2 663	2 613	.	.	.	2 831	.	.	
männlich	DM	1 665	1 783	1 752	.	.	.	1 902	.	.	
weiblich	DM	2 645	2 798	2 738	.	.	.	2 945	.	.	
* Technische Angestellte	DM	2 698	2 855	2 794	.	.	.	3 009	.	.	
männlich	DM	1 856	1 959	1 916	.	.	.	2 049	.	.	
weiblich	DM				
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 623	1 729	1 711	.	.	.	1 831	.	.	
* Kaufmännische Angestellte	DM	1 608	1 713	1 695	.	.	.	1 817	.	.	
männlich	DM	2 029	2 144	2 128	.	.	.	2 261	.	.	
weiblich	DM	1 290	1 378	1 360	.	.	.	1 468	.	.	

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976				1977			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 829	61 531 ^p	61 577	61 548	61 531
Eheschließungen 1)	Anzahl	32 223	30 468 ^p	26 784 ^p	31 540 ^p	38 646 ^p	19 997 ^p	27 641 ^p	29 740 ^p	41 174 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	50 043	50 238 ^p	53 228 ^p	49 340 ^p	50 892 ^p	45 069 ^p	51 821 ^p	46 514 ^p	51 024 ^p
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	62 438	61 095 ^p	71 304 ^p	64 534 ^p	60 029 ^p	55 706 ^p	64 530 ^p	59 353 ^p	59 430 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	-12 396	-10 857 ^p	-18 076 ^p	-15 194 ^p	-9 137 ^p	10 637 ^p	-12 709 ^p	-12 839 ^p	-8 406 ^p
Arbeitslose	1 000	1 074	1 060	1 190	1 094	954	1 214	1 084	1 039	946
Männer	1 000	623	567	682	593	499	676	570	523	464
Offene Stellen	1 000	236	235	240	252	275	224	244	246	243
Männer	1 000	130	139	138	145	159	135	147	148	144
Kurzarbeiter	1 000	773	277	501	356	250	281	258	242	317
Männer	1 000	538	210	399	276	187	223	201	182	260
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	19 805	20 589	.	21 199	.	.	.	21 754	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	317	331	329	318	326	300	352	324	345
Milcherzeugung	1 000 t	1 800	1 847	2 062	2 101	2 256 ^x	1 729	2 078	2 108	2 274
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	7 616	7 428	7 399	7 394	7 399
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	778	783	830	791	781
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	61 154	68 304	70 735	67 025	66 802
Auslandsumsatz	Mill. DM	14 409	16 557	16 982	16 211	16 078
Produktionsindex (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1970 = 100	104	111	109	116	117	113 ^p	115 ^p	122 ^p	118 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	105	113	111	118	117	117 ^p	117 ^p	124 ^p	119 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	103	110	108	115	116	114 ^p	115 ^p	121 ^p	118 ^p
Grundstoff- und Produktions- güterindustrien	1970 = 100	101	112	111	118	118	113 ^p	116 ^p	120 ^p	117 ^p
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	102	109	107	113	116	115 ^p	117 ^p	123 ^p	120 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	103	110	110	118	113	118 ^p	115 ^p	128 ^p	121 ^p
Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1970 = 100	113	117	106	119	119	111 ^p	109 ^p	121 ^p	118 ^p
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	92	95	87	106	111	77 ^p	94 ^p	107 ^p	109 ^p
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 150	27 804	30 632	26 608	25 574	28 481 ^p	23 127 ^p	23 457 ^p	25 952 ^p
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 537	3 626	4 002	3 458	3 391	3 680	3 913 ^p	3 351 ^p	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 211	1 192	1 167	1 194	1 206	1 085 ^p	1 118 ^p	1 127 ^p	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	153	149	143	160	164	110 ^p	154 ^p	145 ^p	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 021	6 257	4 788	4 945	5 616	3 683 ^p	4 878 ^p	4 992 ^p	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	14 485	17 018	19 046	19 240	20 453	13 585	.	.	.
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	13 341	16 015	17 994	18 160	19 371	12 898	.	.	.
Wohnfläche	1 000 qm	2 684	2 913	3 251	3 243	3 367	2 166	.	.	.
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 494	3 241	3 525	3 467	3 664	2 245	.	.	.
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	30 727	31 603	34 877	34 882	36 037	22 605	.	.	.
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	18 466	21 348	22 952	20 942	21 354	20 983	25 823	21 903	22 740
EG-Länder	Mill. DM	8 045	9 767	10 911	9 748	9 886	9 880	12 188	9 998	10 348
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 406	1 683	1 963	1 700	1 761	1 688	2 130	1 766	1 827
Dänemark	Mill. DM	386	554	611	562	480	482	593	487	507
Frankreich	Mill. DM	2 164	2 802	3 128	2 831	2 972	2 733	3 424	2 620	2 900
Großbritannien	Mill. DM	841	1 016	1 066	979	964	1 088	1 428	1 185	1 075
Irland	Mill. DM	50	59	76	54	56	62	81	67	62
Italien	Mill. DM	1 349	1 583	1 774	1 599	1 635	1 656	1 882	1 561	1 648
Niederlande	Mill. DM	1 849	2 070	2 292	2 023	2 018	2 170	2 651	2 312	2 327
Österreich	Mill. DM	819	1 041	1 043	980	1 006	1 077	1 266	1 127	1 157
Schweiz	Mill. DM	797	950	951	928	1 065	1 000	1 138	991	1 002
USA und Kanada	Mill. DM	1 255	1 369	1 379	1 334	1 272	1 295	1 581	1 661	1 692
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 038	3 475	3 294	3 317	3 332	3 323	4 137	3 606	3 729
Ostblockländer	Mill. DM	1 451	1 452	1 847	1 439	1 485	1 339	1 538	1 243	1 370

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, ohne Bauindustrie. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976			1977				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	15 359	18 470	18 987	18 633	18 082	18 253	21 626	18 962	19 122
EG-Länder	Mill. DM	7 604	8 916	9 444	9 350	9 053	8 748	10 624	9 332	9 434
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 312	1 588	1 735	1 695	1 596	1 531	1 931	1 661	1 646
Dänemark	Mill. DM	232	274	274	276	247	282	300	243	243
Frankreich	Mill. DM	1 846	2 153	2 265	2 364	2 232	2 080	2 777	2 242	2 345
Großbritannien	Mill. DM	578	712	725	684	720	690	928	871	783
Irland	Mill. DM	56	67	65	61	67	60	81	67	69
Italien	Mill. DM	1 436	1 575	1 638	1 545	1 610	1 711	1 786	1 640	1 761
Niederlande	Mill. DM	2 144	2 547	2 741	2 725	2 581	2 393	2 821	2 607	2 587
Österreich	Mill. DM	316	408	461	425	429	458	538	473	465
Schweiz	Mill. DM	456	564	592	588	590	588	668	604	574
USA und Kanada	Mill. DM	1 332	1 657	1 670	1 555	1 526	1 409	1 826	1 560	1 678
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 070	3 788	3 650	3 622	3 433	4 039	4 337	3 881	3 843
Ostblockländer	Mill. DM	721	915	916	925	914	741	969	859	856
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	149,2	159,6	158,1	162,8	153,1	141,9	173,3	164,3 ^p	165,3 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	131,0	137,8	125,8	134,4	151,9	123,6	135,1	140,9 ^p	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	901	992	910	916	923	991	999	1 007	1 011
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	707	770	710	715	719	768	774	780	784
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	193	222	200	201	204	223	225	227	227
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	707	756	703	703	709	751	753	754	759
Spareinlagen	Mrd. DM	376	410	382	383	385	413	412	412	413
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	14 372	15 950	16 889	11 373	10 665	13 039	19 789	12 993	12 515
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	9 291	10 469	12 556	5 462	5 473	7 145	15 413	6 914	6 636
Lohnsteuer	Mill. DM	5 933	6 717	4 787	4 974	5 526	6 143	5 628	6 017	6 542
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 233	2 572	5 747	376	69	718	6 709	599	201
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 507	4 872	4 316	4 691	4 743	5 728	4 322	4 935	5 029
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 977	3 047	2 535	2 795	2 922	3 824	2 457	2 849	3 146
Bundessteuern	Mill. DM	3 066	3 272	3 153	3 160	3 081	3 229	3 519	3 217	3 301
Zölle	Mill. DM	271	310	308	316	299	259	348	350	319
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 862	2 734	2 579	2 656	2 594	2 678	2 956	2 676	2 812
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1970 = 100	138,7	147,8	146,8	147,7	148,2	151,8	153,3	154,5	154,5 ^p
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1970 = 100	133,2	149,0	155,5	154,9	149,0	148,8	148,0	145,9 ^p	144,4 ^p
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ³⁾	1970 = 100	135,5	140,8	138,9	140,0	140,6	143,7	144,1	144,7	144,8
Preisindex für Wohngebäude	1970 = 100	137,3	141,9	.	.	141,8	145,1	.	.	148,9
Bauleistungen am Gebäude ⁴⁾	1970 = 100	138,9	143,7	.	.	143,7	146,9	.	.	150,9
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	126,5	128,3	.	.	128,7	128,8	.	.	131,2
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	134,7	140,8	139,7	140,6	141,1	144,7	145,2	145,9	146,5
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	130,1	136,8	135,8	137,2	138,2	142,1	142,6	144,0	145,0
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	136,3	140,9	139,7	140,0	140,4	144,8	145,7	146,2	146,9
Wohnungsmiete	1970 = 100	133,2	140,0	138,7	139,4	139,8	143,1	143,6	143,8	144,2
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	165,5	176,4	175,2	176,0	175,0	179,6	178,7	177,8	177,1
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	131,0	135,5	135,2	135,5	135,4	139,0	139,4	139,6	140,3
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	143,4	150,1	147,9	149,9	150,7	151,3	151,4	152,8	154,1
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	141,3	148,1	146,4	147,3	147,7	152,2	152,5	153,3	153,8
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	130,8	135,8	134,9	135,3	135,5	138,3	138,6	138,8	138,9
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1970 = 100	129,4	133,6	132,4	132,4	132,5	137,4	139,0	139,1	139,2

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Bauleistungen am Bauwerk ohne Baunebenleistungen.

1 590 Vermögensmillionäre

Bei der Vermögensbesteuerung 1974 wurden erstmals die neuen und höheren Einheitswerte des Grundbesitzes zugrundegelegt, nachdem die noch auf der Einheitsbewertung von 1935 basierenden Wertansätze schon seit langem überholt waren. Nach den ersten vorläufigen Ergebnissen der Vermögenssteuerstatistik 1974 hat sich die Zahl der Vermögensmillionäre seit 1972 fast verdoppelt, denn am 1. Januar 1974 wurden in Rheinland-Pfalz 1 590 natürliche Personen bzw. Haushalte mit einem Vermögen von mindestens 1 Mill. DM gezählt. Das Gesamtvermögen aller Millionäre betrug 4,71 Mrd. DM. 1 169 oder annähernd drei Viertel der Millionenvermögen beliefen sich auf maximal 2,5 Mill. DM. Andererseits verfügten 18 Vermögensbesitzer über mindestens 20 Mill. DM, wobei sich für diese Gruppe ein Durchschnittsvermögen von 46,4 Mill. DM je Fall errechnet. Der Anteil des Grundvermögens am gesamten Vermögen stieg nach Einführung der neuen Einheitswerte von 2,2% im Jahre 1972 auf nunmehr 13,5%, das land- und forstwirtschaftliche Vermögen machte 0,4%, das Betriebsvermögen 47,8% und das Kapitalvermögen 38,3% aus. 1 402, das sind neun Zehntel aller Vermögensmillionäre, waren erwerbstätig, darunter befanden sich allerdings nur 122 Nichtselbständige. Knapp zwei Drittel aller Besitzer von Millionenvermögen hatten ihren Wohnsitz in den Landkreisen, die übrigen in den kreisfreien Städten. Die steuerliche Belastung belief sich unter Berücksichtigung der persönlichen Freibeträge auf 0,65% des Gesamtvermögens, he

Mehr über dieses Thema auf Seite 188

Rheinland-Pfalz exportierte 1976 nahezu 100 Mill. Liter Wein

Im Jahre 1976 gingen 98,3 Mill. Liter rheinland-pfälzischer Wein aus Rheinland-Pfalz ins Ausland. Dies entspricht etwa dem Ladevolumen von 100 vollbeladenen Rheinschiffen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Exportvolumen um 25,7 Mill. Liter oder 35,4% erhöht. Dementsprechend stieg auch der Ausfuhrwert, nämlich um 39,2% auf 304 Mill. DM.

Wichtigster Kunde waren wiederum die USA mit 35,0 Mill. Litern (+ 41,1%). Auf dem zweiten Platz folgte Großbritannien mit 24,3 Mill. Litern (+ 30,6%) vor Kanada mit 6,3 Mill. Litern (+ 65,8%) und den Niederlanden mit 8,2 Mill. Litern (+ 22,4%).

Mengenmäßig wird die Weinausfuhr jedoch von der Weineinfuhr, die sich auf 290 Mill. Liter belief, übertroffen. Ausländische Weine werden sowohl für den Direktverbrauch als auch für die Weiterverarbeitung in der rheinland-pfälzischen Industrie bezogen. Dabei handelt es sich überwiegend um Weine geringerer Qualität als diejenigen, die in Rheinland-Pfalz angebaut werden. Dem Werte nach erreichte der Weinimport folglich nur gut vier Fünftel des Weinexports. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Einfuhrmenge um 7,9 und der Wert um 0,8%, also in wesentlich geringerem Maße als die Weinausfuhr.

Die Hauptlieferanten der ausländischen Weine waren Italien mit 141 Mill. Litern (+ 4,3%) und Frankreich mit 111 Mill. Litern (+ 30,9%). Aus Österreich wurde für 20,6 Mill. DM (+ 17,0%), aus Jugoslawien für 15,0 Mill. DM (— 5,1%) und aus Spanien für 10,7 Mill. DM (+ 20,2%) Wein bezogen. sr

Deutlicher Anstieg der Gästezahlen bei kürzerer Aufenthaltsdauer

Auch das überwiegend warme und sonnige Sommerwetter brachte dem rheinland-pfälzischen Gastgewerbe 1976 nicht die gewünschte Umsatzsteigerung. Mit + 2,7% lag die Zuwachsrate erheblich unter dem Wachstum der vorausgegangenen Jahre. In den Monaten Januar bis Juni 1977 erhöhte sich der Umsatz gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum jedoch wieder um 6,6%. Wie in den Vorjahren wies das Beherbergungsgewerbe mit + 3,7% eine günstigere Entwicklung auf als die Gaststätten (+ 1,7%). Das geringe Umsatzwachstum 1976 war fast ausschließlich auf Preissteigerungen zurückzuführen. Der seit Beginn der 70er Jahre beobachtete Beschäftigtenrückgang setzte sich 1976 verstärkt fort (— 3,6%). Am stärksten waren hiervon die Vollzeitbeschäftigten (— 5,0%) betroffen.

Die Lage des Beherbergungsgewerbes ist vor allem von der Entwicklung des Fremdenverkehrs abhängig. In den 605 rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden standen hierfür Anfang April 1977 in 4 654 Betrieben 112 400 Betten bereit. Dazu kommen noch 31 300 Betten in Privatquartieren, so daß nunmehr dem Fremdenverkehr in Rheinland-Pfalz 143 700 Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Damit hat sich der Bettenbestand im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 4,0% erhöht.

Die Zahl der Gäste, die im Laufe des Jahres 1976 in rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren übernachteten, nahm gegenüber 1975 um 5,8% zu. Die Zuwachsrate lag damit zwar unter der des Vorjahres (+ 7,0%), aber noch erheblich über denjenigen von 1972 bis 1974. Trotz der erfreulichen Steigerung der Gästezahl vergrößerte sich die Zahl der Übernachtungen nur um 1,4%. Die mittlere Aufenthaltsdauer verringerte sich dadurch von 4,0 Tagen im Jahre 1975 auf 3,8 Tage. In den ersten fünf Monaten 1977 besuchten Rheinland-Pfalz 3,6% mehr Gäste mit 2,6% mehr Übernachtungen als im gleichen Vorjahreszeitraum. In den 587 Berichtsgemeinden des Landes wurden 1976 insgesamt 3,9 Mill. Fremde mit 15,1 Mill. Übernachtungen registriert.

Wie beim Landesergebnis unterscheidet sich auch in den einzelnen Fremdenverkehrsgebieten die prozentuale Veränderung der Gästezahl zum Teil erheblich von der der Übernachtungen. Die beiden Gebiete mit dem stärksten Anstieg ihres Besucherstromes, Eifel/Ahr (+ 11,2%) und Hunsrück/Nahe/Glan (+ 9,5%), erlebten gleichzeitig eine weitgehende Stagnation ihrer Übernachtungsziffer (+ 0,3 bzw. — 0,9%). Lediglich Rheinhessen konnte seine Übernachtungszahl (+ 7,9%) stärker steigern als seine Gästezahl (+ 4,2%). Mit 3,2 Mill. oder 21,3% wurden in dem Gebiet an Mosel und Saar die meisten Übernachtungen gezählt, dicht gefolgt von dem Eifel-Ahr-Gebiet mit 3,1 Mill. Übernachtungen (20,6%).

Unter den Gemeindegruppen erlebten im vergangenen Jahr mit + 19,4% die Erholungsorte ohne Prädikat den größten Gästezuwachs. Die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich hier allerdings nur um 4,8%. Einen relativ günstigen Verlauf bei den Gäste- und Übernachtungszahlen verzeichneten die Luftkurorte (+ 7,4 und + 4,9%) sowie die übrigen Berichtsgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern (+ 8,8 und + 9,3%). Dagegen kamen die Heilbäder trotz steigender Gästezahlen (+ 2,8%) - vor allem bedingt durch den Rückgang der Zahl der Sozialkurgäste - nicht mehr an das hohe Übernachtungsvolumen der Vorjahre heran (— 5,8%). mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 174

Eifel-Ferienpark in Daun, ein weiteres großes Feriencentrum in Rheinland-Pfalz

In den letzten Jahren haben sich neue Formen des Tourismus entwickelt, die für breite Bevölkerungsschichten nicht nur Beherbergungseinrichtungen, sondern auch vielfältige, in den Aufenthaltsbereich enger integrierte Möglichkeiten der Erholung und Entspannung sowie der Selbstversorgung bieten. Ganze Feriendörfer stehen für die Aufnahme von Gästen bereit. Die natürlichen Vorzüge der rheinland-pfälzischen Landschaften führten dank der Unterstützung der Landesregierung zu einer besonders starken Ansiedlung derartiger Feriencentren. Diese liegen hauptsächlich in den westlichen und südwestlichen grenznahen Landesteilen und werden nicht nur von inländischen, sondern in großem Maße auch von ausländischen Gästen, vor allem aus den Niederlanden und Belgien, frequentiert.

In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Fremdenbetten in Feriendörfern, -häusern und -appartements in Rheinland-Pfalz von 2517 auf 10485 mehr als vervierfacht. Am 2. Juli dieses Jahres kam ein weiteres bedeutendes Feriencentrum, nämlich der Eifel-Ferienpark Grafenwald in Daun, mit 528 Fremdenbetten hinzu. In der Stadt Daun gab es bereits neben einer Vielzahl privater Ferienwohnungen das Feriendorf Dronkehof mit 136 Betten.

Die größten Feriendörfer des Landes, gemessen an der Zahl der Fremdenbetten, sind Hochwald in Kell mit 938, Sonnenberg in Leiwien mit 932, Warsberg in Saarburg mit 900, Eichwald in Gossersweiler-Stein mit 801, Montroyal in Kröv mit 660, Grafenwald in Daun mit 528, Prümatal in Waxweiler mit 344 und Felsenhof in Gerolstein mit 298 Betten. Den meisten dieser Zentren sind große Campingplätze angeschlossen, so daß auch Gäste mit Wohnwagen und Zelten die Freizeiteinrichtungen in Anspruch nehmen können; daher ist die Gesamtzahl der Gäste wesentlich höher als sie sich von der Bettenzahl her ableiten läßt.

Im Jahre 1976 wurden in den Feriendörfern von Rheinland-Pfalz 93769 Gäste und 763764 Übernachtungen gezählt. Das entspricht einer Expansion gegenüber 1975 um etwa 30%. sr

Weniger Verkehrstote bei steigenden Unfallzahlen

Die bereits im vergangenen Jahr beobachtete Zunahme der Zahl der Straßenverkehrsunfälle und deren Opfer setzte sich im ersten Halbjahr 1977 unverändert fort. So ereigneten sich in den Monaten Januar bis Juni 1977 auf den rheinland-pfälzischen Straßen 47750 Unfälle, gegenüber 43711 im gleichen Zeitraum des Vorjahres (+ 9,2%). Am stärksten erhöhte sich dabei die Zahl der Sachschadensunfälle, und zwar um 9,6% auf 36680. Aber auch die Zahl der Personenschadensfälle nahm um 7,9% auf 11070 zu.

Bei diesen Unfällen wurden 4916 Personen schwer (+ 9,4%) und 10416 leicht verletzt (+ 8,4%). Die Zahl der Verkehrstoten lag dennoch mit 418 um 42 oder 9,1% unter dem Stand des gleichen Vorjahreszeitraums. Bei den Getöteten handelt es sich zu 53,2% um PKW-Insassen, zu 22,1% um Fußgänger sowie zu 21,3% um Zweiradfahrer. Im ersten Halbjahr 1976 betrugen die Anteilsätze 46,3 bzw. 25,2 bzw. 23,0%. Den stärksten Rückgang verzeichnete die Zahl der getöteten Moped- und Mofafahrer, und zwar um 12 oder 52,2% sowie der Fußgänger um 24 oder 20,7%, wobei die

Zahl der als Fußgänger getöteten Kinder von 31 auf 21 zurückging. Bei den 222 PKW-Insassen, die bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben kamen (+ 4,2%), handelte es sich um 138 Fahrzeugführer und um 84 Mitfahrer. Die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmer über 65 Jahre ging von 83 auf 69 zurück (— 16,9%). gz

Haushaltsansätze der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Landkreise 1977

Die Städte und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sowie die Landkreise, die etwa zwei Drittel des kommunalen Finanzvolumens repräsentieren, planen für das Haushaltsjahr 1977 Bruttoausgaben in Höhe von 4462 Mill. DM. Den größten Einzelposten bilden die Personalausgaben, die mit 1023 Mill. DM veranschlagt sind. Für die laufenden sächlichen Verwaltungsausgaben ist ein Betrag von 496 Mill. DM vorgesehen. Mit einer weiter steigenden Belastung wird auf dem Gebiet der sozialen Leistungen gerechnet; allerdings ist zu beachten, daß 1977 das Kindergeld für eigene Bedienstete der Gemeinden und Kreise (16,6 Mill. DM) erstmals als Sozialleistung und nicht mehr als Teil der Personalausgaben zu veranschlagen war. Der Schuldendienst wird voraussichtlich 627 Mill. DM erfordern; dies entspricht einem Anteil von 14,0% an den Bruttoausgaben. Für Sachinvestitionen stehen 937 Mill. DM zur Verfügung, von denen 751 Mill. DM für Baumaßnahmen vorgesehen sind.

Zur Deckung des Ausgabebedarfs sind Bruttoeinnahmen in Höhe von 4394 Mill. DM veranschlagt. Bei den Steuern und steuerähnlichen Einnahmen rechnen die Gemeinden und Kreise mit einem deutlich höheren Aufkommen als im Vorjahr; die Steuereinnahmen sollen insgesamt um 11,4% auf 1248 Mill. DM steigen. Eine überdurchschnittliche Zunahme wird bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital erwartet; hier sollen sich die Nettoeinnahmen (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) um 15,0% auf 458 Mill. DM erhöhen. Nicht ganz so günstig wird die voraussichtliche Entwicklung der Grundsteuern (+ 7,4%) und des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer (+ 9,9%) eingeschätzt. Weiter rechnen die kommunalen Gebietskörperschaften mit einem steigenden Mittelzufluß aus dem Finanzausgleich; die allgemeinen Zuweisungen vom Land sind mit 288 Mill. DM (+ 13,1%) veranschlagt. Der Umlagebedarf der Landkreise erhöht sich um 9,0% auf 394 Mill. DM. Zur Finanzierung der Investitionen werden Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 429 Mill. DM erwartet; darüber hinaus sind Kreditaufnahmen am Kapitalmarkt im Gesamtbetrag von 566 Mill. DM geplant.

Die Haushaltsvoranschläge der erfaßten kommunalen Gebietskörperschaften lassen den Schluß zu, daß sich die finanzielle Situation der Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1977 etwas verbessern wird. Darauf deutet zunächst der verringerte Fehlbedarf von 68 Mill. DM hin (hierbei ist zu berücksichtigen, daß die vorliegenden Angaben teilweise auf Haushaltsplanentwürfen basieren); außerdem ist die Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt mit 213 Mill. DM deutlich höher als im Vorjahr. Andererseits läßt aber die Entwicklung der Investitionsausgaben erkennen, daß die kommunalen Gebietskörperschaften auch 1977 nicht in der Lage sind, einen aktiven Beitrag zur staatlichen Konjunkturpolitik zu leisten. ly

Rund 30 000 Versorgungsempfänger bei Land und Gemeinden (Gv.)

Am 1. Februar 1977 betrug die Zahl der Versorgungsempfänger des Landes insgesamt 23 808; von diesen erhielten 53,4% Ruhegehalt, 41,1% Witwen- bzw. Witwergeld und 5,6% Waisengeld. Verglichen mit der Struktur der aktiven Beamtenschaft zeigt sich bei den Versorgungsempfängern ein deutlich geringeres Gewicht des höheren Dienstes. Während im Durchschnitt auf 100 aktive Beamte im Landesdienst rund 44 Versorgungsempfänger entfallen, sind es im höheren Dienst 30, im gehobenen Dienst 46, im mittleren Dienst 55 und im einfachen Dienst 125.

Eine etwas andere Zusammensetzung weist der Kreis der Versorgungsempfänger des kommunalen Bereichs auf. Von insgesamt 6 669 Versorgungsberechtigten bezogen 46,8% Ruhegehalt, 48,8% Witwen- bzw. Witwergeld und 4,4% Waisengeld. Bemerkenswert ist die im Vergleich zum Land etwa doppelt so hohe Zahl der Versorgungsempfänger bezogen auf die Zahl der aktiven Beamten. Eine Ursache dieses auffallenden Unterschieds ist darin zu suchen, daß die Zahl der kommunalen Beamten in den vergangenen Jahren nur relativ langsam zugenommen hat, während beim Land der rasche Ausbau der personellen Kapazität, vor allem in den Bereichen Bildungswesen und Polizei, einen kräftigen Anstieg der Zahl der aktiven Beamten brachte, dem die Zahl der Versorgungsempfänger erst in künftigen Jahren folgen wird. Dieses „Vorausseilen“ der Bezugsgröße führt rechnerisch zu einer niedrigeren Versorgungsempfängerquote; damit ist teilweise auch der relativ niedrige Wert für den höheren Dienst des Landes zu erklären. ly

Mehr Adoptionsstellen als benötigt

Ende 1976 wurden in Rheinland-Pfalz 18 981 minderjährige Amtspfleglinge gezählt; das sind 62 weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die Zahl der unter Amtsvormundschaft stehenden Minderjährigen erhöhte sich dagegen um 36 auf 4 731. Im Laufe des Jahres konnten 606 Minderjährige zur Adoption freigegeben werden. Die zur Adoptionsermittlung am Jahresende vorgemerkten Fälle gingen von 263 im Jahre 1975 auf 190 oder rund 28% zurück. Zugenommen hat dagegen von 762 auf 1 078 (+ 41%) die Zahl der offenen Adoptionsstellen, für die noch kein Minderjähriger vorgeschlagen werden konnte.

In der vorläufigen Fürsorgeerziehung wurden 30 und in der endgültigen Fürsorgerziehung 235 Jugendliche gezählt, 19 bzw. 12 Jugendliche weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. In freiwilliger Erziehungshilfe waren dagegen 82 Minderjährige mehr (+ 7%), womit sich der Stand am Jahresende auf 1 190 belief. Per Saldo erhöhten sich diese Erziehungsmaßnahmen um 51 Fälle oder 3,6%. Insgesamt standen somit 1 455 Jugendliche unter Fürsorgerziehung und freiwilliger Erziehungshilfe.

Von der Möglichkeit, über das 18. Lebensjahr hinaus im Rahmen der Fürsorgeerziehung oder freiwilligen Erziehungshilfe schulische oder berufliche Förderungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen, haben im Berichtszeitraum 66 Jugendliche Gebrauch gemacht, während es im Jahre 1975 noch 126 waren.

Insgesamt wurden im Jahre 1976 für die Jugendhilfe 176 Mill. DM ausgegeben. 1975 war der Betrag um 7% geringer gewesen. An Zuschüssen für die Träger der freien Jugendhilfe konnten 53 Mill. DM verausgabt werden. Die Zahl der erfaßten Einrichtungen ist um 84 auf 4 815 gestiegen. re

52,7 Mill. DM für Kriegsopferfürsorge

Die Bruttoausgaben für die Kriegsopferfürsorge in Rheinland-Pfalz verzeichneten 1976 eine leicht rückläufige Tendenz. Während 1975 Aufwendungen in Höhe von 53 Mill. DM entstanden waren, ging der Betrag 1976 um 400 000 DM oder 0,7% zurück. Die Belastung pro Einwohner hat sich dadurch kaum verändert (14,48 DM zu 14,45 DM). Etwa 92% der Ausgaben wurden in Form von Beihilfen, der Rest als Darlehen gewährt. Eine wesentliche Änderung im Vergleich zum Vorjahr ist nicht erkennbar. Auch die Einnahmesituation unterscheidet sich nur unwesentlich von der des vorangegangenen Jahres. So wurde 1975 ein Anteil von 16,6% der Ausgaben gedeckt. 1976 belief sich dieser Anteil auf 17,8%.

Die Aufwendungen für Sonderfürsorgeberechtigte nach § 27 c des Bundesversorgungsgesetzes ergaben rund 13 Mill. DM und lagen etwa 12,2% höher als 1975. Sie erreichten damit einen Anteil an den Gesamtkosten von 24% (1975: 21%). An Erziehungsbeihilfen wurden mit 12,8 Mill. DM im Vergleich zum Vorjahr 12,4% weniger gewährt. Trotzdem stellten sie noch den höchsten Anteil mit 24% an den Gesamtkosten dar. Bei der Berufsfürsorge (3,8 Mill. DM) war dagegen ein Anstieg von 27% und bei der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt (5,6 Mill. DM) ein solcher von 13% zu registrieren. Die Verbesserung des Leistungsrechts (Änderung des Bundesversorgungsgesetzes durch das Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation vom August 1974) dürfte bei der Berufsfürsorge als Ursache für die höheren Ausgaben anzusehen sein, während die Kostensteigerung bei der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt wohl auf die rezessive wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen ist.

Eine abnehmende Tendenz zeigen die Zahlen der Empfänger laufender Leistungen der Kriegsopferfürsorge sowie die Fälle einmaliger Leistungen im Vergleich zum Vorjahr. Während 1975 noch 11 946 Empfänger laufender Leistungen betreut wurden, waren es im Berichtsjahr nur noch 11 392 (— 4,6%). Die Fälle einmaliger Leistungen verringerten sich um 18,1% auf 14 152. re

Themen der letzten Hefte

Heft 1/Januar 1976

Allgemeinbildende Schulen 1975/76

Allgemeine Sterbetafel 1970/72

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1975

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung der Industrie
1957 - 1973

Heft 2/Februar 1976

Zahlungsschwierigkeiten 1975

Heilbäder 1951 - 1975

Berufsbildende Schulen 1975/76

Investitionen 1974

kurz + aktuell

Heft 3/März 1976

Preise, Lebenshaltungskosten und Arbeitseinkommen
1950 - 1975
Landwirtschaftliche Betriebe 1949 - 1975
Meldepflichtige Krankheiten 1975
Einkommenspyramide 1971
Jugendhilfe-Personal 1974
Grundschema einer Bevölkerungsprognose

Heft 4/April 1976

Weinmosternten 1950 - 1975
Sozialprodukt 1975
Studenten 1975/76
Lehrernachwuchs 1976
Erwerbstätigkeit 1975
Öffentliche Tiefbauaufträge 1975

Heft 5/Mai 1976

Voraussichtliche Entwicklung der deutschen Bevölkerung
in Rheinland-Pfalz bis 1990
Industrie 1975
Bauhauptgewerbe 1975

Heft 6/Juni 1976

LIS-Datei für kurzfristige Verlaufsanalysen
(„Konjunktur-Datei“)
Kinder und alte Leute im Straßenverkehr 1975
Personal im öffentlichen Dienst 1966 - 1975
Investitionen für Umweltschutz 1971 - 1974

Heft 7/8 / Juli/August 1976

Ernteaussichten für 1976
Schulabgänger 1976
Bevölkerungsentwicklung 1975
Regionale Bevölkerungsprognose
Umsätze 1974
Baulandmarkt 1975
FINK - Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern - 1. Teil

Heft 9/September 1976

Landkreis Birkenfeld
Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen
Verdienste 1975
Einzelhandel 1970 - 1974
FINK - Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern - 2. Teil

Heft 10/Okttober 1976

Strukturverschiebungen der Industrie 1970 - 1976
Hochbautätigkeit 1975
Viehhaltung 1950 - 1975
Infrastrukturdatei des Landesinformationssystems

Heft 11/November 1976

Bundestagswahl 1976
Entwicklungsaussichten ausgewählter Bevölkerungs-
gruppen bis 1990
Schulbesuch und Abschlußprüfungen 1960 - 1975

Heft 12/Dezember 1976

Rheinland-Pfalz 1976 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Investitionen des produzierenden Gewerbes 1975
Straßennetz am 1. Januar 1976

Heft 1/Januar 1977

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1976
Volkshochschulen 1975
Strafvollzug 1975/76
Sozialer Wohnungsbau 1973 - 1975
Wohngeld 1973 - 1975

Heft 2/Februar 1977

Allgemeinbildende Schulen 1976/77
Ausländer 1976
Bodennutzung 1950 - 1976
Fleischverbrauch und Fleischpreise 1950 - 1975
Umweltschutzinvestitionen 1975

Heft 3/März 1977

Berufsbildende Schulen 1976/77
Meldepflichtige Krankheiten 1976
Betriebsklassifizierung und Betriebseinkommen in der
Land- und Forstwirtschaft 1974/75
Bauhauptgewerbe 1976
Regionale Einzelhandelsumsätze 1974

Heft 4/April 1977

Rheinland-Pfalz 1947

Heft 5/Mai 1977

Lehrernachwuchs 1977
Altersstruktur der Lehrer 1955 - 1976
Religions- und Ethikunterricht 1976
Verunglückte Kinder und Jugendliche 1976
Beschäftigten- und Entgeltstatistik
Öffentliche Tiefbauaufträge 1976
Arbeitskosten im Handel, bei Banken
und Versicherungen 1974

Heft 6/Juni 1977

Industrie 1976
Erwerbstätigkeit 1976
Tödliche Unfälle 1976
Sozialhilfeempfänger 1965 - 1975

Heft 7/Juli 1977

Kindersterbefälle 1976
Außenhandel mit Nordamerika
Baulandmarkt 1976
Preise und Löhne 1974 - 1976

Themen der folgenden Hefte

Öffentliche und gewerbliche Abfallbeseitigung
1975
Verdienste 1976
Personal an Hochschulen
Mord und Totschlag 1966 - 1976

Soeben ist das

VERZEICHNIS DER KRANKENHÄUSER IN RHEINLAND-PFALZ, Stand 1.1.1977,

erschienen.

Umfang 24 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 3,--

Das Verzeichnis basiert auf den im Rahmen der Krankenhausstatistik nach dem obigen Stand gewonnenen Erhebungsunterlagen und beinhaltet eine Anschriftensammlung aller rheinland-pfälzischer Krankenhäuser, für welche neben der Adressenangabe je Haus

die Krankenhausart

der Kostenträger

der Name des Chefarztes

die Zweckbestimmung

vorhandene Fachabteilungen

die Bettenzahl je Fachabteilung

nachgewiesen ist.

Als Krankenhäuser im Sinne der Krankenhausstatistik gelten alle Einrichtungen, in denen durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistung Krankheiten, Leiden oder Körperschäden festgestellt, geheilt oder gelindert werden sollen oder Geburtshilfe geleistet wird. Entbindungsheime sind berücksichtigt, soweit sie über mindestens 10 Betten verfügen.

In das Verzeichnis nicht einbezogen sind Einrichtungen, in denen nur eine ärztliche Überwachung ohne regelmäßige ärztliche Betreuung stattfindet.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden

0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit

. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich

... = Angabe fällt später an

() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist

ϕ = Durchschnitt

p = vorläufige Angabe

r = berichtigte Angabe

s = geschätzte Angabe

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,80, Jahresabonnement DM 28,-- zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45 Telex 869 007 kvem d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.